

Debatte: Weniger Sex macht glücklich

Nummer 14 – 3. April 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Die Spitzensaläre der Schweizer Beamten

Ihre Löhne, ihre Privilegien, ihr süßes Leben.

Von Christian Mundt

Marine Le Pen öffnet sich

Die umstrittenste Politikerin Europas im grossen Gespräch. *Von Urs Gehrig*

Ägypter narrt Schweiz

Ein straffälliger Illegaler prozessiert gegen den Staat.
Auf Kosten des Steuerzahlers. *Von Philipp Gut*



Gut aussehen bei *jeder Gelegenheit.* UBS Strukturierte Produkte.

UBS KeyInvest-Plattform:
neue Features, neues Design
www.ubs.com/keyinvest



Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Damit Sie Ihre Anlageziele punktgenau verfolgen können, statten wir Sie mit strukturierten Produkten für jede Marktgelegenheit aus. Damit können Sie auf der gesamten Klaviatur der Finanzmärkte spielen und jede erdenkliche Marktmeinung umsetzen. Ihnen steht ein ganzes Anlageuniversum offen mit Aktien, Anleihen, Devisen und Rohstoffen. Dazu die Strategien, mit denen Sie Ihrer Risikoeinschätzung Rechnung tragen: Kapitalschutz, Renditeoptimierung, Partizipation, Hebel.

So können Sie auf der Gewinnerseite stehen, unabhängig davon, ob die Kurse steigen, fallen oder einfach nur seitwärts tendieren. Sollten Sie trotzdem nichts Passendes finden, sind wir in der Lage, Produkte perfekt nach Mass aufzusetzen. Nehmen Sie uns beim Wort.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich an 044-239 76 76*
oder keyinvest@ubs.com

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/keyinvest

Diese strukturierten Produkte stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne von Art. 7 ff. des Schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar und unterstehen somit nicht der Bewilligung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA. Deshalb besteht für den Investor, der in diese Produkte investiert, kein Anlegerschutz nach dem KAG. Dieses Inserat dient ausschliesslich zu Informationszwecken und ist nicht als Angebot, persönliche Empfehlung oder Aufforderung zum Abschluss einer Transaktion auszulegen oder als Anlageberatung anzusehen. Dieses Inserat stellt keinen vereinfachten Prospekt im Sinne von Art. 5 KAG sowie kein Kotierungsinsert im Sinne des Kotierungsreglementes dar. Die massgebende Produktdokumentation kann direkt bei UBS Investment Bank im 24-h-Service unter Tel. 044-239 47 03, Fax 044-239 69 14 oder über E-Mail swiss-prospectus@ubs.com bezogen werden. Diese Emission unterliegt möglicherweise Verkaufsbeschränkungen u.a. für Europa, Hongkong, Singapur, USA und US-Personen (die Emission unterliegt schweizerischem Recht). Vor dem Eingehen von strukturierten Transaktionen empfiehlt sich eine fachkundige Beratung durch Ihre Hausbank. Die Angaben in diesem Inserat erfolgen ohne Gewähr. © UBS 2014. Alle Rechte vorbehalten. * Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Gespräche auf den mit * bezeichneten Anschlüssen aufgezeichnet werden können. Bei Ihrem Anruf auf diesen Linien gehen wir davon aus, dass Sie mit dieser Geschäftspraxis einverstanden sind.

Intern

Erde und Himmel lächeln einander versöhnlich zu, als die *Weltwoche* bei Marine Le Pen an der eisernen Pforte klingelt. Oben im zweiten Stock des Front-national-Hauptquartiers wartet die Chefin, zur Feier des Tages im rosa Jackett gekleidet. Bei den Kommunalwahlen hat die einst als rassistisch verschriene Partei erstmals landesweit Fuss gefasst. «Wir sind nun die dritte Kraft im Land!», verkündet sie stolz. Zum Abschluss unserer Le-Pen-Trilogie wirft Urs Gehrigler einen Blick in die Dunkelkammer ihrer Macht (Seite 34). Als Supplement ergreift die umstrittenste Politikerin Europas persönlich das Wort. Bilderreich kanzelt sie



«Ein bisschen wie Obelix»: FN-Chefin Le Pen.

die *Classe politique* ab, öffnet ihr Herz für Russland und erklärt, wie sie aus dem rampolierten Frankreich wieder eine Grande Nation machen will. Nach ihrem Führungsprinzip gefragt, zitiert Le Pen weder de Gaulle noch Jeanne d'Arc: «Es kommt mir vor, als sei ich als kleines Kind in den Zaubertrank geplumpst – ein bisschen wie Obelix.» Seite 38

In Ägypten herrscht Paranoia – Angst vor Terroranschlägen und westlichen Journalisten, die das Land angeblich schlechtreden. Ein Heer von Spitzeln und selbsternannten Aufpassern nimmt westliche Ausländer ins Visier. Als Reporter Kurt Pelda im Zug von Kairo nach Alexandria aus dem Fenster ein paar Bilder schießt, wird er argwöhnisch von einem Mitreisenden beobachtet. Wenig später tauchen drei Herren in Zivil auf, sie geben sich als Mitglieder der Staatssicherheit aus. Neben dem Reisepass wollen sie auch die Fotos sehen.

Dann muss der Reporter alle Bilder vor den Augen der aufmerksamen Agenten löschen. Der wichtigste arabische Staat ist nach dem Sturz der Muslimbrüder nicht im Bürgerkrieg versunken. Die Probleme werden durch die Milliardenhilfe von der Arabischen Halbinsel nur notdürftig kaschiert. Viele Ägypter setzen ihre Hoffnungen in den zurückgetretenen Armeechef Abdel Fattah al-Sisi. Mit eiserner



Mit eiserner Faust: Ex-Armeechef al-Sisi.

Faust zerschlägt er die Überreste der Muslimbrüderschaft. Ob al-Sisi als Präsident den Ägyptern ein besseres Leben beschermen kann, ist eine andere Frage. Seite 42

Weltwoche-Vize Philipp Gut traute seinen Augen nicht, als er folgenden Fall recherchierte: Im Kanton Graubünden prozessiert der strafwürdige Ägypter Mohamed A., der illegal hier lebt und gar nicht mehr in der Schweiz sein dürfte, aus dem Untergrund gegen den Staat. Dies auf Kosten des Steuerzahlers. Der Staat stellt dem Querulanten, der gegen ihn vorgeht, sogar gratis Anwälte zur Verfügung. Wie ist das möglich? Die unglaubliche Geschichte zeigt, wie sich der Schweizer Rechtsstaat ad absurdum führt. Die Behörden sind machtlos. Mohamed A. schlägt die Schweiz. Seite 28

In eigener Sache: Am kommenden Samstag wird *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel im Palazzo dei Congressi von Lugano an der Jahresversammlung der Schweizer Jungfreisinnigen das Grundsatzreferat über Liberalismus und Freisinn in der Schweiz halten. Damit schliesst sich gewissermassen ein Kreis: Vor exakt zehn Jahren erhielt Köppel von den Zürcher Jungfreisinnigen den «Liberal Award».

Ihre *Weltwoche*

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (Los Angeles),

Florian Schwab, Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, David Schnapp,

Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Jeroen van Rooijen,

Sacha Verna (New York),

Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (Leitung),

Joël Hunn, Maya Wipf (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (Leitung), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempter (Leitung), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



WELCOME TO OUR WORLD



CHRONOMAT 44 GMT



Die berühmte, 1964 gegründete Patrouille Suisse zelebriert 50 Jahre Spitzenkönnen im Flug. Mit ihren sechs rot-weiss bemalten Überschalljägern und ihren Top-Piloten hat sie sich als eine der weltbesten Formationen und als Botschafterin für Präzision und helvetische Vortrefflichkeit durchgesetzt. Zur Feier dieses Jubiläums legt Breitling – der privilegierte Partner der Aeronautik – eine Spezialversion seines Aviatikchronografen Chronomat auf mit dem offiziell Chronometer-zertifizierten Doppelzeitzonen-Manufakturkaliber B04. Ein Kondensat aus Power und Performance. Willkommen in der Welt der Elite.

RUCKLI
seit 1898 goldrichtig
AM BAHNHOFPLATZ LUZERN



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Freisinn

Die FDP feiert Erfolge. Gut so. Jetzt muss die Partei wieder richtig freisinnig werden.

Von Roger Köppel

Der Freisinn spürt den Frühling. Die Zeitungen spenden gefährliches Wohlwollen. Gefährlich deshalb, weil Lob schnell Hochmut produziert. Gute Resultate in Zürich, keine Verluste in Bern: Bereits sieht sich FDP-Präsident Philipp Müller genötigt, die überschüssende journalistische Euphorie zu dämpfen. Richtig so.

Es wäre der FDP zu wünschen, dass sie nach Jahren des Niedergangs endlich wieder zulegt. Die Schweiz krankt an der Schwäche der Bürgerlichen und am innerbürgerlichen Streit zwischen FDP, SVP und der um Profil ringenden CVP. Mittelfristig werden sich die Bürgerlichen, wie die SVP, nach rechts orientieren müssen. Der Charme der Mitte lässt nach. Das zeigt die Implosion der BDP am letzten Wochenende. Die Mitte ist der Nullpunkt der Politik, intellektuell unergiebig, aus sich heraus nicht überlebensfähig. Eine Bundesrätin ist noch kein Programm.

Die FDP hätte eine Chance. Aber ist sie schon bereit? Die aktuellen Gewinne sind Erbschaften desillusionierter Mitte-Wähler. Die FDP profitiert auch von einer gewissen Übermüdung ob der mit altbekannten Köpfen kämpfenden SVP. Es gibt viel leidenden Goodwill gegenüber dem Freisinn, unter Bürgerlichen, die nach rechts abwanderten, aber auch unter verbürgerlichten Linken, denen die Linke zu links ist.

Viele sehnen sich nach einer «anständigen», «salonfähigen» Partei, die auf Sichtdistanz zur SVP politisiert, ihren Sympathisanten aber die Reputationsrisiken erspart. Politik ist manchmal schrecklich oberflächlich. Die FDP soll dieser Rotary Club der Rechten sein, eine Art SVP im Armani-Anzug. Viele wünschen sich den Erfolg einer solchen FDP. Wie kommt sie dorthin?

Zunächst die Stärken: Die FDP hat nach wie vor gutausgebildete Leute. Sie strahlt immer noch Macht, Autorität und ein gewisses intellektuelles Flair aus. Ihre Jungpartei ist ein Reservoir an talentierten Hoffnungsträgern. Die Jungfreisinnigen sind rechter, also liberaler und konservativer als die Altpartei. Sie haben weniger Berührungängste und scheinen ideologisch gefestigter.

Vergleicht man die Schweizer Freisinnigen mit den Kollegen in Deutschland, sind die Schweizer stabiler und besser besetzt. Ein Trumpf ist auch die Tradition. Abgesehen von



«Eine Armee mit lauter Generälen.»

den verwirrten Neunzigern, als die Partei unter Franz Steinegger nach links wegdriftete, stand der Freisinn für die Werte, welche die Schweiz bis heute stark machen: Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstverantwortung.

Wir kommen zu den Schwächen. Die FDP hat sich von einer Grundwertepartei zu einer Imagepartei gewandelt. Sie ist fast panisch damit beschäftigt, einen vordergründig guten Eindruck zu erzeugen. Kritik ist unerwünscht. Äusserlichkeiten spielen eine zu grosse Rolle. Politik mit Puderquaste und Glaskinn. Sinnbild dieser Ausrichtung ist der langjährige Noch-Generalsekretär Stefan



Brupbacher, ein perfekt gestylter, keimfreier Liberaler. In einem erhellenden Interview gab Parteichef Philipp Müller kürzlich Auskunft über die im nächsten Jahr angestrebten Ziele. Müller spricht fast ausschliesslich von Wählerprozenten und Sitzen im Bundesrat. Ist der Freisinn nur noch ein Verfahren zur Sicherung von Pfründen und Pöstchen? Die Programminhalte werden beiläufig in ein paar Nebensätzen angetippt. Müllers Botschaft ist, dass die Botschaft der FDP nicht so wichtig ist.

Es harzt auch bei den Grundbegriffen. Zentral sei der Kampf für die Freiheit, betont Müller im Interview. Freiheit wiederum ist für den FDP-Chef die Möglichkeit, dass «jede Person [...] selber frei entscheiden» könne, «wie sie Beruf, Familie und Freizeit gestaltet».

Das hurtig hingeworfene Bekenntnis erstaunt. Sieht der stolze Freisinn tatsächlich eine entscheidende politische Konfliktlinie der Gegenwart darin, wie die Menschen ihre Freizeit ausfüllen? Hat es aus liberaler Sicht den Staat überhaupt zu interessieren, wie der Bürger sein Familienleben organisiert? Und viel wichtiger noch: Wo sieht Müller die Rolle des Staates, die Rolle des Steuerzahlers bei der Ermöglichung, sprich: Finanzierung, dieser vielfältigen Gestaltungswünsche?

Müllers Selbstverwirklichungsliberalismus drückt sich um die entscheidende Frage: Wie definiert die FDP heute das Verhältnis Staat und Bürger? Was bedeuten konkret Freiheit und Selbstverantwortung im massiv expandierenden Schweizer Wohlfahrtsstaat?

Eigentlich wäre es so einfach. Die FDP hat den modernen Bundesstaat geschaffen. Seine Institutionen sichern die Freiheit. Freiheit für wen? Freiheit nicht für Politiker und Funktionäre, sondern Freiheit für die Bürger in der direkten Demokratie.

Freiheit fordert Eigenverantwortung. Eigenverantwortung bedeutet, den andern nicht zur Last zu fallen, seinen Lebensunterhalt selber zu bestreiten. Der Staat liefert den stabilen Rechtsrahmen für Sicherheit und Wohlstand. Das ist der Kern unserer freiheitlichen Staatsauffassung. Sie muss heute wieder pickelhart gegen links erkämpft werden.

Der Freisinn ist noch nicht am Ziel. Die Partei ist heterogen besetzt. Welten liegen zwischen der Markwalder- und der Leutenegger-FDP. Müllers Aufgabe bleibt anspruchsvoll. Erschwerend kommt hinzu: Die FDP ist eine Armee mit lauter Generälen.

Langfristig wird die FDP um eine Bereinigung der Positionen nicht herumkommen. Es wird Krach geben. Man kann nicht für alles stehen und auch das Gegenteil. Parteien sind Partei und nicht das Ganze. Immerhin: Der Freisinn braucht sich nicht neu zu erfinden. Er muss nur zurück zu den Grundbegriffen jenes Staates, den er einst gegründet hat.



Im Gegenwind: Schneider-Ammann. Seite 30



Muss es wirklich jeden Tag sein? Seite 52



Anti-Russland-Bewegung in Kiew: Seite 44



Wieder Single: Gwyneth Paltrow. Seite 50

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 11 **Kommentar** Staatsgelder für Muslime?
- 11 **Im Auge** Adrian Sutil, Rennfahrer-Pianist
- 12 **Literatur** Verhasste Heimat
- 12 **Klimaforschung** War da was?
- 12 **Armee** Verräterisch
- 13 **Personenkontrolle** Lüscher, Hengartner, Widmer-Schlumpf, Landolt, Grunder, Fischlin, Schneider-Ammann
- 13 **Nachruf** Montecore, Roy Horns Tiger
- 14 **Komplizenschaft der hohlen Hand**
Auch die Ammann-Gruppe bezog Erasmus-Subventionen
- 15 **Lehrplan 21** Staatsstreich im Schulzimmer
- 16 **Brief aus Berlin** Wenn es dem Nachbarn nicht gefällt
- 17 **Benchmark Schweiz** Ungeahnte Schuldenberge
- 18 **Mörgeli** Renaissance der Neutralität
- 18 **Bodenmann** Ohne NSA fliegt er nicht
- 19 **Ausland** Hollande beruft den «super-flic»
- 20 **Die Deutschen** Diskrete Denunzianten
- 20 **Wirtschaft** Staubsaugen mit Doris
- 21 **Medien** 20 Minuten, 10 Millionen
- 21 **Gesellschaft** Konvoi der Nerds
- 22 **Leserbriefe**
- 23 **Darf man das?**

Hintergrund

- 24 **Die Spitzensaläre der Staatsdiener**
Die Privilegien der Angestellten in der Bundesverwaltung
- 27 **Essay** Liberale Denker setzen auf freie Zuwanderung
- 28 **Ägypter narrt Schweiz**
Mohamed A. prozessiert aus dem Untergrund
- 30 **Aufs Auge gedrückt**
Wirtschaftsminister Schneider-Ammanns Niederlage
- 32 **Niedergang einer Vorzeige-Klinik**
Probleme bei der Inneren Medizin des Zürcher Uni-Spitals
- 34 **Das geheime Netzwerk des Front-national**
«Bleu Marine» rekrutiert im Feindesland (Serie, Teil 3)
- 38 **Marine Le Pen öffnet sich**
Die Front-national-Chefin Marine erklärt ihre Strategie
- 42 **Das grosse Reinemachen**
Die Ägypter glauben an Ex-Armeechef Abdel Fattah al-Sisi
- 44 **Dubioser Nationalheld**
Nazi-Bewunderer werden in der Ukraine zu Lichtgestalten
- 50 **Perfekt gescheiterte Ehe**
Kaliforniens glitzerndste Utopistin Gwyneth Paltrow
- 52 **Weniger Sex macht glücklich**
Bestsellerautorin Julie Burchill über ihr Eheglück



REFRESH-BUTLER

Das innovative Pflegesystem
für Ihre schönsten Kleider.

Gut erfunden: Der REFRESH-BUTLER mit der Weltneuheit Photokatalyse

Das innovative Pflegesystem in Schrankform ist die komfortable Lösung für delikate Textilien, die besonders schonend gepflegt werden wollen. Hochwertige Kleider wie Anzüge, Abendroben oder Mäntel werden mit Photokatalyse und Dampftechnologie sorgfältig aufgefrischt, entknittert, hygienisiert und getrocknet. Freuen Sie sich auf eine täglich frisch

gepflegte Garderobe. Mehr über den REFRESH-BUTLER erfahren Sie unter vzug.ch/REFRESH-BUTLER



Führend in Küche und Waschraum



«Ich möchte keine Phase missen»: Altkanzler Schröder. Seite 46

Interview

46 «Genierlich war mir meine Herkunft nie»

Gerhard Schröder hat sich aus ärmsten Verhältnissen an die Spitze Deutschlands hochgearbeitet. Ein Gespräch über Familie, Fussball und politische Macht

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Capa fotografiert Picasso

56 Bestseller

56 Kanon Lektüre für Schiffbrüchige

57 Literatur Neuer Roman des spanischen Autors Rafael Chirbes

57 Jazz Tobias Preisig

58 Top 10

58 Kino «Still Life»

59 Fernseh-Kritik «Reporter»

60 Namen Schönheit dank Edelweiss

61 Hochzeit Clemens Hagen und Kimberly Hoppe

61 Thiel Bittere Medizin

62 Stilkritik Ryan Goslings «Normcore»

63 Die Liste Schicke Unterbuxen

63 Klassiker Vespa

63 Hat das Stil? Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

64 Wein Blaufränkisch Spitzerberg 2011; Blaufränkisch Carnuntum 2011

64 Zu Tisch «The Restaurant» in Zürich

65 Auto Subaru Outback 2.0D 4x4M Classic Line

66 MvH trifft Konstantin Grcic, Designer

Autoren in dieser Ausgabe

Pierre Bessard



Der Ökonom und Direktor des Liberalen Instituts ist ein dezidierter Verfechter der individuellen Freiheit und der freien Marktwirtschaft. In seiner Replik widerspricht er der Behauptung, die Personenfreizügigkeit sei gar kein liberales, sondern ein sozialistisches Anliegen. Seite 27

Julie Burchill



Die britische Journalistin und Bestsellerautorin bezeichnet sich selbst als «militante Feministin». In dieser Ausgabe schreibt die 54-Jährige, warum sie erst in ihrer dritten Ehe realisierte, dass es nicht nur so viel Sex wie möglich ist, was in einer Partnerschaft glücklich macht. Seite 52

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH



Roger Köppel:

Voller Einsatz für eine unabhängige und weltoffene Schweiz.

Die *Weltwoche*: Die einzige Zeitung, die sich nicht für unsere Volksentscheide entschuldigt.



**Probeabo: www.weltwoche.ch/probeabo oder
Telefon 043 444 57 01**

Die grösste Schweizer Wirtschaftszeitung
www.handelszeitung.ch

BEHARRLICH

SEIT 1861



Staatsgeld für Muslime?

Von Philipp Gut — In verschiedenen Kantonen entscheidet das Volk über eine klarere Trennung von Kirche und Staat. Ausgerechnet progressive Kräfte stellen sich gegen das moderne Anliegen.

Der Kanton Graubünden hat kürzlich darüber abgestimmt, in Nidwalden und Zürich stehen demnächst weitere Urnengänge an. Die Bevölkerung in diesen Kantonen entscheidet darüber, ob Unternehmen von der Kirchensteuer ausgenommen werden sollen. Auch Privatpersonen müssen zahlen, sie können sich allerdings durch einen Austritt aus der Landeskirche davon befreien. Nicht so die Unternehmen. Für sie besteht ein Zahlungszwang. Der Staat engagiert sich als williger Helfer und zieht die Steuern ein.

Hinter den Initiativen stehen die Jungliberalen. In Zürich haben diese die Mutterpartei überraschend auf Kurs gebracht. Das ist eine erfreuliche Nachricht, nicht nur für die FDP. Denn das Anliegen ist urliberal. Und es eröffnet die Chance, noch radikaler historische Verkrustungen wegzuputzen. Im Kern geht es um eine Frage, die seit dem Mittelalter durch die abendländische Geschichte huscht und die bis heute nicht gelöst ist: die Trennung von Kirche und Staat.

Diese gehört eigentlich zu den grossen Errungenschaften der Neuzeit. Religionsfreiheit ist nur dann möglich, wenn der Staat nicht mehr über die ersten und letzten Dinge entscheidet. Was einer glaubt, geht den Staat in aufgeklärten Gesellschaften nichts an. Mit der segensreichen Folge, dass es kaum Religionskriege und Verfolgungen von religiösen Minderheiten mehr gibt. Noch im Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) war das anders: Er hinterliess eine Blutspur des Glaubens und verwüstete halb Europa.

Doch dieses Projekt der Aufklärung ist nicht zu Ende geführt, jedenfalls nicht in der Schweiz. Vielen Bürgern, die regelmässig und brav Kirchensteuern zahlen, dürfte unbekannt sein, dass ihr Geld gar nicht an die Kirche geht. Von einer «Kirchensteuer» zu reden, ist streng genommen falsch, zumindest bei den Katholiken. Zu unterscheiden sind nämlich die eigentliche Kirche, die aus den Bistümern und Pfarreien besteht, die wiederum mit der Weltkirche und dem Vatikan verbunden sind. Und die erwähnte Landeskirche, eine Körperschaft aus gut bezahlten Laien (in Zürich verdient der Präsident der sogenannten Synode gegen 220 000 Franken). Die Landeskirchen sind vom Staat geschaffene Körperschaften, nicht mit Priestern und Bischöfen an der Spitze, sondern mit Funktionären. Die Kirchensteuer ist also eine Funktionärssteuer. Und die Funktionäre verteilen – nachdem sie



Privilegien für alle Religionen – oder für keine.

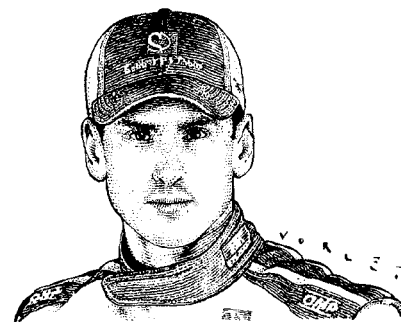
sich selber fürstlich entlohnt haben – das Geld dann an die Pfarreien und verschiedene, von ihnen für gut befundene Projekte.

Pfründen für Funktionäre

Interessant ist nun: Ausgerechnet die Laien der Landeskirche, die sich gern als fortschrittliche Speerspitze wider die bischöfliche Obrigkeit profilieren, halten mit Haken und Ösen an den überkommenen Strukturen fest. Sie wollen ihre Privilegien und Pfründen behalten und machen das, was Linke immer tun: Sie fordern mehr Steuern und mehr Staat. Umgekehrt tritt etwa der konservative Bischof von Chur für eine noch weiter gehende, vollständige Autonomie der Kirche ein. Die Konservativen sind die Progressiven. Und die Progressiven sind die Konservativen.

Es gibt noch eine zweite Pointe. Neuerdings verlangen auch die Schweizer Muslime, als Landeskirche anerkannt zu werden. Tatsächlich wäre es schwierig zu begründen, weshalb dem Islam verwehrt bleiben soll, wovon Katholiken und Reformierte profitieren – auch wenn ein «demokratischer Islam» eine Fantasie bleiben dürfte. Entweder, man gewährt die Privilegien allen Glaubensgemeinschaften. Oder keinen. Die zukunftsgerichtete Antwort lautet seit mindestens 400 Jahren: keinen. Staat und Kirche sollen endlich getrennte Wege gehen.

Formel Karajan



Adrian Sutil, Rennfahrer-Pianist.

Der Dirigent Herbert von Karajan, der Maestro der schnellen Tempi, liebte das raubtierhafte Geheul, wenn er sich mit dem Gaspedal von null ins Nirwana katapultierte. «Der Motor eines Ferrari macht keinen Lärm», sagte er. «Er klingt wie eine Sinfonie.» Auch der Taktstockkollege Leonard Bernstein berauschte sich am Motorengedröhn seines Aston Martin DB 6. Und jetzt dieser Schock der Stille. Ein Tonausfall? Während der ganzen Dauer des Rennens in Sepang, Malaysia, ein Korso von flüsternden Staubsaugern, leiser als die Unterbrecherwerbung. «In jeder Bar geht es lauter zu als in der Formel 1», mault der Weltmeister Sebastian Vettel. Adrian Sutil, 31, der Pilot des Sauber-Rennteam, der in Oensingen SO wohnt, beschrieb seine Lärmaffinität mal so: «Wenn ich einen Motor röhren höre, geht mir dieser Klang unter die Haut. Diese Lautstärke, diese unbändige Gewalt – für mich ist das ein sehr emotionales Erlebnis. Beinahe wie Musik.»

Sein Vater Jorge Sutil, der aus Uruguay stammte, war Berufsmusiker, Bratschist bei den Münchner Philharmonikern, seine Mutter Monika Pianistin. Adrian Sutil machte eine klassische Klavierausbildung und gewann Förderpreise, bis er mit vierzehn in einem Kart seine ersten schnellen Runden drehte. Da gab es für ihn nur noch einen Berufswunsch, Rennfahrer. Während achtzehn Monaten, der Dauer einer bedingten Gefängnisstrafe, blieb er den Pisten fern, nachdem er in einer Disco in Schanghai einem Rennstallbesitzer die Champagnerflasche in den Hals gedrückt hatte, unabsichtlich, verteidigte er sich. Sutil hat ohnehin Mühe, ins Cockpit zu klettern mit seinen 1,83 Meter Körpergrösse. Er hatte wieder mehr Zeit, sein Musikgehör zu schärfen. Der verhaltene Ton der neuen Turbo-Sechszylinder-Hybrid-Aggregate gefällt ihm, im Gegensatz zu fast der ganzen Branche, die dem urweltlichen Getöse nachtrauert. «Man hört wieder die Unterschiede zwischen den Motoren von Ferrari, Mercedes und Renault», vorher habe man sich «nur noch die Ohren zugehalten». Geräuschlos blieb Sutils Sauber-Raubtier umweltpolitisch korrekt in Sepang in Runde 34 liegen. *Peter Hartmann*

Verhasste Heimat

Von Rico Bandle — Der Thuner Autor Lukas Bärzfuss zieht gnadenlos über sein Thun her.

Für den Durchreisenden gleicht Thun einer Idylle: eine wunderbar erhaltene Altstadt aus dem 12. Jahrhundert, ein einmaliges Bergpanorama, ein postkartentauglicher See. Mit 40 000 Einwohnern erfüllt die Stadt Zentrumsfunktionen für das ganze Berner Oberland. Der in Thun aufgewachsene Schriftsteller Lukas Bärzfuss, seit vielen Jahren in Zürich ansässig, will von der Idylle allerdings nichts wissen. In seinem Roman «Koala» rechnet er mit seiner alten Heimat und deren Bewohnern ab – ohne die Stadt beim Namen zu nennen.

Manchmal tönt seine Kritik, wie sie jeder Heranwachsende formuliert, wenn er sich von zu Hause lösen will: «Ein Kaff. Hübsch gelegen. Nichts los. Das Aufregendste waren die Panzer, die in langen Kolonnen auf den Gefechtsplatz fuhren.» Wenn sich der Schriftsteller über das geistige Niveau der Einheimischen auslässt, kommt sein ganzer Dünkel zum Ausdruck: «Wenn also dieser Mann [Bärzfuss selbst] nun mehr oder weniger unfreiwillig in seine Heimatstadt zurückkehrt, dann wird er als erste Massnahme seiner kurzzeitigen Eingliederung in diese Gesellschaft den Wortschatz reduzieren, die Sätze verklumpen lassen. Er wird alles vermeiden, was geschmeidig, anmutig oder gebildet erscheinen könnte.»

Mehrfach bemüht der Autor das Klischee der knorrigten Landbevölkerung, die alles in sich hineinfrisst: «Viele Worte, so hat er als Kind gelernt, verliert allein der Hausierer, einer, der etwas verkaufen will, um das niemand gebeten und für das keiner Verwendung hat. In dieser Gegend geht man stumm durchs Leben, höchstens die Mädchen dürfen schwatzen, bis auch sie früher oder später erwachsen werden und sich in das Schweigen zu finden haben.» Fragen zu stellen, sei verboten, denn «in dieser Gegend gelten Fragen nie als Ausdruck der Beteiligung, sondern als unangebrachte Neugier. In jeder Frage steht eine Anklage.»

Handelt es sich bei diesen Ausführungen etwa um eine lustvolle Polemik? Oder um eine als Kritik getarnte Liebeserklärung? Weder noch, zu herablassend ist die Tonalität. Auch hinter der Fiktion kann sich der Autor nicht verstecken, der Roman über den Selbstmord seines Bruders hat einen realen, autobiografischen Hintergrund. Allzu betroffen müssen sich die Thuner dennoch nicht fühlen: Bärzfuss' Worte geben wohl mehr Aufschluss über die Vorurteile eines urbanen Intellektuellen als über die Leute im Berner Oberland.

War da was?

Von Alex Reichmuth — Der Weltklimarat krebst zurück. Niemand will es wahrhaben.

Bis zu 30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht? Das war einmal. Zunahme der Zyklone in Asien um 10 bis 20 Prozent? Vorbei. Bis zu eine Viertelmilliarde Afrikaner bald von Wassermangel betroffen? Schnee von gestern.

Vergleicht man den neuen Bericht des Weltklimarats (IPCC) zu den Folgen der Erderwärmung mit dem von 2007, reibt man sich die Augen. Viele Warnungen, die jahrelang unablässig zitiert wurden, sind verschwunden. Der neue Bericht erschöpft sich weitgehend im Vagen. Statt Prozentwerte zu nennen, ist von «substanziellen Risiken» und «steigenden Gefahren» die Rede. Oder es werden Gemein-



«Grosse Spanne»: Klimaforscher Field.

plätze zum Besten gegeben – wie etwa der, ohne Anpassung könnten die Ernten kleiner ausfallen. Dabei ist den Landwirten durchaus zuzutrauen, dass sie sich allfälligen veränderten Klimabedingungen anpassen.

Kommen im Bericht doch Zahlen vor, erstaunen sie nicht selten. So schätzt das IPCC den Wohlstandsverlust wegen des Klimawandels auf gerade mal 0,2 bis 2 Prozent. Das sind um Welten weniger als die 5 bis 20 Prozent im berühmten Stern-Report, mit dem die Regierungen der Welt seit 2006 teure Massnahmen gegen den Klimawandel gerechtfertigt haben.

«Der Mensch will von Natur aus immer alles klar und einfach haben», wies Chris Field, Co-Verantwortlicher für den Bericht, Kritik an dessen Schwammigkeit zurück. «Aber es ist immer sinnvoll, für eine grosse Spanne an möglichen Entwicklungen bereit zu sein.» Das scheinen sich die hiesigen Zeitungsmacher und Fernsehproduzenten zu Herzen genommen zu haben. Sie warnen in diesen Tagen vor dem Klimawandel, als wäre nichts geschehen. Ganz nach dem Motto: «Wir müssen die Katastrophe verhindern – auch wenn wir nicht wissen, welche.»

Verräterisch

Von Paul Bär — Die Gripen-Gegner holen ihre Argumente vom Himmel.

Im kunterbunten Haufen von «Argumenten» gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge findet sich immerhin ein kleines Schmuckstück. Da erklären die Roten, Grünen und anderen Gegner des Gripen-Kaufes den Mitbürgern, dass die Schweiz auch ohne moderne Flieger bestens gegen alle Kriegsgefahr aus der Luft gewappnet sei: «Ein wirksamer Luftschirm ist auch ohne neue Jets gewährleistet: Die Schweizer Luftwaffe ist im internationalen Vergleich auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger F-5 sehr gut gerüstet. Zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen die vorhandenen 32 F/A-18 längst.»

Zur gänzlichen Beruhigung säuselt das Komitee noch: «Die F/A-18-Flotte wurde ausserdem erst kürzlich für über 400 Millionen Franken auf den neusten Stand der Technik gebracht.»

Was bei diesen Flötentönen gezielt vergessen wurde: Die gleiche links-grüne Gruppierung, die den F/A-18 als Basis der Sicherheit anpreist, hat 1993 dessen Beschaffung vehement bekämpft. Und die gleichen Politiker, die heute die Nachrüstung dieses Fliegers als wirksamen Schutz rühmen, haben die dazu erforderlichen Kredite im Parlament ebenso vehement bekämpft.

Demolierung der Landesverteidigung

Wäre das Schweizervolk den Ratschlägen der Gripen-Gegner gefolgt, könnten diese ihr sicherheitspolitisches «Argument» nicht einmal vorbringen, dann bestünde die Luftwaffe derzeit aus einigen Trainingsflugzeugen, Helikoptern und 54 altersschwachen Tiger F-5, die entsorgt werden müssen, bevor sie vom Himmel fallen.

So hübsch haben Evi Allemann (SP), Daniel Vischer (Grüne), Jo Lang (GSoA), Fabian Molina (Juso) und Co. sich selten selbst entlarvt. Jede scheinbar rationale Begründung eines Neins zum Gripen-Kauf dient nur als Tarnnetz, um das wahre Geschäft der hartnäckig agierenden Bande notdürftig zu kaschieren: die Demolierung der Landesverteidigung.

Erfolg hatten die Trickspieler bislang nicht, weder mit der Initiative zur Selbstentwaffnung noch mit jener zur Abschaffung der Wehrpflicht. Beunruhigend ist allerdings, dass jetzt viele Bürgerliche, allen voran Martin Bäumles opportunistische Grünliberale, auf diese plumpe Täuschung hereinfliegen wollen.

Personenkontrolle

Lüscher, Hengartner, Widmer-Schlumpf, Landolt, Grunder, Fischlin, Schneider-Ammann

Die Universität Zürich stelle sich schützend vor ihren Professor **Thomas Lüscher**, schrieb die *Weltwoche* vor zwei Wochen an dieser Stelle. Der Leiter der Kardiologie am Uni-Spital hatte mehrere Seiten Text in der aktuellen Ausgabe eines Lehrbuchklassikers fast unverändert von einem ehemaligen Mitarbeiter übernommen. Die Uni behauptete nach Abschluss einer internen Untersuchung, es liege kein Plagiat vor. Wie erst jetzt klar wird, ist der Entscheid der Uni aber kein Persilschein für Lüscher. Der Chefarzt hat von der Uni für die Übernahme des Textes sogar eine schriftliche Rüge erhalten.



Kein Persilschein: Lüscher.

ten, wie Rektor **Michael Hengartner** bestätigt. Es handle sich eindeutig um einen Fall wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Lüscher hätte seinen ehemaligen Mitarbeiter als Co-Autor erwähnen müssen, so Hengartner. Warum die Uni aber darauf beharrt, Lüscher habe nicht plagiiert, ist nicht nachvollziehbar. Immerhin sprach der juristische Gutachter, den die Uni in dieser Sache beauftragt hatte, klar von einem Plagiat. (are)

Wunden lecken bei der BDP: Die zur Unterstützung von Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** gegründete Partei hat bei den kantonalen Wahlen am Sonntag elf ihrer 25 Grossratsitze verloren. BDP-Schweiz-Präsident **Martin Landolt** wusste sofort, wer schuld ist: die Berner Parteikollegen, die zu wenig «progressiv» und «lösungsorientiert» politisierten. Landolts Vorgänger **Hans Grunder** ging derweil bereits wieder in die Offensive. Am Tag nach der Schlappe forderte der Berner Nationalrat vor den «10 vor 10»-Kameras eine neue Subvention. Die Stromkonzerne sollen zum Handkuss kommen. Deren Wasserkraftwerke rentierten nicht mehr, weil stark subventionierter Wind- und Solarstrom die Wasserkraft verdränge. Grunder liefert damit die Lösung für ein Problem, das Grunder



Wuchernde Öko-Subventionen: Grunder.

erst geschaffen hat. Die wuchernden Öko-Subventionen sind unter anderem der BDP zu verdanken, die nach dem Reaktorunglück von Fukushima opportunistisch auf eine grüne Energiepolitik umgeschwenkt ist. (cal)

Gar neue Stauseen bauen will **Andreas Fischlin**, renommierter Klimaforscher der ETH Zürich – aber nicht, um Strom zu produzieren, sondern um die Wasserversorgung sicherzustellen. Wie in der «Tagesschau» zu vernehmen war, sorgt sich Fischlin nämlich um genügend Wasser, falls die Gletscher endgültig wegschmelzen. Der Vorschlag überrascht. In unserem Land, das als Wasserschloss gilt, ist der Pegelstand der Flüsse jeweils im Sommer besonders hoch – und das auch in Berggegenden, wo schon heute weit und breit kein Gletscher vorhanden ist. (are)

Schweizer Futtermittelimporteure haben grosse Mühe, sich auf dem Weltmarkt mit gentechfreiem Soja einzudecken, wie etwa von Migros und Coop gefordert. Nun stockt auch der Nachschub aus Brasilien, wo bisher noch konventionelles Soja zu bekommen war. Rettung soll das Projekt «Donau-Soja» bringen. Landwirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** unterschrieb bereits 2013 mit sechs anderen europäischen Ländern eine Erklärung, um den Anbau von gentechfreiem Soja in den Anrainerstaaten der Donau zu fördern. Gar nicht förderlich ist indes, dass Chargen von Donau-Soja aus Bosnien aufgetaucht sind, die «hochgradig» mit Salmonellen verseucht waren. Angeblich soll das Malheur aber nichts damit zu tun haben, dass sich Soja nur bedingt für den Anbau im kalten Europa eignet. (are)



Nicht förderlich: Schneider-Ammann.

Nachruf



«Freund und Bruder»: Roys Tiger.

Montecore (1997–2014) — Obsessionen schreiben Lebensgeschichten, treiben zu Höchstleistungen an und können vernichten. Siebzehn Jahre lang lebten und arbeiteten die deutschen Magier Siegfried und Roy mit dem weissen Tiger Montecore in Las Vegas. Ihre Beziehung war legendär. Die Superstars mit den prächtigen Föhnfrisuren brachen mit ihrer Tiger-Show jahrelang sämtliche Umsatz- und Beliebtheitsrekorde. Und es gab viel Kritik. Das zelebrierte «Schmusekätzchen-Image» hatte mit der Realität des gnadenlosen Raubtiertrainings nichts zu tun. Im Oktober 2003 griff Montecore Roy Horn während einer Vorstellung im «Mirage Hotel» an und verletzte ihn schwer. Es war das abrupte Ende einer steilen Karriere im extravaganten Gewand purer Pracht und Besessenheit. Roy Horn erklärte den Angriff stets damit, dass die 172 Kilogramm schwere Raubkatze ihn in Sicherheit habe bringen wollen, als ihm während der Show wegen Bluthochdrucks plötzlich schwindelig wurde. Er hegte keinen Groll gegen das Tier, lebte weiter in seiner Nähe und verklärte seine Liebe zu Raubkatzen und zu Siegfried immer wieder zum heroischen Lebensentwurf deutscher Auswanderer. Jetzt sei Montecore, sein «geliebter, siebzehn Jahre alter weisser Tiger, Freund und Bruder» aus dem Leben geschieden, teilte Horn auf der Facebook-Site von Siegfried & Roy mit. «Er spielt jetzt mit seinen Brüdern und Schwestern im Himmel der weissen Tiger.» Details zum Tod wurden nicht bekanntgegeben. Die bayerische Staatsflagge vor der Villa der beiden Superstars weht seit vergangener Woche auf Halbmast.

Tom Kummer

Komplizenschaft der hohlen Hand

Von Peter Keller — Nur ein Bruchteil der «Erasmus»-Millionen fliesst in den Studentenaustausch. Der Rest wird für ein Sammelsurium von Projekten verwendet. Bundesrat Schneider-Ammann verteidigt das Programm. Nicht ganz uneigennützig: Auch die Ammann-Gruppe bezog Subventionsgelder.

Bis vor der Abstimmung vom 9. Februar stand «Erasmus» für Studentenaustausch-Programme innerhalb Europas: Einmal fremde Luft schnuppern, den Horizont erweitern, eine neue Sprache lernen. Alles in allem eine schöne Sache.

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat die EU die Verhandlungen zu «Erasmus für alle», wie das aktuelle Mobilitätsprogramm heisst, gestoppt. Die Konsternation war gross, die Klagen darüber waren noch heftiger: Von den Studentenschaften bis zu den Hochschulrepräsentanten wurde vor den negativen Folgen für Schweizer Universitäten gewarnt, von Unsicherheit war die Rede, von Attraktivitätsverlust und höherem administrativem Aufwand.

Die Aufregung sorgte allerdings auch für einen positiven Nebeneffekt. Langsam entsteht mehr Klarheit darüber, wie es zur Sistierung des Mobilitätsprogrammes kam. Namentlich die *Basler Zeitung* deckte auf, was alles unter dem Titel «Erasmus» finanziert wurde: ein kabarettreifes, kunterbuntes Sammelsurium von Projekten. Was man heute mit Erstaunen feststellen muss: Nur ein Bruchteil der rund 300 Millionen «Erasmus»-Franken kommt effektiv bei den Studierenden an für ihre Auslandsaufenthalte. Der Rest verdampft im Überall.

Alles und jeder wird beglückt

Noch liegen keine exakten Zahlen vor. Die mit der Umsetzung von «Erasmus» beauftragte Stiftung CH ist offenbar nicht in der Lage, die Geldflüsse exakt aufzuschlüsseln. Eine Anfrage beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) ist hängig und damit auch die Frage, wie viele Millionen nun tatsächlich in die Mobilitätsprogramme für Studenten fliessen.

In der Herbstsession 2013 bewilligte die Mehrheit des Parlaments eine weitere Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen. Dabei wurde ein Gesamtkredit von 305,5 Millionen Franken für die Jahre 2014 bis 2020 gesprochen. Davon waren rund 35 Millionen für die Stiftung CH vorgesehen. Gleichwohl konnte die Organisation erst nach Wochen eine vollständige Liste der zwischen 2011 und 2013 bewilligten Projekte vorlegen – und ein Blick hinein zeigt, dass «Erasmus für alle» durchaus wörtlich zu verstehen ist: Hier scheint alles und jeder mit Beiträgen beglückt worden zu sein, der von diesem Millionenkässeli Wind bekommen hatte.

Auf 35 Seiten werden Hunderte Projekte und Projektträger aufgeführt. Die Liste beginnt mit der Kantonsschule Olten, die für ihr Projekt «Durch verschiedene Linsen auf die Geschichte schauen» 1978 Franken bekommen hat. Das Kollegium St. Michael in Freiburg – auf Platz zwei der Liste – erhielt für das gleiche Projekt 1308 Franken. Dann folgt die Primarschule Rossfeld der Stadt Bern, die 1450 Franken bekommen hat für ihr Projekt «European Conference Collaboration for Schools and Communities for Sustainable Development».

Schon hier stellen sich ein paar Fragen: Nach welchen Kriterien wurden diese Gesuche bewilligt? Oder anders gefragt: Könnte nicht jede andere Schweizer Primarschule, von denen es landesweit Hunderte gibt, mit gleichem Recht 1450 Franken für eine «European Conference Collaboration for Schools and Communities for Sustainable Development» einfordern? Warum bekommt die Solothurner

Man müsste Brüssel dankbar sein, dass es diesen «Erasmus für alle»-Irrsinn sistiert hat.

Kantonsschule 1978 Franken und ihre Freiburger Kollegen erhalten nur 1308 Franken für das gleiche Projekt?

So geht es weiter, Seite um Seite, Projekt für Projekt. Neben öffentlichen (Hoch-)Schulen profitieren vor allem auch private Firmen und Vereine aus dem soziokulturellen Speckgürtel – passend dafür steht die schweizerische vegetarische Vereinigung, die zweimal 16 000 Franken kassiert hat, um der erwachsenen Bevölkerung die Zusammenhänge von Klimawandel und Fleischkonsum beizubringen. Eine Systematik bei der Bewilligung der Projekte ist nicht zu erkennen.

Als die Vorlage in die Räte kam, erklärte der Bundesrat in seiner Botschaft, er sei überzeugt davon, «dass der internationale Austausch [...] einen Mehrwert erbringt und das schweizerische Bildungssystem qualitativ verbessert». Hat er damit die 25 000 Franken gemeint, die dem Berufsbildungszentrum Niederlenz für seine «Grünen Lernlandschaften» gesprochen wurden? Oder die 300 000 Franken, die dem Departement für Pferde der Universität Zürich zukamen für ein «Interaktives multimediales Lehrmittel zu Hufanatomie, Hufbeschlag und Huferkrankungen in englischer Sprache»? Oder vielleicht die 16 000 Franken

für den Verein «Wildundweise.ch – Community von und für Frauen der Grossmüttermgeneration 2.0», der gemäss Projektbeschreibung einen «lebendigen und zeitgemässen Austausch unter den Generationen» ermögliche?

Die Beispiele liessen sich problemlos weiterführen: Der Schwachsinn hat System. In der vergangenen Session musste sich der für die Bildungs- und Forschungsprogramme zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) erklären. Ob es denn zielführend sei, wollte die Berner SVP-Nationalrätin Nadja Pieren wissen, «über ein internationales Bildungsprogramm Reisespesen von 20 000 Franken der Post unter dem Titel «Stressprävention» zu subventionieren». Gesundheitsverantwortliche verschiedener europäischer Post-Unternehmen hatten sich zum Austausch in Paris, Brüssel und Griechenland getroffen – subventioniert durch Schweizer Steuerzahler. Schneider-Ammann verteidigte die Vergabep Praxis: Alle Projekte seien einer formalen und qualitativen Selektion unterzogen worden, es gehe um «die Realisierung eines weltoffenen Bildungsraumes».

Ganz uneigennützig scheint Schneider-Ammanns Verteidigungslinie nicht zu sein, wenn er selbst Beiträge an den Schweizer Kneippverband als Teil der «Schweizerischen Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik» schönredet. So findet sich bei den zwischen 2011 und 2013 geförderten Projekten auch Projekt 2013-1-CH1—LEO01-00835 der Ammann Schweiz AG aus Langenthal, der Schneider-Ammann bis zu seiner Wahl in den Bundesrat vorstand. Das Unternehmen bezog 9450 Franken für den «Austausch von Berufslernenden innerhalb der Ammann-Gruppe». Man kann nur staunen: Muss ein Unternehmen mit Milliardenumsatz öffentliche Gelder für seinen betriebsinternen Lehrlingsaustausch beziehen? Könnte konsequenterweise nicht jede grössere Schweizer Firma solche Beiträge beanspruchen – zumal Bundesrat Schneider-Ammann die Vergabep Praxis der Stiftung CH bis heute gegen jede Kritik in Schutz nimmt?

Kalkulierte Schlaumeierei

Damit sind wir im Zentrum der ganzen «Erasmus»-Geschichte angelangt: beim Geld. In der Herbstsession bewilligte die Mehrheit des Parlaments die Finanzierungsbeitragung am EU-Programm «Erasmus für alle». Die rund 300 Millionen Franken beinhalten einen «Pflichtbeitrag» über 185,2 Millionen Franken an «Erasmus für alle»; 35,7 Millionen für den



9450 Franken fürs Projekt 2013-1-CH1—LEO01-00835: Ammann Schweiz AG in Langenthal.

Betrieb durch die Stiftung CH; 44,6 Millionen für «nationale Begleitmassnahmen» und noch einmal 40 Millionen als «Reserve für erhöhte Beitragszahlungen» wegen möglicher Wechselkursschwankungen oder Budgeterhöhungen seitens der EU.

Offenbar unterschätzte der Bundesrat die Nehmerqualitäten Brüssels. Bereits im Dezember 2013 forderte die EU einen rund doppelt so hohen Beitrag. Weder Parlament noch die zuständigen Kommissionen erfahren von diesen Nachforderungen. Schneider-Ammanns Staatssekretär verhandelt weiter und kommt am 6. Februar – am Donnerstag vor dem Abstimmungs-sonntag – zu einer «Lösung der Finanzfrage». Was das Departement darunter versteht: Man wollte die für 2014 bis 2020 gesprochenen Mittel einfach in der Hälfte der Zeit aufbrauchen, um dann 2017 im Rahmen der neuen BFI-Botschaft die zweite Tranche abzuholen. Eine kalkulierte Schlaumeierei: Verwaltung und Bundesrat konnten davon ausgehen, dass das Parlament die Erhöhung rückwirkend – mit etwas Zähneknirschen – bewilligt.

Das Parlament genehmigt bis 2020 rund 300 Millionen Franken, die EU will das Doppelte, der Bundesrat kommt der Forderung nach, indem er das Geld in der Hälfte der Zeit ausgeben will, und hat dann noch die Gnade,

zu sagen, er habe mit diesem Vorgehen die Budgethoheit des Parlaments «gewahrt».

Man müsste Brüssel eigentlich dankbar sein, dass es diesen «Erasmus für alle»-Irrsinn sistiert hat. Und die Hochschulen? Nutzen sie die Gelegenheit, um die Erasmus-Programme zu entschlacken, wieder auf ihren eigentlichen Kern zurückzuführen, nämlich die Mobilität der Studenten zu fördern? Leider nein: Sowohl die Universitäten wie die beiden ETH halten an einer «vollständigen Teilnahme» fest. Man kann es den Rektoren nicht verargen: Sie schielen auf die Milliarden der EU-Forschungsprogramme und überlassen dafür die «Erasmus»-Millionen den soziokulturellen Subventionsjägern.

Es herrscht eine Komplizenschaft der hohlen Hand. Schliesslich hocken alle im gleichen Subventionsdampfer: vom Kneippverein bis zur ETH, von der Ammann-Gruppe bis zum Schweizerischen Gewerbeverband, der 286 198 Franken erhalten hat für ein KMU-Frauen-Projekt: «Women in SMEs: Validating Non-Formal and Informal Learning of Family SME Managers». Höchste Zeit, dem Dampfer den Stöpsel zu ziehen.

Peter Keller ist *Weltwoche*-Autor, SVP-Nationalrat und Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur.

Schulen

Sofort stoppen

Von Alain Pichard — Der Lehrplan 21 ist ein Staatsstreich im Schulzimmer.

Der Spruch «Die Schule wäre so schön, wenn es die Schüler nicht gäbe» zirkuliert manchmal – ironisch gedacht – unter Lehrkräften. Durchaus sarkastisch gemeint ist die bildungsbürokratische Variante: «Bildungspolitik wäre so schön, wenn es die Lehrer nicht gäbe.»

Zumindest hat dies ein Schulleiter erfahren, dessen Verdienst es war, mit seinem Kollegium den Lehrplan 21 zu durchforsten. Die nicht sehr schmeichelhafte Beurteilung der Praktiker sandte der Vorsteher an die Vernehmlassungsstelle. Dazu brauchte es einen Code. Ohne es zu wissen, versties der gute Mann gegen die Hierarchie und wurde gemassregelt. Was ihm denn einfalle, die Antwort direkt an die Lehrplan-Verantwortlichen zu schicken. Die richtige Adresse wäre der Kanton gewesen, welcher alle Antworten sammeln und zusammengefasst an die Lehrplan-Zentrale schicken würde.

Immerhin konnte der Schulleiter darauf verweisen, dass er ja den Zugangscode erhalten habe, was – so die Antwort von oben – natürlich nie hätte passieren dürfen. Die Antwort war die Aktion «550 gegen 550». Sechzehn initiative Lehrkräfte aus verschiedenen Kantonen formulierten ihre Kritik an dem monumentalen Regelwerk in einem Memorandum, mit der Absicht – gemäss der Seitenzahl des Lehrplans – 550 Unterschriften zu sammeln. Innert zweier Wochen waren diese von den Unterstützenden beisammen, und bald einmal waren es über tausend Lehrkräfte, welche sich der Kritik angeschlossen hatten. Nun traten die Vertreter dieser aufmüpfigen Praktiker an die Öffentlichkeit, um mit Nachdruck noch einmal ihre Forderungen für die Überarbeitungsphase zu formulieren:

Sie verlangten einen sofortigen Stopp der Geheimhaltung zugunsten eines offenen Dialogs, eine effizientere Organisationsform, in welcher die Verantwortlichkeiten zugewiesen sind, den Einbezug der Kritiker und eine breite Diskussion über den Paradigmenwechsel, weg von den Inhalten in Richtung Kompetenzorientierung. Vor allem aber verlangten sie eine Kostentransparenz. Die Verantwortlichen müssten klarmachen, welche Neuerung wie viel kostet und woher das Geld kommen soll.

Der Gymnasiallehrer und ehemalige Grossratspräsident von Basel-Stadt, Daniel Goepfert (SP), formulierte es so: «Das Vorgehen der Lehrplanverantwortlichen ist geheimbündlerisch, autistisch und einer Demokratie unwürdig.» Dem ist nichts beizufügen.

Alain Pichard ist Reallehrer in Orpund und Mitinitiant der Aktion «550 gegen 550».

Wenn es dem Nachbarn nicht gefällt

Von Thilo Sarrazin — Wer angesichts der jetzigen Krim-Krise leichtfertig an 1914 erinnert, denkt unhistorisch. Trotzdem gibt es bestürzende Parallelen zum Ersten Weltkrieg.



Es kann einem schon manchmal ein Stosseufzer entfahren: Ach, wäre Deutschland doch die Schweiz! Der letzte Konflikt europäischer Grossmächte, bei dem Deutschland zur Gänze neutral bleiben

konnte, war der Krimkrieg von 1853 bis 1856 und davor der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich von 1337 bis 1453. Ansonsten war es bei jedem grösseren europäischen Konflikt Kriegsschauplatz, Durchmarschgebiet und/oder Beteiligter.

Deutschlands geografische Lage ist sein Segen und sein Fluch. Am besten war es aufgehoben im Bündnissystem der Heiligen Allianz, das im 19. Jahrhundert immerhin fünfzig Jahre Frieden brachte, und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Nato, die fast siebzig Jahre lang den Frieden bewachte, vor 25 Jahren auch den zusammenbrechenden Ostblock überlebte und ihm indirekt die Freiheit verschaffte.

Richtig ist, dass Geschichte sich niemals wiederholt. Wer angesichts der jetzigen Krim-Krise leichtfertig die Parallele zu 1914 zieht, denkt unhistorisch: Damals waren die sechs existierenden Weltmächte allesamt Staaten des Abendlandes. Der Rest der Welt war ihnen zu grossen Teilen untertan, und von diesen Weltmächten drängten sich fünf – Russland, Österreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien – in Europa zusammen. Alle waren hochgerüstet und notfalls in kurzer Zeit mit Millionenheeren kriegsbereit.

Heute kann der Präsident der einzigen verbliebenen Weltmacht, der USA, in Bezug auf Russland milde spotten, hier benehme sich eine Regionalmacht daneben. (China ist noch nicht zur Weltmacht herangewachsen.)

Trotzdem gibt es bestürzende Parallelen: Der Erste Weltkrieg entzündete sich nach langen Spannungen an der Banalität eines zufällig geglückten Attentats, und die jetzige Krim-Krise entzündete sich nach langen Spannungen daran, dass ein korrupter ukrainischer Präsident von der Macht nicht lassen konnte und schliesslich staatsstreichartig gestürzt wurde.

Immer wieder bestätigt sich in der Weltgeschichte: Gelegenheit macht Diebe. Diesmal ergriff Putins Russland die Gelegenheit und

schuf mit dem Anschluss der Krim in nur wenigen Tagen vollendete Tatsachen. Diese Art von Landraub wirkt zwar wie aus der Zeit gefallen, scheinbar passt sie nicht ins 21. Jahrhundert. Aber wie beim Strassenraub gelten eben auch hier die alten atavistischen Gesetze: Wer den Zugriff wagt, trägt die Beute davon, solange sich ihm keiner entgegenstellt.

Wie bei jedem erfolgreichen Strassenraub sehen wir auch im Falle der Krim die Wahrheit der Macht:

- die ukrainische Armee – ein Witz;
- die Fähigkeit der Nato zu militärischem Beistand – nicht vorhanden.

Krawall in den westlichen Medien

Eine wirksame Territorialverteidigung der Bundesrepublik existiert nicht mehr. Ihr einsetzbarer Bestand an Kampfpanzern und schweren Geschützen ist auf jeweils rund 300 geschrumpft. Der Zustand der polnischen Streitkräfte wird hier ausgeklammert. Rund um die baltischen Staaten hat die Nato allenfalls einen dünnen Stolperdraht gespannt. Einem Russland, das militärisch va banque spielen wollte, hätte man auf viele Jahre hinaus nicht viel entgegenzusetzen.

Der verbale Krawall in den westlichen Medien und in den Statements der Politiker zur Annexion der Krim erinnert an das aufgereg-



Von seiner Vernunft hängen wir jetzt ab: Putin.

te Schnattern der Gänse, wenn der Fuchs eine der Ihren geholt hat. Die Drohung mit Wirtschaftssanktionen ist leer, niemand möchte ohne russisches Erdgas leben. Sanktionen werden zudem im Westen entweder wirksam oder konsensfähig sein. Beides gleichzeitig geht nicht. Russland wird mit seiner Beute davonkommen, und weil Putin nicht va banque spielt, wird er die Nato nicht im Übermass reizen.

Das Gefährliche ist nur: Von Putins Vernunft hängen wir jetzt auch ab. Es wurde seit dem Zerfall des Ostblocks weitgehend verdrängt, dass die Nato zunächst ein Militärbündnis für regionale Auseinandersetzungen in Europa war und formell immer noch ist. Politische Wünsche ändern nicht die Geografie, und Deutschlands Freiheit wird eben nicht am Hindukusch oder am Horn von Afrika verteidigt, sondern zunächst und vor allem in Europa. Ein funktionierendes Militärbündnis dient nicht nur der Entwaffnung und Befriedung seiner Mitglieder, sondern auch der glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft gegen äussere Gefahren.

Es ist zweifellos beruhigend, dass wir aller Voraussicht nach auf Putins Vorsicht und Vernunft vertrauen können. Aber Genaues wissen wir eben auch nicht. Jahrelang hat der Westen geglaubt, auf die Gefühle eines durch den Untergang des Warschauer Pakts und den Zerfall der Sowjetunion gedemütigten Russland keine Rücksicht nehmen zu müssen. Kiew war nämlich schon russisch, als in Strassburg noch die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und im schweizerischen Neuenburg die preussischen Gouverneure herrschten.

Die Krim wiederum war historisch nie Teil der Ukraine. Sie war als Gebiet der Krimtataren Teil des Osmanischen Reiches, bis sie 1774 unter russische Herrschaft fiel. Rein historisch gesehen, hätte selbst die Türkei eher ein Recht auf das Gebiet der Krim als die Ukraine. Diese Geschichte rechtfertigt zwar nicht die russische Annexion der Krim, aber sie erklärt die kolossale Unterstützung dieses aggressiven Aktes durch die russische öffentliche Meinung.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann und sollte aus ihr lernen.

— Die Katastrophe von 1914 lehrt uns: Habe ausreichend Empathie für die Gefühle und Handlungszwänge deiner Gegner, ehe sie zu deinen Feinden werden, und handle entsprechend.

— Die Vorgeschichte von 1939 lehrt uns: Sei stets ausreichend gerüstet, denn «es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt» (Friedrich Schiller).

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Ungeahnte Schuldenberge

Von *Pascal Gentinetta* — Berechnet man bei Staatsschulden auch die ungedeckten Checks der Zukunft ein, kommt man zu erschreckenden Ergebnissen. Reformen der Sozialsysteme sind nötiger denn je.



Nach Ausbruch der Finanzkrise wurde den Finanzmärkten, den Regierungen und der Öffentlichkeit erst im Nachhinein bewusst, dass Europa seit längerem auf einem Verschuldungspulverfass sitzt. Die Spitze des Eisbergs wurde mit der Verzinsungsfolge sichtbar. Der später drohende Verschuldungszuwachs als Folge generöser beziehungsweise aufgeblähter Wohlfahrtsstaaten wurde hingegen kaum beachtet. Der Grund: Staaten weisen in ihren Büchern nur den aktuellen Schuldenstand und die Haushaltsdefizite der engen Finanzplanperiode aus.

Damit bilden diese Kennzahlen lediglich die in der Vergangenheit angehäuften Staatslöcher sowie die momentanen Fehlbeträge ab. Entsprechend misst die EU die finanzielle Tragbarkeit ihrer Mitgliedstaaten anhand der Maastrichtkriterien, welche eine Defizit- und eine Schuldenobergrenze von 3 Prozent respektive 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes festlegen. Diese statische Grenze reicht aber bei weitem nicht. Sie kann sogar Länder mit einer vermeintlich tiefen Verschuldungsquote in einer gefährlichen falschen Sicherheit wiegen, wie das kürzlich Spanien und Irland erfuhren. Finanzkennzahlen – wie die Maastrichtkriterien –, die nur Gegenwart und Vergangenheit messen, fehlt der Einbezug dessen, was ohne Gegenmassnahmen in Zukunft passieren wird.

Um die Verschuldungsproblematik in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen, gilt es deshalb, zu einer dynamischen Messung überzugehen, welche die Konsequenzen der möglichen Zukunft mit einbezieht. Abhilfe leistet hier die Methodik von Professor Raffelhüschen von der Stiftung Marktwirtschaft: Zur offiziell ausgewiesenen Staatsverschuldung (explizite Verschuldung) wird die implizite Verschuldung hinzugerechnet. So resultiert eine gemessene Nachhaltigkeitslücke in Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die implizite Verschuldung ist der heutige Wert der absehbaren Fehlbeträge, die aus dem Auseinanderklaffen von künftigen Staatsausgaben und -einnahmen resultieren und auf heute geltenden staatlichen Ansprüchen beruhen.

Implizite Verschuldung mitrechnen

Der Staat geht in vielen europäischen Ländern heute schon beträchtliche rechtswirksame Verpflichtungen für die ferne Zukunft ein – etwa in Form von Renten- und Pensionszusagen oder «versprochenen» Gesundheits- und Pflegeleistungen –, die erst später budgetwirksam werden. Allerdings bilden die meisten Länder für diese Zusagen weder Rückstellungen, noch sind die Zusagen ausreichend an die demografische Entwicklung angepasst, um Staatseinnahmen und -ausgaben in Einklang zu bringen. Solche nicht nachhaltigen Regelwerke führen dazu, dass Defizite über neue Schulden finanziert werden müssen – ausser es werden Steuer- respektive Sozialbeitrags erhöhungen und/oder Leistungskürzungen beschlossen. Der Benchmark der Verschuldungsquote nach dieser Methodik liefert ein erschreckendes Bild: Überall auf dem europäischen Kontinent wird die Maastricht-Schuldenobergrenze gesprengt, in fast allen Ländern besteht eine beträchtliche Nachhaltigkeitslücke bis hin zu einem Vielfachen der jährlichen nationalen Wirtschaftsleistung. Damit wird klar, dass die offizielle, statische Schuldenbetrachtung ein viel zu optimistisches Bild vermittelt. Lettland, Estland und Italien stehen überraschenderweise verhältnismässig gut da, als dynamisch geltende Länder wie Irland und Luxemburg sind die Schlusslichter, zusammen mit Zypern und Spanien. Während Luxemburgs hohe implizite Schulden vor allem auf einem zu grosszügigen Rentensystem basieren, scheint das italienische Rentensystem robuster als andere zu sein. Damit wird auch ein Teil der heute horrend hohen ausgewiesenen Staatsverschuldung kompensiert. Deutschland steht mit einer Nachhaltigkeitslücke von 154 Prozent des

Bruttoinlandprodukts relativ gut da, allerdings deutlich oberhalb der offiziell ausgewiesenen expliziten Staatsschuld von 81 Prozent. Ähnlich sieht es bei der Schweiz aus: Der Bundesrat errechnete 2012 eine Nachhaltigkeitslücke von 131 Prozent des Bruttoinlandprodukts in seinem Basisszenario, während die offizielle Verschuldung lediglich bei 37 Prozent lag.

Die unorthodoxen Interventionen der Europäischen Zentralbank, die Sanierungsmassnahmen sowie die aktuellen wirtschaftlichen Lichtblicke mögen in der EU den Anschein eines nun kontrollierten Umgangs mit der staatlichen Verschuldung vermitteln. Generell hat

Ein weiteres Durchwursteln bei Strukturreformen kann nicht mehr geduldet werden.

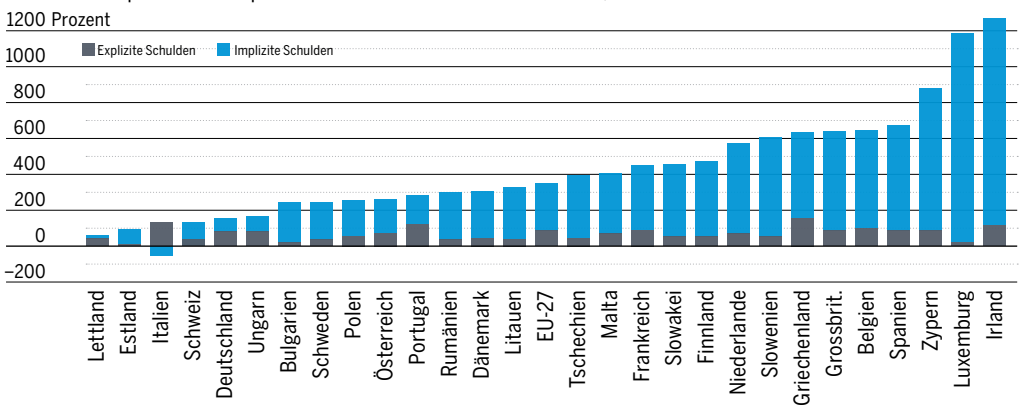
aber die implizite Verschuldung in der EU ein Ausmass angenommen, dass kein weiteres Zögern und Durchwursteln bei Konsolidierungsanstrengungen und Strukturreformen geduldet werden kann. Einer weiteren Zunahme der Verschuldung sind angesichts der Verwerfungen an den Finanzmärkten enge Grenzen gesetzt, will man Staatsbankrotte vermeiden.

Es ist daher nicht auszuschliessen, dass die EU bald wieder von Krisengipfel zu Krisengipfel rennt, sofern nicht glaubhaft dargelegt werden kann, dass mit Reformen – insbesondere in den demografieabhängigen sozialen Sicherungssystemen – die Nachhaltigkeitslücke spürbar reduziert. Der europäische Kontinent wird sich noch lange mit der Bewältigung seiner wirtschaftlichen und strukturellen Probleme schwertun. Auch in der Schweiz ist das rasche Angehen der Diskussion um die erste und die zweite Säule angezeigt. Ob es sinnvoll ist, die altersbedingte Sozialkostenexplosion mit Steuererhöhungen zu lösen, bleibt dahingestellt.

Pascal Gentinetta ist Ökonom und Wirtschaftsberater und war langjähriger Vorsitzender der Geschäftsleitung von Economiesuisse.

Nachhaltigkeitslücke in den europäischen Ländern

Summe der expliziten und impliziten Staatsschulden in Prozent des BIP, 2012



Renaissance der Neutralität

Von Christoph Mörgeli

Die Schweiz ist neutral seit dem Rückzug von Marignano. Also seit der Renaissance. Eine Renaissance erlebt die Neutralität dieser Tage. Man höre und staune. Etwa wenn der am Deutschen Historischen Institut im französischen Paris tätige Schweizer Historiker Thomas Maissen im «Echo der Zeit» von Radio SRF spricht. Dass die Schweiz neutral bleibt und keine Sanktionen gegen Russland ergreift, hält Maissen für «sehr zeitgemäss». Einen Konflikt zu entschärfen, sei das, «was die Schweiz in dieser Situation am besten kann». Da sie auf Aussenhandel angewiesen ist, sei es «sinnvoll, mit den Konfliktparteien möglichst lange im Gespräch zu bleiben». Denn: «Damit kann sie auch beweisen, dass die Neutralität nicht nur für die Schweiz wichtig ist, sondern für die ganze Welt eine wichtige Funktion erfüllt.»

Da spricht nicht Christoph Blocher. Sondern Thomas Maissen. Ein internationalistischer Schweiz-Deuter, den die NZZ genauso gerne abdruckt wie die Gewerkschaftszeitung *Syna*. Gestern EU-Beitritts-Turbo, heute Neutralitätsfan. Wie wenn die Schweiz als EU-Mitglied neutral bleiben könnte. Maissen empfahl im Juli 2011 eine «rein bürgerliche Regierung unter Führung der SVP» (*St. Galler Tagblatt*). Kein halbes Jahr später empfahl Maissen «eine Landesregierung ohne SVP und FDP» (*Tageswoche*). Betet, freie Schweizer, betet. Damit nicht grundsatzlose Zeitgeistschwätzer auch noch unsere Neutralitätspolitik definieren.

Jahrelang warf Thomas Maissen den «Nationalkonservativen» neben falschen Geschichtsbildern auch eine falsche Neutralitätsauffassung vor. Sie verstünden die Schweiz als «zeitlose Umsetzung richtiger Prinzipien». Er bevorzugt die trendige Umsetzung falscher Prinzipien. Maissen behauptet, man könne nicht sagen, die Schweiz habe sich im Zweiten Weltkrieg erfolgreich verteidigt. Denn die Schweiz sei damals gar nicht angegriffen worden. Dabei belegt doch gerade der Umstand, dass die Schweiz nicht angegriffen wurde, den Erfolg der dauernd bewaffneten Neutralität.

Heute ist die Neutralität wieder chic. Doch glaubwürdig bleibt sie nur, wenn man sie glaubwürdig handhabt. Wie sagte doch der Wiener Kabarettist Georg Kreisler? «Neutralität ist eine kostbare Sache. Die gibt man nur auf, wenn man ein Trottel ist. Oder ein Österreicher.» In Bundesbern gibt's nur wenige Österreicher.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Ohne NSA fliegt er nicht

Von Peter Bodenmann — Saab und Maurer lassen den Gripen-Funk durch den amerikanischen Geheimdienst zertifizieren.



Real noch nicht existierender Papierflieger: Gripen.

Immer mehr Indizien sprechen dafür: Die NSA hat während eines Jahres flächendeckend alle Schweizer Telefone abgehört. Um so das Schweizer Steuerhinterzieher-Geheimnis zu knacken. Die Operation war erfolgreich: Die Zürcher Banker schlottern vor der US-Justiz. Während man in Delaware sein Geld weiterhin mittels Trusts ungestört verstecken kann. So funktionieren Imperien seit je.

Über Angela Merkel hat die NSA nicht weniger als 300 Fichen angelegt. Dies, nachdem die Telefone und SMS der deutschen Bundeskanzlerin während Jahren abgehört worden waren.

Telefonmitschnitte beweisen: Die Erdogans lassen sich bestechen, wenn nur genug Geld fliesst. Das Land will in Syrien einmarschieren und plant deshalb – nomen est omen – getürkte Provokationen. Zwischenresultat: Erdogan versucht, Twitter, Facebook und nächstens Google lahmzulegen.

Und die Oligarchin Julia Timoschenko will, wie wir dank O-Ton inzwischen wissen, dem Oligarchen-Hund Putin mit der Maschinenpistole eigenhändig eine Kugel in den Kopf jagen.

Den fähigen Geheimdiensten aller Länder ist zu trauen: Sie machen alles, was Gott und Recht verboten haben.

Nirgends fließen weltweit mehr Schmiergelder als beim Kauf von Kampfflugzeugen. In der Schweiz soll Saab angeblich nur die öffentliche Meinung schmieren. Dies wissen wir

dank dem obertrotteligen schwedischen Botschafter in Bern.

Der Gripen ist ein real noch nicht existierender Papierflieger. Das Funksystem darf der-einst nicht Rohde & Schwarz liefern, sondern die US-Firma Rockwell Collins, weil nur deren System mit dem amerikanischen F/A-18-Funk kompatibel sei. Logo. Ein Yankee wäscht die Hand des anderen.

Die Funksysteme von Rockwell Collins werden von der NSA zertifiziert. Experten gehen davon aus, dass die NSA alles abhört und mitteilt. Und selbst mittels eines Befehls jeden Gripen notfalls stilllegen kann. Das scheinbar naive VBS vertraut derweil auf Schweizer Krypto-Software. Diese schützt den Gripen vor jener NSA, die zwar alles kennt, weil sie alles zertifiziert hat. Aber von dem in EDV-Fragen nachweislich hochkompetenten VBS ausge-trickst wird. Geniales, digitales Buben-trickli.

Wahr ist das Gegenteil: Die Amerikaner können nicht nur alle Gripen – sofern die Schweizerinnen und Schweizer diese kaufen – jederzeit stilllegen. Nein, auch alle F/A-18 verfügen bereits heute über eine nur von den Amerikanern und ihren Geheimdiensten kontrollierte Black Box. Wer von uns kauft ein von der NSA zertifiziertes Telefon? Nicht einmal jene, die allenfalls noch für den Gripen stimmen werden.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Hollande beruft den «super-flic»

Von Hansrudolf Kamer — Präsident Hollande hat auf die Wahlschlappe speditiv reagiert und den einzig verbliebenen Hoffnungsträger zum Regierungschef ernannt.



Für seine «Kampfregierung» hat der französische Präsident Hollande mit geradezu uncharakteristischer Schnelligkeit den Torero berufen. Der bisherige Innenminister Manuel Valls, Sohn eines katalanischen

Künstlers und einer Tessiner Schauspielerin, vereint die Eigenschaften in sich, die das grosse Frankreich in der Stunde der Not braucht.

Der 51-jährige Manuel Valls ist der Anti-Hollande. Wie es der *Figaro* ausdrückt: jünger, populärer, energischer, autoritärer, ehrgeiziger und, vor allem, mehr rechts. Er ist ein Kommunikationsprofi, der mit Worten umzugehen weiss. Politische Korrektheit ist nicht sein Ding. Er hat, wie Sarkozy, auch nicht die Ecole nationale d'administration besucht, was für Frankreichs Politiker sonst der unerlässliche Fähigkeitsausweis ist.

Valls, der «super-flic», der die Ausschaffung der Roma-Schülerin Leonarda mit harter Hand durchgesetzt hatte, ist das rote Tuch der Linken, in der eigenen Partei, aber erst recht im Lager links davon. Einige Grüne, bisher in der Regierung, haben bereits erklärt, er sei die falsche Wahl für Frankreichs Probleme. Wenn der zögerliche Hollande tut, was Chirac seinerzeit nicht wagte – nämlich einen energischen Innenminister (Sarkozy) zum Premierminister zu machen –, dann wegen der verzweifelten Lage.

Es ist ein Himmelfahrtskommando. Die Verfassung der Fünften Republik, von de Gaulle 1958 der Nationalversammlung zur Ratifizierung vorgelegt, hat eine antiparlamentarische Stossrichtung. Sie sollte die alten Gebrechen ausbügeln, die Frankreich in Krieg und Frieden immer wieder geplagt hatten. Frankreich gewann an Stabilität, doch zu einem Preis – jenem des Beharrens und der Reformunfähigkeit.

Die Verfassung macht das Amt des Premierministers schwach und jenes des Präsidenten stark. Wenn nun aber der Präsident so schwach ist wie ein Hollande und der Premierminister vielleicht die Muskeln spielen lässt, wird das nur mit Reibungsgeräuschen funktionieren. Die institutionellen Vorkehrungen passen schlecht auf diese Konstellation –, doch gegen eine Reform – eine mehr

– liessen sich alle möglichen Sonderinteressen mobilisieren.

Die wirtschaftliche und die politische Lage könnten besser sein. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt trotz Hollandes Versprechungen. Die europäischen Vorgaben des Stabilitätspakts werden nicht erfüllt und müssen laufend korrigiert werden. Dass Valls und Hollande wie Italiens neuer Star Matteo Renzi die Brüsseler Sollwerte einfach souverän missachten werden, ist wenig wahrscheinlich – selbst wenn dies Frankreich aus der Sackgasse herausführen könnte.

Terrain für eine ideale Protestwahl

Die Niederlage des Parti socialiste bei den Kommunalwahlen geht über das normale Mass hinaus. Die Verankerung auf der lokalen Ebene, für die Hollande während der Sarkozy-Jahre beharrlich gekämpft hatte, ist praktisch ausgeradiert worden. Das linke Lager ist gespalten, und es ist ein schwacher Trost, dass auch das rechte nicht in Form ist.

Die erste Aufgabe des 21. Premierministers der Fünften Republik ist es, vor den wichtigen Abstimmungen in der Nationalversammlung die eigenen Reihen zu schliessen. Die Mehrheit ist seit 2012 kontinuierlich geschrumpft, und die Grünen sind unsichere Kantonisten. Der Todeswunsch der immer noch stark ideo-

logisierten Sozialisten wird wohl dennoch nicht so gross sein, dass sie Valls eine Mehrheit verweigern.

Hollande hofft, dass die Parteilinke ihren Ärger schluckt, wenn sie in der Regierung weiterhin vertreten sein wird – mit Leuten wie Arnaud Montebourg oder Benoît Hamon. Damit könnte er das Bild einer pluralistischen Linken projizieren und die Wählerbasis verbreitern.

Die Gemeindewahlen stärkten zwar die Rechte, die UMP (Union pour un mouvement populaire) und den FN (Front national), doch ein politisches Mandat ist in dem Votum nicht zu erkennen. Die Stimmbeteiligung sank weiter, und auch die rechten Wähler liessen sich nicht in Scharen mobilisieren. Dank Hollandes phänomenaler Unbeliebtheit spielten die Hahnenkämpfe in der UMP und Sarkozys missglückter Comeback-Versuch aber nur eine untergeordnete Rolle.

Auch dem FN und Marine Le Pen gelang es nicht, trotz Erfolgen die zu hoch gesteckten Erwartungen zu erfüllen und aus der politischen Isolierung auszubrechen. Die UMP verweigerte Wahlabsprachen vor dem zweiten Wahlgang. Le Pens Lebensgefährtin unterlag in Perpignan, der stellvertretende Parteivorsitzende Florian Philippot in Forbach. Auch Le Pens Nichte, Marion Maréchal-Le Pen, wurde nicht gewählt.

Bei den Europawahlen Ende Mai könnte der FN dagegen zur stärksten Partei aufsteigen. Das Wahlsystem und die weitverbreitete Auffassung, dass diese Veranstaltung ohnehin keine Rolle spielt, bereiten das Terrain für eine ideale Protestwahl vor. Das Bild eines Neuanfangs und einer energischen Regierung könnte dann die erste Trübung erfahren.



Das rote Tuch der Linken: neuer Premierminister Valls, Hollande.

Denunzianten

Von Henryk M. Broder — Eine App lässt Falschparkierer auffliegen. Ganz diskret.



Wenn Sie in Deutschland ein Postamt betreten, werden Sie um «Diskretion» gebeten. Sie sollen dem Kunden bzw. der Kundin vor Ihnen nicht zu nah auf den

Leib rücken, damit Sie nicht mitbekommen, ob er bzw. sie einen Brief aufgibt oder eine Überweisung tätigt. Das Gleiche erleben Sie auf jeder Bank. «Diskretion bitte!» Gleichzeitig exhibitionieren sich Millionen von Deutschen im Internet – bei Facebook und anderen «sozialen Medien». Aber was sie da von sich preisgeben, das machen sie «freiwillig». Die gleichen Leute regen sich voll nüchtern über die «Schnüffeleien» der NSA auf, weil sie überzeugt sind, die Amis hätten es auf sie persönlich abgesehen. Die Deutschen, könnte man sagen, haben zur «informationellen Selbstbestimmung» ein sehr ambivalentes Verhältnis. Die meisten Benutzer von mobilen Telefonen können sich nicht mal vorstellen, dass ihre Anrufe ein komplettes Bewegungsprofil hergeben, das jederzeit rekonstruiert werden kann.

Nun hat ein Tüftler eine neue App erfunden. Sie heisst «Wegeheld» und soll Autofahrer, die Geh- und Radwege zuparken, ihrer gerechten Strafe zuführen – schneller und einfacher, als das bis jetzt der Fall ist.

Der Erfinder der App ist ein Radfahrer; und Radfahren ist keine Art der Fortbewegung, sondern Ausdruck einer alternativen Gesinnung. Und weil man ein Fahrrad, im Gegensatz zu einem Auto, in die Wohnung mitnehmen kann, fühlen sich die Radfahrer den Autofahrern moralisch überlegen.

Mit Hilfe der neuen App soll nun jeder Radfahrer, der ein Mobiltelefon hat, den Falschparkierer fotografieren und das Bild zusammen mit Angabe des Tatorts gleich an das zuständige Ordnungsamt schicken können. Damit nicht genug: Er kann das Foto auch auf einer «interaktiven Karte» posten, damit jeder sehen kann, wer wo gerade falsch parkt. Die Ordnungsämter sind von der Erfindung nicht begeistert, kommt doch eine Riesenwelle von Mehrarbeit auf sie zu. Aber alle, die dank der Gnade der späten Geburt um die Gelegenheit gekommen sind, ihre kommunistischen, jüdischen oder die Wehrkraft zersetzenden Nachbarn bei der Gestapo zu verpfeifen, reiben sich jetzt die Händchen.

Staubsaugen mit Doris

Von Silvio Borner — Energieministerin Leuthard möchte Stromfresser im Haushalt verbieten. Doch Stromsparen per Zwang ist volkswirtschaftlich ein Verlustgeschäft.

Mit riesigem Propagandaaufwand einschliesslich hoheitlich gelenkter «Forschung» proklamiert die Politik die Energie-wende. Bei jeder neuen Solar- oder Windanlage wird behauptet, dass sie zum Beispiel in der Lage sei, eine Stadt wie Olten oder Liestal mit Strom zu versorgen. Dies, obwohl sie während achtzig Prozent der Zeit gar keinen Strom produzieren kann, so dass es in Olten oder Liestal zu achtzig Prozent dunkel bliebe.

Im Moment verbreitet Bundesrätin Leuthard eine dritte Falschaussage, die auf den ersten Blick einleuchtet: Die billigste Kilowattstunde sei die eingesparte. Der ökonomische Unsinn dieser Behauptung zeigt sich am besten anhand eines neuen Vorschlags der Energieministerin, Staubsaugermodelle mit einer Leistung von über 1300 Watt zu verbieten. Rund ein Viertel der derzeit marktgängigen Staubsauger bewegt sich in diesem Segment, über drei Viertel sind stärker. Der Durchschnittshaushalt wird dem Staub mit rund 2000 Watt (zwei Kilowatt) zu Leibe rücken. Tut er dies während einer Stunde pro Woche, ergibt sich ein jährlicher Stromverbrauch von 100 Kilowattstunden (kWh). Bei 3,5 Millionen Haushalten multipliziert sich der Staubsaugerstromverbrauch auf 350 000 Megawattstunden (MWh) oder 350 Gigawattstunden (GWh).

Angesichts dieser Grössenordnungen hat man durchaus Verständnis für das Anliegen, die Leistung der gefräßigen Sauger zwingend auf 1300 Watt zu beschränken. Damit würde sich auf den ersten Blick der Energieverbrauch tatsächlich um etwa 120 GWh reduzieren.

Eine Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) hat indessen die plausible Vermutung geäussert, dass die Haushalte wohl die verminderte Saugkraft durch längeres Saugen kompensieren würden. Dies hätte zur Folge, dass das Sparpotenzial nur zum Teil realisiert werden könnte. Allein durch zehn Minuten längeres wöchentliches Saugen würde sich die Einsparung von 120 auf 85 GWh reduzieren. Zudem wäre natürlich mit einem jährlichen Saug-Mehraufwand der Haushalte von gegen 30 Millionen (Arbeits-)Stunden zu rechnen. Bewertet mit dem gesetzlich vorgeschlagenen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde – für diese Rechnung eher zu wenig, als Mindestlohn jedoch zu viel –, würde sich der Mehraufwand auf 660 Millionen Franken belaufen.

Stellt man den Mehraufwand dem Wert der eingesparten Energie gegenüber und geht dabei von einem Strompreis von Fr. 0,20 pro kWh aus, so beläuft sich der Wert der 85 eingesparten Gigawattstunden auf gerade mal siebzehn Millionen Franken. Im Klartext: Der Volkswirtschaft droht ein Mehraufwand von 660 Millionen Franken, um eine Stromersparnis von siebzehn Millionen Franken zu realisieren – ein enormes Verlustgeschäft. Erst bei einem Preis von gegen acht Franken pro kWh würde es sich lohnen.

Elektrifizierung statt Emanzipation

Die grobe Rechnerei zeigt, dass die oft gehörte Aussage, die günstigste Energie sei die eingesparte, absolut unsinnig ist. Haushalte und Unternehmen sind von sich aus bestrebt, Energie effizient einzusetzen. Gerade der elektrischen Energie verdanken wir einen enormen Nutzen. Sie hat Arbeit, Boden und Kapital freigesetzt, die wir heute sinnvollerem Verwendungen zuführen. Unwirtschaftliche Energiesparmassnahmen machen diese Entwicklung rückgängig. Die Elektrifizierung des modernen Haushalts hat der Emanzipation der Frauen sicher mehr gebracht als das ganze feministische Geschwafel.



Und wie steht es mit dem Staubsaugervorschlag als Kernkraft-Ersatzmassnahme? Gösgen produziert jährlich 8000 GWh Strom. Damit vermöchte die teure Einsparung beim Staubsaugen rund ein Prozent dieses Werks zu ersetzen. Frau Leuthard nimmt aber noch andere Geräte ins Visier. Mittels Teilrevision der Energieverordnung sollen auch Verbrauchsvorschriften für Wäschetrockner, Backöfen, Set-Top-Boxen, Elektromotoren, Laser, Wärmepumpen, Wasserpumpen, Raumklimageräte, Ventilatoren, Geschirrspüler und Computer vorgegeben werden. Mit den neuen Geboten und Verboten soll sich nach Schätzung des Seco im Jahr 2020 eine Einsparung von 750 GWh ergeben – gegen zehn Prozent von Gösgen, weniger als zwei Prozent des Schweizer Stromverbrauchs. Zu heutigen Strompreisen entsprechen diese Einsparungen einem Gegenwert von 150 Millionen Franken. Bereits das Staubsauger-Rechenbeispiel zeigt klipp und klar auf, dass die Zusatzkosten und die Nutzenverluste um Grössenordnungen höher liegen müssen. Zur Not bleibt uns noch der illegale Import oder das Hochfrisieren saugfauler Apparate.

«20 Minuten», 10 Millionen

Von Kurt W. Zimmermann — Verdient man mit Journalismus im Internet allmählich Geld? Es scheint so.

Der Februar 2014 brachte für den Online-Auftritt von *20 Minuten* einen neuen Rekord. Erstmals zählte *20 Minuten* mehr als sechs Millionen *unique clients* pro Monat.

Unter *unique clients* versteht man die Zahl der Computer, Smartphones und Tablets, von denen auf eine Website zugegriffen wird. Bei *20 Minuten* kommen drei Viertel der Nutzer aus der Deutschschweiz, der Rest stammt aus der Romandie.

Die News-Site von *20 Minuten* ist die Nummer eins im Land. Dahinter folgt mit vier Millionen monatlichen Zugriffen der *Blick*, ungefähr gleichauf liegt der Internet-Auftritt des staatlichen Radio und Fernsehens. *Tages-Anzeiger* und *NZZ* kommen mit ihren Online-Angeboten auf rund zwei Millionen.

Der journalistische Online-Markt, jahrelang ein chaotisches Experimentierfeld, hat sich zuletzt stark beruhigt. Man weiss nun besser, was funktioniert, man weiss es bei den Geschäftsmodellen wie bei den Inhalten.

Fast überall hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die grossen, bezahlten Blätter auch im Netz für ihr Angebot Geld verlangen. Nach der *NZZ* schwenkte soeben der *Tages-Anzeiger* auf diese Strategie ein. Nur die ersten zwanzig Artikel pro Monat sind gratis, dann senkt sich die Bezahlschranke herab. Weitere Blätter wie *Blick* und *Berner Zeitung* haben ein vergleichbares Finanzmodell angekündigt.

Auch inhaltlich hat sich die Lage beruhigt. Die führenden Online-Seiten der Verlage sind stark News-orientiert und verzichten auf Schnickschnack. All die lustigen Spielchen, Rankings und Tiervideos, die zwischenzeitlich grassierten, sind wieder vermehrt einem informativen Stil gewichen. Auch die weltweit führenden News-Sites wie die von BBC, CNN oder *Huffington Post* geben sich bewusst nüchtern und nah an den Fakten.

Eine auffällige Ausnahme von dieser Branchenregel der Seriosität macht das neue Gratis-Newsportal *Watson* aus dem Hause der *Aargauer Zeitung*, das mit viel Tamtam startete. Es bietet oft ein banales Bilderbuch, in dem sich bunte Listen von allerlei Prominenten und allerlei Absurditäten finden. Wie zu erwarten, ist heute ein solches Konzept des Kinderkrums erfolglos. Die Site erreicht bisher nicht einmal zehn Prozent des Publikums, das etwa der Marktleader *20 Minuten* online anspricht.

Ein Massenpublikum jedoch ist unerlässlich, wenn man sich im hart umkämpften Internet-Journalismus mit einem Gratisangebot durchsetzen will. Nur über eine enorm hohe



Neuer Rekord: 20 Minuten online.

Nutzerzahl lassen sich die Investitionen in Redaktion und Technik wieder hereinspielen. Denn ohne die grosse Masse bleibt die Werbe-wirtschaft fern.

Fünfehn Jahre lang hat die Medienindustrie versucht, ihre Gratisangebote im Netz über Werbung zu refinanzieren. Gelungen ist es nur wenigen. Nach fünfzehn Jahren des Scheiterns hat sich darum nun das Prinzip des bezahlten Inhalts auch in der digitalen Welt durchgesetzt.

Digital überholt Print

Kommen wir noch einmal zur Ausnahme. Seit zehn Jahren sind die gedruckten *20 Minuten* mit ihren 2,2 Millionen Lesern das finanzielle Flaggschiff des Tamedia-Konzerns. Keine andere Gratiszeitung weltweit verdiente so viel, um die dreissig Millionen Franken im Jahr.

Nun könnte dieselbe Marke auch im Netz eine Premiere setzen. 2013 verdiente *20 Minuten* online auf Ebitda-Stufe rund fünf Millionen Franken. Mehr Geld machte hierzulande noch nie ein publizistisches Internet-Angebot. In diesem Jahr, wenn es wie bisher läuft, könnten es gar zehn Millionen Gewinn werden.

Zehn Millionen im Jahr verdienen bei uns nur noch ganz wenige Zeitungen auf Papier. Im Jahr 2014 hat die digitale Welt die gedruckte Welt eingeholt.

Konvoi der Nerds

Von Beatrice Schlag — Silicon Valley und der Kampf gegen das Alter.

Mark Zuckerberg war 23, als er Facebook gründete. In einem Vortrag sagte er damals: «Junge Leute sind einfach klüger.» Vor rund einer Woche kaufte er



dem gerade 21-jährigen Palmer Luckey für zwei Milliarden Dollar die Firma Oculus VR und damit die Rechte an der von Palmer entwickelten Brille Oculus Rift ab. Es handelt sich dabei laut Wikipedia um eine VR-Brille mit besonders grossem Sichtfeld und besonders schnellen Bewegungssensoren. Dass VR für Virtual Reality steht, ist einigermaßen geläufig. Die Frage, warum die Oculus Rift Zuckerberg zwei Milliarden Dollar wert ist, muss der Leser je nach Jahrgang seinem jüngeren Cousin, seinem Neffen oder seinem Enkel stellen. Menschen über vierzig, die nicht in der Tech-Branche arbeiten, sehen ihre Zukunftsfantasien selten mit dem Wort virtuell verkoppelt. Sie fühlen sich alt, wenn Teenager sie mitleidig ansehen, weil sie hoffnungslos mit der realen Welt verkettet sind.

Gerechterweise hat das Silicon Valley Probleme, die herzhaft amüsant sind für Menschen mit Jahrgang unter 1985. Zum Beispiel das Problem, dass der *nerd convoy* unter Faltenproblemen leidet. Als *nerd convoy* bezeichnet die weitere Umgebung San Franciscos, zu der das Silicon Valley gehört, all die jungen, hochbegabten Tech-Spezialisten, die täglich in Luxusbussen an ihre Arbeitsplätze bei Google, Facebook oder Apple gekarrt werden. Denn im Silicon Valley gibt es kaum Privatwohnungen. Und weil die berühmten Firmen sehr umweltbewusst sind, stellen sie mit Biodiesel betriebene, Wi-Fi-gerüstete Fahrzeuge für ihre Angestellten zur Verfügung, die jeder in der Bay Area *nerd convoys* nennt.

Zurück zum Faltenproblem: Computer-Nerds mit zukunftsverändernden Ideen hoffen täglich auf Start-up-Kredite von Investoren. Die Investoren sind selten älter als 28, die auf Kredit Hoffenden manchmal so steinalt wie Mitte dreissig. Schönheitschirurgen vermelden eine traumhafte Nachfrage nach Botox unter den Tech-Nerds, die keinen Tag älter aussehen wollen als die möglichen Kreditgeber. Vor allem Spritzen am Hals sind begehrt, denn im Silicon Valley verdeckt keine Krawatte die Halsfalten. Man trägt T-Shirt. Und bekanntlich ist der Hals eine verräterische Kröte.

Leserbriefe

«Die Weltwoche greift das Thema Neutralität, eine Staatsmaxime unseres Landes, zur rechten Zeit auf.» *Jürg Walter Meyer*

Gute Argumente

Nr. 13 – «Wie neutral ist die Schweiz?»;
Titelgeschichte von Urs Paul Engeler

Christian Levrat bezichtigt den einzigen noch verbliebenen bürgerlichen Bundesrat des Landesverrats. Ich wundere mich darüber, weil ich überzeugt bin, dass momentan andere höchste Würdenträger diesen begehen. Mein Vorschlag: Die *Weltwoche* bringt einen wie immer sehr gut recherchierten Artikel über das Thema «Landesverrat». Wo ist er beschrieben? Wo fängt Landesverrat an? Schützt Immunität vor Landesverrat? Et cetera, et cetera. *Ruedi Kurmann, Rüti*

Gott sei Dank – gibt es die *Weltwoche*. In jeder Nummer stemmt sie sich mit guten Argumenten gegen den Mainstream vieler Schweizer Zeitungen und Diplomaten, die der «zu Recht verärgerten EU» gefallen wollen und sich bei ihr einschmeicheln. Die aktuelle Situation in der Ukraine und auf der Krim verlockt diese EU-Diener, zu denen auch der schweizerische Botschafter in Deutschland, Guldemann (SP!), gehört, erst recht, die Interessen der EU zu

übernehmen und zu vertreten. Da greift zur rechten Zeit die *Weltwoche* das Thema Neutralität auf, eine Staatsmaxime unseres Landes. Praktisch seit ihrem Bestehen und bis in die jüngste Vergangenheit hat die Schweiz immer wieder wertvolle und allseits anerkannte Vermittlungsarbeit in Hinblick auf Konfliktparteien geleistet, wobei sie selbstverständlich die Beziehungen zu beiden Seiten hat pflegen müssen. Im Gegensatz zur *Weltwoche* sehe ich eine grosse Chance darin, dass die Schweiz exakt jetzt den OECD-Vorsitz innehat. Sie kann sich so wieder einmal gegenüber der EU und den USA positionieren, indem sie ihre Begabung für Vermittlung, verbunden mit dem Vorteil der Neutralität, ausspielt.

Jürg Walter Meyer, D-Leimen

Was macht de Weck besser?

Nr. 13 – «De Weck muss in die SVP»;
Philipp Gut über die SRG

Erneut hat der Autor faktenreich und klar analysierend in eine stinkende Eiterbeule gestochen. Unerhört, wie in der Frühlingses-

sion Frau Leuthard dem Charme des intellektuell daherkommenden Freiburger Adligen Roger de Weck erlegen ist und das Parlament einer steuerähnlichen Zwangsabgabe für die SRG aus offensichtlichen Gründen – man will es mit dem Schweizer Fernsehen nicht verderben und im Bild bleiben – zugestimmt hat. Damit hat sich die SRG-Spitze ihre Pfründen gesichert und kann ihre Misswirtschaft und ihr unsägliches Finanzgebaren weiterführen. Widerstand gegen diese Machenschaften und eine starke Führung in Finanzen und Personalwesen sind nötiger denn je. Wer Einblick in die SRG hat, sieht einen grossen Reformstau auch im operativen Bereich und im Programm. Stossend vor allem ist das Salär von de Weck. Während er jährlich über 500 000 Franken kassiert (ohne Nebenleistungen), begnügen sich die Intendanten von ARD, ZDF und ORF mit Jahreslöhnen unter 300 000 Franken. Was macht eigentlich unser SRG-Generaldirektor besser als die Chefs der drei grossen anderen europäischen Fernsehstationen, das seine überhöhten Bezüge rechtfertigen liesse? *Roger E. Schärer, Feldmeilen*

Nur die Vorspeise, nicht den Hauptgang

Nr. 13 – «Personenkontrolle» zu Kathy Riklin

Im Text steht, dass Nationalrätin Kathy Riklin am Sessionsanlass der CVP-Gruppe Arbeitsge-

Druckkosten sparen bei jeder Seite – mit dem HP Officejet Pro.

Gestochen scharfe Ausdrücke in Laserqualität mit hoher Geschwindigkeit und dazu noch Einsparungen bis zu 50%.¹ Die HP Officejet Pro Serie – die Neuerfindung des Tintenstrahldruckens für Unternehmen. Denn echte Innovation scheut keine Herausforderung. hp.com/ch/officejetpro



Make it matter.

HP Officejet Pro 8600 Plus
e-All-in-One



¹ Die Angaben zu den Kosten pro Seite gelten für die meisten Farblaserdrucker bzw. All-in-One Farbdruker zu einem Nettokaufpreis von unter 250 CHF bzw. 500 CHF (Stand Sept. 2012). Weitere Infos finden Sie auf hp.com/ch/officejetpro.
© 2014 Hewlett-Packard Development Company, L.P. Die enthaltenen Informationen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern.
HP kann nicht für hierin enthaltene technische oder redaktionelle Fehler oder Auslassungen haftbar gemacht werden.

meinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) nur kurz anwesend war. Richtig ist, dass Frau Riklin bei ihrer Anmeldung bereits vermerkte, die Veranstaltung bald wieder verlassen zu müssen wegen eines weiteren Termins, wie es durchaus vorkommen kann für Parlamentarier aller Parteien während der Session. Trotzdem wollte sie dem Referenten Herrn Dr. Soiron die Ehre erweisen, und sie entschuldigte sich vorher bei ihm persönlich für ihr vorzeitiges Verlassen der Veranstaltung. Wenn in der *Weltwoche* insinuiert wird, Frau Riklin wäre nur wegen des Essens gekommen, ist das unkorrekt. Frau Riklin ass nur etwas von der Vorspeise und verliess die Veranstaltung noch vor dem Hauptgang. *Gerhard Pfister, Nationalrat, Zug*

Russische Propaganda

Nr. 12/13 – Berichterstattung über Wladimir Putin

Die Verharmlosung von Präsident Putin in der *Weltwoche* hat mich sehr enttäuscht, sogar empört. Ich kann mir dies nur damit erklären, dass die Schreiber die russische Propaganda im offiziellen Staatsfernsehen Rossija nicht verstehen und nicht mitkriegen, was dort verbreitet wird. Die Haltung der *Weltwoche* in dieser Sache ist absolut nicht vereinbar mit der Unabhängigkeit, der Freiheit, der Pressefreiheit und mit sonstigen Grundwerten der Schweiz, welche die *Weltwoche* sonst verteidigt. Oder hat diese prorussische Propaganda mit Naivität zu tun? Oder mit dem Wahn, immer genau gegen den Mainstream zu schreiben?

Man kann getrost die Meinung vertreten, die Krim sei an Russland zurückzuführen. Aber die Art und Weise, wie dies getan wurde, zeigt den wahren Charakter des russischen Präsidenten. Das bedeutet keineswegs, dass die an die Macht gehieften Politiker in der Ukraine über jeden Verdacht erhaben sind. Die rechtsextremen Auswüchse haben das gezeigt. Eines darf ich Ihnen aber versichern: Ihr Blatt gäbe es in Russland schon lange nicht mehr!

Vielleicht öffnet Ihnen folgende Häme des Moderators und persönlichen Friends von Putin, Dmitri Kissieliow, im russischen Staatsfernsehen Augen und Ohren: «Wir werden die USA in eine atomare Wüste verwandeln!» In einer Diskussion über Organtransplantation sagte der gleiche Herr: «Wenn ein Schwuler stirbt, muss man ihn sofort verbrennen, damit seine Organe nicht in einen normalen Menschen verpflanzt werden können.» In Russland gibt es nur noch zwei Varianten von Bürgern: Verräter und Patrioten! *Maximilian Eisen, Baar*

Meistens bin ich – als eifriger Leser der *Weltwoche* – mit Ihren Artikeln und Analysen einverstanden. Dass Sie enormen Respekt vor Putin haben, kann ich hingegen nicht nachvollziehen. Schon vor Ihnen hat der ehemalige deutsche Bundeskanzler Schröder Wladimir Putin

als «lupenreinen Demokraten» bezeichnet, was ich bis heute nicht verstehe. Allen, die dieses Märchen heute noch glauben, empfehle ich die Lektüre des kürzlich im Piper-Verlag erschienenen Buches «Der Mann ohne Gesicht. Wladimir Putin – Eine Enthüllung». Darin schreibt die amerikanisch-russische Journalistin Masha Gessen «die ungeschminkte Wahrheit über Wladimir Putin und enthüllt den Mann, der sich als neuer Zar fühlt». *Joe Hunkeler, Wiesendangen*

Unliberale und negative Anreize

Zum Bundesratsentscheid, den nationalen Finanzausgleichsvertrag nicht anzupassen

Der Kanton Schwyz wird zur Finanzierung der 150-Millionen-Franken-Rechnung (knapp 12 Prozent des Kantonsbudgets) für den nationalen Finanzausgleich (NFA) verschiedene Steueranpassungen vornehmen müssen. Doch der Bundesrat hat kein Verständnis für die Reformvorschläge der sieben Geberkantone. Die unliberalen und negativen Anreize sowie die systemwidrige Solidarhaftung werden nicht überdacht.

Es ist zwar richtig, dass die meisten Geberkantone dank der tiefen Steuerabschöpfungsquote in den letzten paar Jahren im Verhältnis zu den Nehmerkantonen weniger Steuern entrichten mussten. Doch dieses Privileg wurde mit staatlicher Enthaltensamkeit bezüglich des Angebots sowie mit bürgerlicher Bescheidenheit in Bezug auf die Nachfrage verdient. Das heisst, viele Leistungen, die in Nehmerkantonen selbstverständlich vom Staat angeboten werden, müssen hier von den Nachfragenden aus der eigenen Tasche berappt werden. Denn allein mit beträchtlich höheren Löhnen und staatlich finanzierten Privilegien für die Angestellten dieser kantonalen Verwaltungen häufen sich nicht bis zu dreimal höhere Ausgaben pro Einwohner an.

Auch der Verweis auf die relative Mittellosigkeit der Zentralschweizer Kantone Schwyz und Zug bis nach dem Zweiten Weltkrieg und die damit einhergehende Unterstützung durch die reichen Stadtkantone zieht nicht. Denn in den ersten hundert Jahren des modernen Bundesstaates flossen unendlich viel weniger Transferzahlungen (wenn überhaupt) von den reichen an die ärmeren Kantone als heute. Im Gegenteil, einige der armen Stände haben sich, Till Eulenspiegel gleich, am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen, und zwar mit einer attraktiven Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Sparsamkeit und Eigenverantwortung baute. Keine Spur von millionenschweren Solidaritätsbeiträgen der Patrizier aus Bern oder Genf.

Wir müssen das unausgesprochene Ziel einer Steuerharmonisierung mit allen Mitteln bekämpfen. Die verheerende Folge davon wäre nämlich, dass kein Kanton mehr dem andern etwas auszahlen könnte und alle gleich wären, in der Armut ... Somit wären dann der freie Wettbewerb und der Kapitalismus überwunden.

Dominik E. Zehnder, Bäch

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich «aus Versehen» das Preisetikett am Geschenk nicht entfernen, um den Beschenken in Verlegenheit zu bringen?

Eveline Rüfenacht, Kleinbödingen

Geben ist seliger denn Nehmen – und macht eigentlich nur Spass, wenn Ihre Grosszügigkeit auch erkannt und ästiniert wird. Deshalb darf diese «oops»-Technik schon mal angewendet werden. Mit dem Nichtentfernen des Preisschildes nehmen Sie ja eigentlich den Beschenken nur mühselige Recherchearbeit ab – denn Hand aufs Herz: Wer hat noch nie nachgeschaut, was die schicke Tasche oder der Kaschmirschal wirklich gekostet hat? Trotzdem müssen Sie sich gut überlegen, ob Sie dieses Spielchen mitspielen wollen. Denn mit jedem Geschenk, das günstiger ist als das vorherige, könnten Sie für Enttäuschung sorgen. Da ist doch gespielte Freude – gepaart mit Unwissen über den Wert des Präsents – noch schöner.

Deborah Neufeld

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



Höchste Lohnklasse: Staatssekretär Rossier.



Spezialbudget: Bundespräsident Burkhalter.



Über eine Million: SBB-Chef Meyer.

Des Staates hochdotierte Diener

Überdurchschnittliche Saläre und grosszügige Zusatzleistungen, verbunden mit automatischen Lohnerhöhungen, machen die Angestellten der Bundesverwaltung zu Spitzenverdienern in der Schweiz.

Von Christian Mundt

Der grosszügigste Arbeitgeber der Schweiz ist die Schweiz. Denn die Schweizerische Eidgenossenschaft, die Bundesverwaltung, zahlt die höchsten Löhne des Landes, wie ein Lohnvergleich der *Handelszeitung* zeigt. Die Verwaltung bezahlt mehr als alle privaten Wirtschaftszweige. Sogar die Bankangestellten verdienen – als Folge der Finanzkrise – weniger als die Beamten in Bern.

Während in den vergangenen Jahren die Löhne in der Privatwirtschaft weitgehend stagnierten und teilweise sogar zurückgingen, kennen die Entschädigungen für eine Arbeit beim Bund nur eine Richtung: nach oben. Per 1. Januar 2013 gewährte der Bundesrat seinen Untergebenen eine Realloohnerhöhung von 0,5 Prozent oder durchschnittlich 614 Franken. So kamen die 36 668 Angestellten der Bundesverwaltung 2013 im Durchschnitt auf 120 075 Franken Jahreslohn. Zum Vergleich: Der Fixlohn der Bankangestellten lag gemäss *Handelszeitung* bei rund 105 600 Franken. Selbst wenn man den Bonus der Banker, im Durchschnitt rund 14 000 Franken, einrechnet, liegen sie lohnmassig noch hinter den Bundesbeamten zurück.

Die Angestellten der Bundesverwaltung haben nicht nur hohe Löhne, auch die Arbeitsbedingungen sind vergleichsweise gut: Je nach Funktion dürfen die Bundesangestellten aus verschiedenen Arbeitszeitmodellen wählen.

Grundsätzlich wird mit einer Jahresarbeitszeit von 41,5 Stunden pro Woche gearbeitet, je nach Verwaltungseinheit sind gleitende Arbeitszeiten möglich, ebenso Jobsharing und Telearbeit. Arbeiten die Angestellten jede Woche eine oder zwei Stunden länger, bekommen sie entsprechend mehr Ferien. Diese können sie mit Lohnverzicht auch kaufen. Erst ab Lohnklasse 30 (Jahreseinkommen von rund 200 000 Franken) gilt die sogenannte Vertrauensarbeitszeit.

Die wichtigsten Lohnklassen der Bundesverwaltung in der Übersicht (Maximallöhne):

| Lohnklasse | Jahreslohn | Monatslohn |
|------------|-------------|---------------|
| 1 | Fr. 61 495 | Fr. 4 730.40 |
| 5 | Fr. 66 381 | Fr. 5 106.20 |
| 10 | Fr. 81 825 | Fr. 6 294.20 |
| 15 | Fr. 98 465 | Fr. 7 574.25 |
| 20 | Fr. 121 913 | Fr. 9 377.90 |
| 25 | Fr. 154 643 | Fr. 11 895.60 |
| 30 | Fr. 200 258 | Fr. 15 404.45 |
| 35 | Fr. 274 182 | Fr. 21 090.95 |
| 38 | Fr. 375 028 | Fr. 28 848.30 |
| Bundesrat | Fr. 404 791 | Fr. 31 137.80 |

Für die hohen Löhne der Verwaltung sind einerseits die regelmässigen Realloohnerhöhungen verantwortlich. Darüber hinaus kennt die Bundesverwaltung noch den Teuerungs-

ausgleich, der je nach Inflation zusätzlich ausbezahlt wird und vorab von Bundesrat und Personalverbänden ausgehandelt wird.

Andererseits gibt es in der Verwaltung einen Automatismus, der den Angestellten ihre persönliche Lohnerhöhung nahezu garantiert. In der Personalverordnung des Bundes sind vier Beurteilungsstufen vorgesehen. Auf der besten Stufe wird der Lohn jährlich um vier bis fünf Prozent erhöht. Bei den Beurteilungsstufen zwei und drei steigt der Lohn automatisch um 2,5 bis 3,5 Prozent respektive um ein bis zwei Prozent an. Die Löhne nehmen so lange zu, bis das Maximum der Lohnklasse erreicht ist. Dies ist bei rund der Hälfte der Angestellten der Fall. Einzig bei der schlechtesten Beurteilungsstufe kann der Lohn gesenkt werden – um höchstens zwei Prozent.

Leistungsprämien, Sonderzulagen

Dies passiert aber kaum. In den Personalbeurteilungen 2012 und 2013 wurden nur 0,2 Prozent der Beschäftigten in die schlechteste Beurteilungskategorie eingeteilt. Rund 80 Prozent der Bundesangestellten sind in Kategorie drei eingestuft und haben demnach die ihnen gesetzten Ziele vollständig erreicht, weshalb sie die Lohnerhöhung von 2,5 bis 3,5 Prozent bekommen. Rund jeder achte Bundesangestellte übertrifft gemäss Bewertungsschema



Knapp 850 000: Post-CEO Ruoff.



Mehr als ein Bundesrat: SRG-Direktor de Weck.



542 800 im Jahr: Ex-Finma-Chef Raaflaub.

die Ziele deutlich und kommt so in den Genuss von vier bis fünf Prozent mehr Lohn.

In dieser Betrachtung noch nicht eingerechnet sind die Zulagen, die der Bund seinen Angestellten je nach Situation bezahlt. So bekam jeder dritte Angestellte eine Leistungsprämie. 2013 lag diese bei durchschnittlich 2674 Franken. Knapp hundert Personen bekamen eine Sonderzulage, die im Schnitt über 17 500 Franken lag und zum Ausgleich von Risiken oder zur Abgeltung besonderer Verhältnisse ausbezahlt wird. Weitere Vergütungen werden für Nacht-, Samstags- oder Sonntagsarbeit ausbezahlt, für Pikettdienst oder unregelmässige Einsätze. Für das erste Kind bekommen Angestellte der Bundesverwaltung 4063 Franken Kinderzulagen, für jedes weitere Kind unter sechzehn Jahren sind es 2623 Franken, bei über Sechzehnjährigen 3000.

Um die Einteilung der Neueintretenden in die Bundesverwaltung zu vereinheitlichen und Richtwerte vorzulegen, hat das Personalamt sogenannte Referenzfunktionen definiert. Dort sind die jeweiligen Anforderungen an den Bewerber, die auszuübende Funktion und natürlich die Lohnklasse definiert.

So werden beispielsweise Fahrer des Bundesrats oder Lastwagenchauffeure im Auftrag eines Departements in der zehnten Lohnklasse angesiedelt. Die Zuschläge für Nacht- und Wochenendeinsätze nicht eingerechnet, gibt dies einen Monatslohn von maximal 6300 Franken. Damit sind die Angestellten des Bundes deutlich besser bezahlt als ihre Kollegen in der Privatwirtschaft. Der Lohnrechner des Bundesamts für Statistik, Salarium, der im Internet abrufbar ist, weist als Medianlohn für Lastwagenchauffeure in der Region Bern monatlich lediglich rund 5050 Franken aus.

Ähnlich sieht es bei den Mitarbeitern des Bundessicherheitsdienstes aus. Logendienste, also das Entgegennehmen von Telefonanrufen, das Verwalten von Schlüsseln, die Auskunftserteilung an Besucher und die Zutrittskontrolle, liegen in der Regel in Lohnklasse fünf, was einen maximalen Monatslohn von 5100 Franken ergibt. Wiederum sind Wochenend- und Schichtzuschläge nicht eingerechnet. Der Lohnrechner Salarium weist für ähnliche Tätigkeiten jedoch einen Medianlohn von rund 4500 Franken aus.

Deutlich mehr verdienen die persönlichen Mitarbeiter der Bundesräte. Sie müssen einen Hochschulabschluss und vier bis sieben Jahre Berufserfahrung vorweisen. Für die Organisation der Aktivitäten des Chefs und das Verfassen der Reden, um einige der Aufgaben zu erwähnen, wird man in Lohnklasse 31 eingereiht. Das entspricht knapp 210 000 Franken pro Jahr oder monatlich gut 16 000 Franken. Diese spezifische Tätigkeit wird nicht im Lohnrechner ausge-

wiesen, weshalb ein Vergleich mit der Privatwirtschaft schwierig ist.

Anders sieht es etwa bei Juristen der Bundesverwaltung aus. Für die Erarbeitung der rechtlichen Erlasse und somit die Rechtssetzung kommt man in die Lohnklasse 24 und erhält knapp 147 000 Franken pro Jahr oder 11 300 Franken pro Monat, ohne Zulagen. Für juristische Arbeiten ohne Kader- oder Führungsfunktionen weist Salarium etwa 9000 bis 10 000 Franken aus.

«Netz von Personen»

Als Sprecher und oberster Kommunikationsverantwortlicher eines Departements muss man ebenfalls einen Masterabschluss und eine mindestens vierjährige Praxiserfahrung vorweisen. Wer es schafft, ein «Netz von Personen» aufzubauen und «zur Unterstützung der eigenen Vorhaben einzusetzen», wie es im Beschrieb der Referenzfunktionen heisst, bekommt monatlich bis zu 15 404 Franken auf sein Konto überwiesen – Lohnklasse 30. Auch hier ist aufgrund der spezifischen Tätigkeit ein Vergleich mit privaten Löhnen nicht möglich.

Die vier Amtssprachen der Schweiz bedingen die Übersetzung von Gesetzestexten, aber auch von Mitteilungen oder Berichten in andere Landessprachen. Als Übersetzer beim Bund ist man in Lohnklasse 22 oder 23, was einem monatlichen Salär von maximal 10 600 Franken pro Monat entspricht. Der Medianlohn gemäss Bundesamt für Statistik würde bei monatlich etwa 8200 Franken liegen.

Tiefer liegt der Grundlohn beispielsweise bei den Weibern des Bundesrats. Für diese Aufgabe, die Verschwiegenheit und eine hohe zeitliche Flexibilität erfordert (man denke an die Auftrit-



te der Regierung an Wochenenden oder Abendanlässen), wird ein Berufsabschluss verlangt. Ohne die verschiedenen Zeitzulagen bekommt man als Weibel in der Lohnklasse 13 rund 91 000 Franken pro Jahr. Gibt man das Anforderungsprofil wiederum im öffentlichen Lohnrechner ein, wird ein Medianlohn von rund 6700 Franken (87100 im Jahr) ausgewiesen.

Breit ist das Lohnspektrum für Mitarbeiter eines Lagers oder Magazins der Bundesverwaltung. Je nach Ausbildung und Anforderung wird man in Lohnklasse 2 bis 6 eingereiht. Dies gibt 4800 bis 5300 Franken pro Monat, wobei hier die Bundesverwaltung ziemlich im allgemeinen Schnitt liegt. Salarium weist 5000 Franken aus.

Wer verdient mehr als ein Bundesrat?

Am meisten verdienen die Amtsleiter und Departementsvorsteher: Staatssekretäre oder der Chef der Armee sind in der höchsten Lohnklasse 38 eingereiht. Ihr Maximallohn liegt demnach, wiederum ohne Zulagen, bei 375 000 Franken pro Jahr oder knapp 29 000 Franken pro Monat.

Als Direktor eines Bundesamtes wird man in Lohnklasse 34 bis 37 eingereiht. Damit liegt das Jahreseinkommen irgendwo in der Gröszenordnung zwischen 250 000 und 310 000 Franken. Besser bezahlt wird man als Generalsekretär eines Departements. Diese Funktion

liegt in der Lohnklasse 37. So bekommt man als Generalsekretär im Jahr dreizehnmal rund 24 000 Franken auf sein Konto.

Die obersten Angestellten der Bundesverwaltung sind die Bundesräte. Gemäss Verordnung aus dem Jahr 2001 bekommen sie 404 791 Franken pro Jahr, die der Teuerung angepasst werden. Bis 2013 erhöhte sich damit der Lohn auf rund 445 000 Franken. Zusätzlich bekommen die Magistraten eine pauschale Spesenzulage von 30 000 Franken. Didier Burkhalter wird für dieses Jahr weitere 12 000 Franken bekommen, als Entschädigung für das Präsidentschaftsjahr.

Mit diesem Gehalt gehören die Bundesräte aber noch lange nicht zu den bestbezahlten Angestellten des Staates. Wie das Kaderlohnreporting des Bundesrats für das Jahr 2012 zeigt, verdienen die obersten Angestellten von Unternehmen und Anstalten des Bundes mehr. So bekam Ulrich Fricker als Vorsitzender der Suva-Geschäftsleitung rund 602 000 Franken ausbezahlt. Die übrigen drei Geschäftsleitungsmitglieder erhielten 2012 knapp 509 000 Franken. Der damalige Präsident des Suva-Verwaltungsrats, Franz Steingger, bekam für das 20-Prozent-Pensum 61 000 Franken.

Nochmals deutlich höher sind die Vergütungen bei den öffentlich-rechtlich organisierten Bundesbetrieben Post und Bundesbahnen. SBB-Chef Andreas Meyer bekam im Jahr 2012

1 035 602 Franken, wenn man alle Nebenleistungen und Spesen einrechnet. Aufs Jahr hoch und alle Bezüge eingerechnet, erhielt Susanne Ruoff, die per 1. September 2012 die Geschäftsleitung der Schweizerischen Post übernahm, 847 581 Franken für ihre Arbeit. Roger de Weck, Generaldirektor von Radio und Fernsehen, erhielt mit 509 782 Franken ebenfalls mehr als die Mitglieder der Landesregierung.

Kaum Abgänge

Etwas weniger erhielt Anne Héritier Lachat: Das Präsidium der Finanzmarktaufsicht Finma wurde 2012 mit 335 350 Franken entschädigt. Besser bezahlt wurde Patrick Raaflaub. Der damalige Finma-Direktor erhielt 542 800 Franken Lohn.

Gute Arbeitsbedingungen, attraktive Zusatzleistungen, kaum Verantwortung, eine bombensichere Stelle und hohe Löhne – eine Anstellung beim Bund ist in vielen Kriterien besser als an anderen Orten. Dies legt auch die tiefe Fluktuationsrate der Bundesverwaltung nahe: Sie lag 2013 bei 4,1 Prozent. Wer einmal beim Bund ist, möchte nicht mehr weg. Dies weiss man auch in der Verwaltung. So steht im Bericht zum Personalmanagement 2013: «Anscheinend haben es etliche Mitarbeitende trotz des für sie eher günstigen Arbeitsmarkts vorgezogen, sich weiterhin in der Bundesverwaltung zu engagieren.» ○

Frühlingsmesse für Bauen, Wohnen und Garten



Quelle: marty häuser ©

Bauen
Wohnen

3. – 6.4.2014
Do|Fr 13–20 Sa|So 10–18

Tägi Wettingen
www.bauen-wohnen.ch

Von wegen verwirrt

Der Kampf gegen Masseneinwanderung kann nicht durch liberale Argumente begründet werden. Im Gegenteil: Liberale Denker setzen seit je auf freie Zuwanderung. Das wahre Problem ist der Sozialstaat. *Von Pierre Bessard*



Reiner Eichenberger stellt in der letzten *Weltwoche* fest, dass die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative die Liberalen irritiere. Genauer, die Liberalen seien verwirrt, denn – so Eichenberger und so auch der Grundtenor in der redaktionellen Berichterstattung dieses Magazins – die Personenfreizügigkeit sei gar kein liberales, sondern ein sozialistisches Anliegen. Es ist sicher richtig, dass der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung in einem Anflug von Selbstgefälligkeit die Personenfreizügigkeit falsch eingeschätzt hat. Aber war die Lage wirklich so verwirrend, dass die Liberalen den Sozialisten auf den Leim gegangen sind?

Um diese gewagte These aufstellen zu können, muss Eichenberger selbst den Liberalismus beinahe bis zur Unkenntlichkeit verzerren. So unterstellt er etwa Milton Friedman (nach Eichenberger der «Übervater des Liberalismus», obwohl Friedman weitgehend Positionen vertrat, die schon 250 Jahre vor seiner Zeit in Europa formuliert wurden), dass dieser ein Gegner freier Einwanderung gewesen sei. Doch das ist schlicht falsch.

Illegale Einwanderung hat etwas Liberales

Milton Friedman vertrat die Ansicht, dass eine freie Einwanderung in Verbindung mit einem freien Zugang zum Wohlfahrtsstaat unmöglich sei. Diese offensichtliche Feststellung ist jedoch kein Argument gegen die Einwanderung – und sicher nicht gegen eine Arbeitsvertragsfreiheit innerhalb Europas. Die friedmansche Aussage war im Gegenteil eine Kritik am Wohlfahrtsstaat. Der Nobelpreisträger in Ökonomie war nicht nur ein Anhänger freier Einwanderung, er ging sogar so weit, illegale Einwanderung in einem sozialstaatlichen Kontext zu verteidigen, da die illegalen Einwanderer ja keinen Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen erhielten. Liberale Ökonomen haben schon lange vor Friedman erkannt, dass Menschen die wertvollste Ressource einer Gemeinschaft sind. Darum stehen sie der Migrationsfreiheit grundsätzlich offen gegenüber.

Anders die Analyse des Sozialstaats. Hier folgt Friedman den Gedanken, die etwa der französische Ökonom Frédéric Bastiat im 19. Jahrhundert entwickelte. Dieser bezeichnete den Sozialstaat als «die grosse Fiktion,

nach der sich jedermann bemüht, auf Kosten jedermanns zu leben». Nicht die Verteidigung der Vertragsfreiheit auch über nationale Grenzen hinweg ist also «sozialistisch», sondern das Festhalten an einem Wohlfahrtsstaat, der im kollektivistischen Geist der Nachkriegszeit erstarrt ist. Natürlich ist es für Politiker einfacher und populärer, gegen «die Ausländer» zu polemisieren, als offen die Fehlanreize des Sozialstaats im Inneren anzusprechen. Doch das macht den Kampf gegen die Einwanderung ganz sicher nicht liberal.



Kritik am Wohlfahrtsstaat: Ökonom Friedman.

Entscheidend aus liberaler Sicht ist das Recht auf freie Assoziation, die Vertragsfreiheit. Im Fall der Personenfreizügigkeit wird die Einwanderung nicht von Bundesbern oder von der EU-Zentrale aus ferngesteuert. Einwanderer schliessen freiwillige Verträge mit ansässigen Firmen, beleben lokale Unternehmen und Vereine, heiraten sogar manchmal Einheimische. Niemandem wird dadurch Zwang angetan. Die Personenfreizügigkeit, die explizit an Bedingungen wie einen Arbeitsvertrag oder ausreichende Ressourcen für einen finanziell autonomen Lebensunterhalt geknüpft ist, sieht keinen unmittelbaren Zugang zu sozial-

staatlichen Leistungen vor. Sie ist die Freiheit, sich mit den Menschen zu assoziieren, die man sich als Mitarbeiter, Geschäftspartner oder Kunden wünscht. Es spricht eigentlich für unser Land, dass so viele Menschen hier arbeiten und leben möchten.

Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass die Einwanderer und ihre Arbeitgeber bereits einen hohen Preis für ihre Kooperation in der Schweiz bezahlen, nämlich über die Besteuerung. Zwischen 2003 und 2013 nahmen die Staatseinnahmen auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden von 163 auf 205 Milliarden Franken um fast ein Viertel zu. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung um rund 10 Prozent, also zweieinhalb Mal weniger rasch. Man wünschte sich, mit den öffentlichen Finanzen bestens vertraute Ökonomen wie Reiner Eichenberger würden heute in erster Linie dafür plädieren, dass die Steuersätze regelmässig gesenkt werden, damit die Markt-Arbitrage, wie sie im Fall des Kantons Zug beobachtet werden kann, besser greift. Der Kanton Zug gehört bekanntlich zu den Kantonen, welche die Einwanderungsinitiative ablehnten. Er ist damit ein Paradebeispiel dafür, wie eine liberale Politik der Mässigung der Steuerbelastung bei gleichzeitiger Arbitrage der Einwanderung funktionieren könnte. Damit kämen die Vorteile der Einwanderung auch allen gegenwärtig stark überbesteuerten Bürgern und Unternehmen zugute.

Liberale sind angesichts der Masseneinwanderungsinitiative keineswegs verwirrt. Sie setzen sich – wie seit je – für die Assoziations- und Vertragsfreiheit der Individuen und Unternehmen ein. Statt gegen die Einwanderung zu wettern, müssen Liberale auch zukünftig die Gefahren eines aufgeblähten Wohlfahrtsstaates anprangern. Was dringend eingeschränkt werden sollte, ist nicht die Vertragsfreiheit in Europa, sondern die fiskalische Gefrässigkeit und die willkürliche Umverteilungswut der bundesrätlichen Politik.

Pierre Bessard ist Direktor und Mitglied des Stiftungsrates des Liberalen Instituts sowie Mitglied der von Milton Friedman 1947 mitgegründeten Mont Pelerin Society.

Ein Ägypter narrt die Schweiz

Er lebt seit Jahren illegal hier. Er ist straffällig. Obwohl er die Schweiz längst hätte verlassen müssen, prozessiert Mohamed A. aus dem Untergrund weiter gegen den Staat – auf Kosten der Steuerzahler. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will solchen Fällen noch Vorschub leisten. *Von Philipp Gut*

Es klingt wie eine Nachricht aus Absurdistan, doch Absurdistan liegt im Bündnerland. Und der Fall ist real. Passiert ist das Folgende: Im Juli 2010 reiste Mohamed A. aus Ägypten in die Schweiz ein. Er hatte sich in einem Touristenort in seiner Heimat in eine Bündnerin verliebt, nennen wir sie Petra Caduff. Es war Liebe auf den ersten Blick. Ein zweiter Blick wäre, wie sich bald zeigen sollte, angebracht gewesen.

Bereits im Oktober 2010 fand die Heirat statt, im November kam ein Sohn auf die Welt. Das Familienglück währte allerdings nur kurz. Mohamed A., einst sprühend vor Charme und Liebesbeteuerungen, zeigte plötzlich ein anderes Gesicht. Er wollte nicht arbeiten und drohte, das Baby nach Ägypten zu entführen. Dort sei es besser aufgehoben als in der Schweiz, behauptete er. Petra Caduff nahm die Drohungen ernst und alarmierte die Justiz. An ein Zusammenleben war nicht mehr zu denken, das Paar trennte sich schon Ende November 2010 wieder offiziell.

Damit verlor Mohamed A. die Berechtigung, in der Schweiz zu leben. Am 18. April 2011 widerrief das Amt für Migration und Zivilrecht Graubünden die zuvor erteilte Aufenthaltsbewilligung. Zugleich wurde dem Ägypter eine Ausreisefrist eingeräumt. Bis am 15. Mai 2011 hatte er das Land zu verlassen. Besser gesagt: Er hätte es verlassen müssen.

Denn Mohamed A. stellte sich konsequent quer. Er ergriff verschiedene Rechtsmittel, um die Wegweisung zu umgehen. Seine Anwälte zogen den Fall bis vor Bundesgericht. Doch auch dort blitzte der renitente Ägypter ab. Mit Urteil vom 5. Juni 2012 erwuchs dem Widerruf der Aufenthaltsbewilligung höchstgerichtliche Rechtskraft. Mohamed A. musste definitiv gehen. Erneut aber kam es anders.

Mohamed A. liess auch die nächste Ausreisefrist ungenutzt verstreichen. Danach tauchte er unter. Seither lebt er illegal in der Schweiz. Sein Verhalten wurde immer dreister – und mit Erfolg belohnt. Der widerrechtliche Aufenthaltsstatus hinderte ihn beispielsweise nicht daran, persönlich bei der Bündner Staatsanwaltschaft aufzutauchen und gegen seine Verurteilung wegen der erwähnten Drohungen zu protestieren. Im Büro des Staatsanwalts konnte Mohamed A. verhaftet werden. Danach kam er in Ausschaffungshaft.

Wer denkt, der Fall sei damit entschieden gewesen, der irrt sich. Jetzt ging es erst richtig los. Mohamed A. führt beispielhaft vor, wie

Ausländer mit Hilfe von Schweizer Anwälten den Schweizer Rechtsstaat austricksen – und dies erst noch auf Kosten der Schweizer Steuerzahler.

Obwohl er für die Heirat sämtliche Ausweisdokumente vorgelegt hatte und die Behörden sogar Kopien seines Passes besaßen, fehlten die Originale angeblich, als es um die Ausschaffung ging. Mohamed A. schreckte nicht vor Lügen zurück, die seine gut bezahlten Anwälte offensichtlich deckten. So behauptete der Ägypter entgegen den Tatsachen, der Kinderbetreuungsverein KJBE – er organisierte begleitete Besuchstage, an denen der Vater den Sohn sehen konnte – habe seinen Pass zurückgehalten. Weiter log er, sein Sohn habe im Rahmen eines solchen Besuchstags einen Herzanfall erlitten und müsse deshalb sofort behandelt werden. Der Verein KJBE sagte gegenüber der Polizei, diese Aussagen seien «falsch», Mohamed A. verbreite fortgesetzt «Unwahrheiten».

In der Folge stiess Mohamed A. auch Drohungen gegen die Churer Geschäftsstelle von KJBE aus. Sie waren so massiv, dass die Eingangstüre mit einem Sicherheitssystem versehen werden musste.

Freches Verhalten wird belohnt

Der Ägypter tanzt den Behörden, die sich strikt an die Gesetze halten, seit Jahr und Tag auf der Nase herum. Dabei sind ihm alle Mittel recht. Den nächsten Streich erlaubte er sich in der Ausschaffungshaft. Ende 2013 trat er in einen Hungerstreik. Dabei machte er sich darüber lustig, dass ihm die Behörden das abnahmen. Gefängniswärter beobachteten gar, wie ihn andere Ausschaffungshäftlinge heimlich mit Nahrung versorgten. Die Bündner Behörden taten dennoch ihre Pflicht und wiesen den Widerspenstigen über Weihnachten letzten Jahres ins Kantonsspital ein. Dort musste er rund um die Uhr von zwei Securitas-Leuten bewacht werden. Allein diese Aktion habe die Steuerzahler gegen 40 000 Franken gekostet, heisst es in Bündner Polizeikreisen.

Der Fall zeigt exemplarisch: Unkooperatives, ja freches und aggressives Verhalten wird belohnt. Das weiss auch Mohamed A. Und das wissen seine linken Anwälte, die sich den Anschein geben, sich für Menschenrechte und benachteiligte Ausländer einzusetzen. In Tat und Wahrheit profitieren sie schamlos von einem Justizsystem, das nicht auf solche Querulanten ausgerichtet ist.

Weil die Ausschaffungshaft zeitlich beschränkt ist und weil Mohamed A. wohlweislich jede Kooperation verweigerte, wurde er am 5. Februar 2014 wieder auf freien Fuss gesetzt. Seither ist er einmal mehr untergetaucht, was ihn jedoch nicht daran hindert, weiterhin Prozesse führen zu können.

Die Situation ist grotesk: Obgleich er – vom Bundesgericht bestätigt – gar nicht hier sein dürfte, beschäftigt Mohamed A. mit Hilfe seiner Anwälte weiterhin die Schweizer Gerichte. Ein teures Phantom. Sogenannte Wiedererwägungsgesuche machen es möglich. Mittlerweile läuft bereits das dritte solche Gesuch. Theoretisch kann der Ägypter endlos weiterprozessieren. Nichts deutet darauf hin, dass er davon abkommen könnte.

Das kostet – allerdings nicht Mohamed A., sondern die Steuerzahler. Er selber hat bisher keinen Rappen bezahlen müssen. Der Staat, gegen den er prozessiert, stellt ihm sogar gratis Anwälte zur Verfügung. Auf dem Platz Chur verdient ein Anwalt rund 200 bis 240 Franken pro Stunde. Ob die abgerechneten Stunden – beispielsweise für «Aktstudium» – dem effektiven Aufwand entsprechen, weiss niemand. Hinzu kommen die Gerichtskosten und die jahrelange Beschäftigung der Verwaltung mit dem Fall. Kenner der Ereignisse schätzen die bisherigen Gesamtkosten auf mehrere hunderttausend Franken. Bald sei wohl die Millionengrenze erreicht, so ein Insider.

Und das Spiel geht munter weiter. Gleich drei Verfahren sind derzeit hängig. Erstens das zivilrechtliche Scheidungsverfahren. Zweitens eine Beschwerde gegen die Aufhebung des Aufenthaltsrechts vor Bundesgericht.

Der Staat, gegen den er prozessiert, stellt ihm sogar gratis Anwälte zur Verfügung.

Drittens schliesslich ein strafrechtliches Verfahren wegen der Drohungen gegen den Sohn und dessen Mutter.

Die ägyptische Botschaft als Komplizin

Die Behörden sind machtlos. Obwohl das Fehlverhalten von Mohamed A. vielfach dokumentiert ist, läuft die juristische Mechanik unbeirrt weiter. Wer immer mit Mohamed A. zu tun hatte, berichtet von Problemen. So schreibt das Amt für Migration und Zivilrecht: «Fest steht, dass der Inhaftierte *alles* [Hervorhebung im



Einst sprühend vor Charme: Mohamed A.

Fest steht, dass der Inhaftierte ALLES versucht, um seinen illegalen Aufenthalt in der Schweiz zu verlängern. Da er durch Kontakte mit seiner heimatlichen Vertretung weiss, dass diese erst ein Reisedokument nach Abschluss seiner offenen Verfahren ausstellen werden, ist er dafür besorgt, dass immer irgendetwas hängig ist

Verhalten im Alltag VASH:

- Ist fordernd, z. T. extrem stark fordernd
- Will stetige Aufmerksamkeit
- Erreicht er etwas nicht, wird er aggressiv. Aggressivität steigert sich von Mal zu Mal.
- Ist schnell aufgebracht
- verlangt, gibt jedoch kein Entgegenkommen
- pocht auf seine Rechte, und zwar mit Nachdruck. So ritzt er sich, um an sein Ziel zu gelangen
- negiert Zahlungsaufforderungen
- Einschätzung: Er würde sich in "Freiheit" über die meisten Vorgaben oder Verbote hinwegsetzen

- Ist unkooperativ und uneinsichtig. Seit er im Arrest ist, ist er im Hungerstreik. Klagt uns an, dass wir ihm nicht genug zu trinken geben würden. (er bekommt immer wieder einen vollen Becher mit Wasser)

Da aufgrund des aktuellen Sachverhaltes eine Ausschaffung in absehbarer Zeit, d.h. innerhalb der höchstzulässigen Dauer der Ausschaffungshaft, kaum mehr als durchführbar erscheint, verzichtet das Amt für Migration und Zivilrecht Graubünden darauf, einen weiteren Antrag an den zuständigen Haftrichter für eine Haftverlängerung einzureichen.

«Aggressivität steigert sich von Mal zu Mal»: amtliche Dokumente des Kantons Graubünden.

Original] versucht, um seinen illegalen Aufenthalt in der Schweiz zu verlängern. Da er durch Kontakte mit seiner heimatlichen Vertretung weiss, dass diese erst ein Reisedokument nach Abschluss seiner offenen Verfahren ausstellen wird, ist er dafür besorgt, dass immer irgendetwas hängig ist – sei es im Zusammenhang mit dem Kind, seiner Ex-Frau, dem aberkannten Aufenthaltstitel oder der Ausschaffungshaft.» Dank diesem Trick, ständig Verfahren am Laufen zu halten, und dank der Komplizenschaft der ägyptischen Botschaft in

Bern gelingt es Mohamed A., trotz nichtiger Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz bleiben zu können. Die Botschaft, so vermuten Insider, habe offensichtlich einen Deal mit ihrem Landsmann geschlossen. Sie stellt ihm einfach keinen neuen Pass aus – womit er nicht ausreisen kann. Die Eidgenossenschaft lässt sich das gefallen.

Auch mit dem hohen Aggressionspotenzial von Mohamed A. sind die Behörden vertraut. Als es um die Frage ging, ob der kleine Sohn den Vater im Gefängnis besuchen müsse,

schrieb die zuständige Amtsstelle, man sollte vorsichtig sein, eine «Bewachung wäre mit Sicherheit auch während der Besuchszeit in massiver Weise notwendig».

Das Verhalten von Mohamed A. in der Haft beschreibt das Amt für Justizvollzug stichwortartig so: «Ist fordernd, z. T. extrem stark fordernd; will stetige Aufmerksamkeit; erreicht er etwas nicht, wird er aggressiv. Aggressivität steigert sich von Mal zu Mal; ist schnell aufgebracht; verlangt, gibt jedoch kein Entgegenkommen; pocht auf seine Rechte, und zwar mit Nachdruck. So ritzt er sich, um an sein Ziel zu gelangen; negiert Zahlungsaufforderungen.» In Freiheit, so die abschliessende Einschätzung, würde sich Mohamed A. «über die meisten Vorgaben oder Verbote hinwegsetzen». Das macht er in der Tat.

Mittlerweile ist die Gefahr für Petra Caduff und den Jungen noch gestiegen. Mohamed A. lebt immer noch illegal in der Schweiz, aber eine Ausschaffung muss er trotzdem nicht mehr fürchten. Der Kanton Graubünden hat offiziell kapituliert. In der Haftentlassungsverfügung vom 5. Februar dieses Jahres heisst es: «Da aufgrund des aktuellen Sachverhaltes eine Ausschaffung in absehbarer Zeit, d. h. innerhalb der höchstzulässigen Dauer der Ausschaffungshaft, kaum mehr durchführbar erscheint, verzichtet das Amt für Migration und Zivilrecht Graubünden darauf, einen weiteren Antrag an den zuständigen Haftrichter für eine Haftverlängerung einzureichen.»

Nationalrat Vischer verdient mit

Mit andern Worten: Mohamed A. hat gewonnen, er schlägt die Schweiz. Mit Hilfe der Schweizer Gesetze und mit dem Geld der Steuerzahler. Obwohl die Behörden täglich erfahren, wie sie zum Narren gehalten werden, können sie nichts dagegen tun. Der Rechtsstaat führt sich selber ad absurdum.

Bisher hat Mohamed A. im Kampf gegen die Bündner Behörden und das Bundesgericht in Lausanne nicht weniger als vier Anwälte beschäftigt – bezahlt aus Steuergeldern. Einer dieser Anwälte war Daniel Vischer, grüner Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Konfrontiert mit den Recherchen, sagt Vischer, er habe für Mohamed A. nur «eine Eingabe» gemacht. Überhaupt müsse man sein Nationalratsmandat von seinem Beruf unterscheiden. Das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

Der absurd anmutende Fall aus dem Kanton Graubünden könnte in Zukunft vermehrt Schule machen. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) will die unentgeltliche Rechtspflege für Ausländer sogar ausbauen. Asylbewerber sollen künftig noch leichter Gratisanwälte engagieren können, um gegen missliebige Entscheide der Eidgenossenschaft vorzugehen. Die Anwälte können sich schon jetzt die Finger lecken. ○



Contre cœur: Bundesrat Schneider-Ammann.

Schneider-Ammanns einsamer Kampf

Der freisinnige Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sträubte sich bis zuletzt gegen die kürzlich beschlossene Verschärfung der flankierenden Massnahmen. Der Bundesrat musste heftige Kritik einstecken. Zu Unrecht. Schneider-Ammann handelte richtig. *Von Florian Schwab*

Als sich die Schweiz mit den Bilateralen I auf das volkswirtschaftliche Grosseperiment der Personenfreizügigkeit einliess, gingen Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Deal ein: Die vollständige Öffnung des Arbeitsmarktes ab 2005 sollte nicht auf Kosten der Löhne in der Schweiz gehen. So vereinbarte es um die Jahrtausendwende der damalige Wirtschaftsminister Pascal Couchepin (FDP) mit den Sozialpartnern. Darum sollten die Marktkräfte, die zwangsläufig zu einer Angleichung des Lohnniveaus in der Schweiz und der Europäischen Union führen würden, durch die «flankierenden Massnahmen» gezähmt werden, ein Paket von allerhand Staatseingriffen auf dem Arbeitsmarkt, die der Bevölkerung unter dem griffigen Titel «Lohnschutz» verkauft wurden.

Die flankierenden Massnahmen sind somit eine direkte Folge der Personenfreizügigkeit

mit der Europäischen Union. Scheinbar unbeeindruckt von der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, beschloss der Bundesrat am vorletzten Mittwoch, die flankierenden Massnahmen zu verschärfen. Als wichtigste Änderung soll das Arbeitgeberquorum bei allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen teilweise aufgeweicht werden. Dies bedeutet, dass in Zukunft in gewissen Fällen eine Minderheit der Firmen in einer Branche sich mit den Gewerkschaften auf Arbeitsbedingungen verständigen kann, die der Bundesrat dann für die übrige Mehrheit der Firmen für verpflichtend erklärt. Dafür muss das entsprechende Gesetz über die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen geändert werden.

Wie aus dem Bundeshaus zu erfahren ist, hat sich Johann Schneider-Ammann bis zuletzt

gegen diese Änderung gestraut. Ein enger Mitarbeiter des Wirtschaftsministers beklagt, sie sei ihm «vom restlichen Bundesrat aufs Auge gedrückt» worden. Schneider-Ammann hat damit, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, eine schmerzhaft Niederlage in einem Kernbereich seines Departements erlitten. Dies ist umso bemerkenswerter, als seine Untergebenen im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) von Anfang an am Steuer sass – seit das Geschäft im vergangenen Juli aufgegleist wurde. Gespräche mit verschiedenen beteiligten Akteuren erlauben es, den Werdegang dieses fragwürdigen Entscheids nachzuzeichnen:

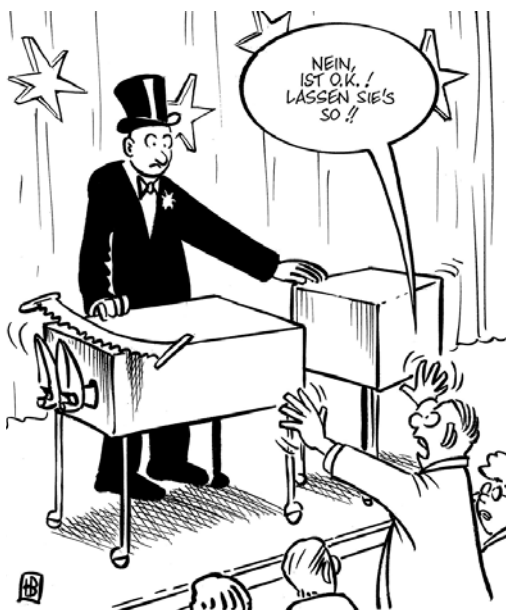
2. Juli 2013 — Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Schneider-Ammanns Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch soll unter Beteiligung des Seco, des Justizde-

partements von Simonetta Sommaruga (SP), des EDA von Aussenminister Burkhalter (FDP), der Kantone, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften Vorschläge entwickeln, wie der Vollzug der flankierenden Massnahmen verbessert werden kann, wenn ab 2015, wie man glaubte, Kroatien als weiteres Mitglied auf den EU- und damit auch auf den Schweizer Arbeitsmarkt drängen würde. «Der Anlass für die Einberufung der Arbeitsgruppe war die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien», bestätigt Boris Zürcher, der der Arbeitsgruppe ab August angehörte. Schilderungen von Teilnehmern der Arbeitsgruppe legen nahe, dass Seco-Chefin Ineichen-Fleisch in ihrer Aufgabe recht passiv blieb. Sinnbildlich dafür mag sein, dass Arbeitsgruppenleiterin Ineichen-Fleisch, eine Handelsdiplomatin mit Leib und Seele, während des Bundesratsentscheids von Ende März in Kolumbien weilte, wo sie die Aussenhandelsbeziehung zwischen den Ländern ankurbeln will.

1. August 2013 — Der ehemalige Chefökonom des Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Basel, Boris Zürcher, tritt sein Amt als Leiter der Direktion für Arbeit des Seco an. Diese Abteilung ist für die flankierenden Massnahmen zuständig. Seit dem Wechsel des Zürcher-Vorgängers, des ehemaligen Gewerkschaftsmanns Serge Gaillard, ins Finanzdepartement, war

«Das Ergebnis wäre sicher anders herausgekommen, hätte er die Arbeitsgruppe geleitet.»

der Posten monatelang verwaist. Dem neuen Leiter bringen Ökonomen-Kollegen und Wirtschaftsverbände viel Respekt entgegen. «Das Ergebnis wäre sicher anders herausgekommen, hätte er die Arbeitsgruppe geleitet» (und nicht seine Chefin), vermutet ein Teilnehmer.



Weltwoche Nr. 14.14
Cartoon: toonpool.com

Anfang Dezember 2013 — Die Arbeitnehmervertreter provozieren in der Arbeitsgruppe einen Eklat. Unter Protest verlassen sie eine Sitzung, als sich die Arbeitgeber beim strittigen Arbeitgeberquorum für allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge nicht erweichen lassen. «Der starke Mann in der Arbeitsgruppe war Paul Rechsteiner», sagt ein Beteiligter. Virtuos habe er gemeinsam mit dem ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertretenen Bundesamt für Justiz seiner Parteikollegin Simonetta Sommaruga (SP) die Agenda diktiert und zudem als Ständerat parlamentarischen Druck aufgebaut.

15. Januar 2014 — Der Bericht der Arbeitsgruppe ist im Bundesrat traktandiert. Bei der Quorumsfrage skizziert der Abschlussbericht zwei Varianten: einmal die Arbeitnehmer-Variante, welche das GAV-Arbeitgeberquorum ganz beiseitegeräumt hätte, und einmal die Arbeitgeber-Variante, welche hier keine Änderungen akzeptieren wollte. Schneider-Ammann vertritt im Bundesrat diese Arbeitgeber-Position und geht damit grandios unter. Gerüchten zufolge unterliegt der Wirtschaftsminister mit 6:1. Eine offizielle Bestätigung dafür gibt es naturgemäss nicht. Ein Stabsmitarbeiter Schneider-Ammanns spricht von einem «klaren Entscheid». Aus dem Seco heisst es lediglich, «auch bürgerliche Bundesräte» seien ausgeschert. Vermutet wird, dass zu dem Zeitpunkt auch die Sorgen um eine mögliche Annahme der Masseneinwanderungsinitiative eine Rolle spielten. Der Auftrag des Bundesrats an Schneider-Ammann lautet, bis im März einen Kompromissvorschlag mit gewissen Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit auszuarbeiten, die zwar weniger weit gehen als der Gewerkschaftsvorschlag, aber weiter als die Arbeitgeber-Position.

9. Februar 2014 — Volk und Stände nehmen die Masseneinwanderungsinitiative der SVP an und entziehen damit den flankierenden Massnahmen die Grundlage. Initiant Christoph Blocher äussert gegenüber der *Weltwoche* die Hoffnung, dass die flankierenden Massnahmen jetzt «wenigstens nicht noch mehr ausgebaut» werden.

25. Februar 2014 — Vor den Medien stellt Schneider-Ammann klar, er habe bei den bisherigen Verschärfungen der flankierenden Massnahmen contre cœur mitgemacht und er hoffe, dass die in der Vergangenheit bereits umgesetzten Schritte jetzt «abschliessend genügend» seien.

7. März 2014 — Wieder sieht es der Bundesrat anders. Er bekräftigt seine Position von Mitte Januar, vertagt aber einen definitiven Beschluss auf «in einigen Wochen». Die Seco-

Leute müssen jetzt einen «Kompromiss vom Kompromiss vom Kompromiss» ausarbeiten, um dem Bundesrat, der sich Mitte Januar ver-

Wenn für einmal die CVP nicht ausschert, dann ist es einer der FDP-Bundesräte.

galoppiert hat, eine «Brücke zu bauen», weiss ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe Ineichen-Fleisch.

26. März 2014 — Vor der Schlussabstimmung im Bundesrat versucht Schneider-Ammann ein letztes Mal, seine Kollegen von Eingriffen bei der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen abzuhalten – erfolglos. Geht man davon aus, dass sich diesmal Ueli Maurer (SVP) und Doris Leuthard (CVP) an die später publizierten klaren Positionen ihrer Parteien gehalten haben, dann käme FDP-Mann Didier Burkhalter die Rolle des bürgerlichen Abweichlers zu, dessen Departement ebenfalls in der Arbeitsgruppe mitwirkte. Die Zeitung *Der Bund* berichtet denn auch, «mindestens ein FDP-Bundesrat» habe dafür gestimmt.

Einsatz für die Wirtschaft

Wirtschaftsminister Schneider-Ammann ist von liberaler Seite heftig für die Ausweitung und Verschärfung der flankierenden Massnahmen kritisiert worden – auch von der *Weltwoche*. Wie sich jetzt zeigt, war die Kritik etwas vorschnell. Schneider-Ammann hat sich gegen die weitere Aufblähung der Bürokratie gewehrt. Dass er im Bundesrat unterlegen ist, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Der liberale Kompass des einstigen Unternehmers stimmt. ○

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

**Morgen Freitag in der
KMU-Presse:**

- **Nein zum Mindestlohn**
Breite Allianz der Gegner
- **Gewerbekongress 2014**
Highlight der KMU-Wirtschaft
- **Aussenwirtschaft**
Wichtigster Handelspartner

www.gewerbezeitung.ch

Niedergang einer Vorzeige-Klinik

Die Innere Medizin des Zürcher Unispitals galt einst als eine der ersten Adressen Europas. Inzwischen sind fast alle erfahrenen Kaderärzte weg, guter Nachwuchs bleibt aus. Klinikdirektor Edouard Battegay muss sich in einem internen Schreiben scharfe Kritik gefallen lassen. *Von Christoph Landolt*



«Klare Anweisungen»: Medizin-Professor Battegay.

Wenige Fachbereiche haben so viel zum Ruf des Zürcher Universitätsspitals (USZ) beigetragen wie die Innere Medizin. Wer an einem kranken Herzen, einer geschädigten Lunge oder sonst an einem die inneren Organe betreffenden Problem litt und nicht mehr weiterwusste, gelangte über Jahrzehnte ans Uni-Spital, wo renommierte Internisten wirkten, allen voran der langjährige Klinikdirektor Walter Siegenthaler. Die USZ-Mediziner galten nicht nur als herausragende Ärzte, sondern auch als Spitzenforscher, denen eine Pionierleistung nach der anderen gelang. Für ambitionierte Nachwuchsleute war die Innere Medizin des USZ die Top-Adresse im deutschsprachigen Raum, um klinische Erfahrungen zu sammeln und an ehrgeizigen Forschungsprojekten teilhaben zu können. Das Uni-Spital konnte aus den besten Bewerbern auswählen.

Das frühere Renommee sei intakt, sagt Professor Edouard Battegay, Direktor der Klinik und Poliklinik für Innere Medizin. Es gelinge ohne Mühe, geeignetes Personal zu rekrutieren. Die hervorragend ausgebildeten Ärzte sorgten für gute Krankenversorgung, Lehre und Forschung. Battegay widerspricht damit einem anonymen, zehneitigen Dokument, das der *Weltwoche* vorliegt und dessen Verfasser – ein hochrangiger Mitarbeiter des Uni-Spitals – ihr bekannt ist.

Glaubt man dem Schreiben, das am 7. Juli 2012 erstellt und am 28. Oktober 2013 aufdatiert wurde, ist von der Grösse der Vergangenheit nicht mehr viel übrig. Die Situation sei «unhaltbar», es sei zu einer «beispiellosen Serie von Resignationen von Kader-ÄrztInnen» gekommen. Zu lesen ist von «immer grösser werdenden Problemen bei der Rekrutierung von AA [Assistenzärzten, Anm. d. Red.] und Kader-ÄrztInnen». Die Produktion von Forschungsergebnissen sei «praktisch inexistent».

Wie steht es um die berühmte Innere Medizin des Uni-Spitals wirklich?

Edouard Battegay kam Ende 2007 von Basel, wo er das internistische Ambulatorium des dortigen Universitätsspitals geleitet hatte, nach Zürich. Er habe die volle Unterstützung der bisherigen Kaderärzte genossen, heisst es im internen Schreiben. Man habe sich von Battegay frische Inputs erhofft und die Zusammenlegung der zuvor getrennten stationären Klinik für Innere Medizin und ambulanten Klinik (Poliklinik) als Chance begriffen. Doch der neue Direktor sei «auf keinen der mit grossem Goodwill gemachten Ratschläge» einge-

gangen. Im Gegenteil: Battegay habe im kleinen Kreis gesagt, man müsse die «alte Garde», die bisherigen Oberärzte, «loswerden».

Damit war er offenbar erfolgreich: Fast das gesamte frühere Kader ist weg. Das Schreiben führt sechzehn leitende Ärzte und Oberärzte auf, die ihren Posten frühzeitig aufgegeben haben. Auch eine Stufe darunter ist die Fluktuation hoch. Seit 2008, so das Dokument weiter, komme es jährlich zu etwa fünfzehn vorzeitigen Kündigungen von «oft enttäuschten Assistenzärzten» – etwas, was zuvor nie vorgekommen sei.

Anforderungen gesunken

Früher, darüber sind sich sämtliche befragten Personen einig, war es ein Privileg, hier arbeiten zu dürfen. Entsprechend hoch waren die Anforderungen, welche die Klinik an ihre Ärzte stellen konnte: Wer an der Inneren Medizin des USZ als Assistenzarzt arbeiten wollte, musste bereits zwei Jahre Vorbildung in Innerer Medizin mitbringen und einen Notenschnitt von einer Fünf oder höher haben. Wer es auf eine Kaderarztstelle abgesehen hatte, musste mindestens einen Facharztstitel in Allgemeiner Innerer Medizin mitbringen, besser noch einen zweiten in einer Subspezialität wie Kardiologie oder Rheumatologie. Leitende Ärzte mussten Privatdozenten sein, Oberärzte strebten selbstverständlich die Habilitation an.

Doch damit ist es offenbar vorbei. Edouard Battegay sagt auf Anfrage zwar, es treffe nicht zu, dass die Anforderungen nach unten angepasst worden seien. «Pro Stelle haben wir im Schnitt drei gute und darüber hinaus zahlreiche andere Bewerbungen.» Doch ein Blick auf die Mitarbeiterliste lässt nur den gegenteiligen Schluss zu: Battegay's stellvertretender Klinikdirektor, seit sechs Jahren im Rang eines leitenden Arzts, wurde erst vor einem Monat habilitiert. Die meisten Oberärzte verfügen über lediglich einen Facharztstitel und keine weiteren Spezialisierungen. Eine Person wurde auf eine Kaderstelle befördert, obwohl sie noch nicht einmal einen Dokortitel hat. Laut dem Insider haben mehrere neue Oberärzte «keine oder nur geringe Erfahrung in stationärer innerer Medizin» und seien nie auf einer Intensivstation gewesen. Etwa die Hälfte der rund siebzig Assistenzärzte entsprechen den Anforderungen des USZ nicht mehr. Als Beispiel nennt er eine Vorstellungsrunde für eine Assistenzarztstelle, «bei der ein syrischer AA und ein griechischer Militärarzt, ein österreichischer Schiffsarzt und eine deutsche AA ohne Vorbildung mit Staatsexamennote <befriedigend>» evaluiert worden seien.

Dies führe zu einer «Gefährdung der PatientInnen-Sicherheit», zu einer «zunehmenden Anzahl von medizinischen Fehlleistungen», teilweise «mit gravierenden Folgen». Die Dunkelziffer sei gross, weil die Ärzte Angst

hätten, Fehler ihren Vorgesetzten zu melden. Im Schreiben wird ein «junger, durchaus förderungswürdiger Kaderarzt» zitiert, der angibt, er habe Angst, «auf den Notfall» zu gehen, weil er vielen Assistenzärzten nicht vertrauen könne. Er habe keinen übergeordneten, erfahrenen Ansprechpartner, mit dem er ein Problem besprechen könne.

Professor Battegay lässt via Sprecher ausrichten, er verwehre sich scharf gegen die anonym geäusserten Vorwürfe. Auf unspezifische Vorwürfe von anonymen Personen zu antworten, sei ihm aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich. Am USZ gebe es ein anonymes Meldesystem für patientengefährdende Vorfälle. Mitarbeiter müssten solche Vorfälle also nicht ihren Vorgesetzten melden.

Im internen Schreiben steht weiter: «Die ChefärztInnen im Einzugsgebiet des USZ können ihre guten AA nicht mehr dorthin

Die Dunkelziffer sei gross, weil die Ärzte Angst hätten, Fehler ihren Vorgesetzten zu melden.

schicken.» Auf Anfrage bestätigen mehrere Mediziner von Regionalspitälern, dass sie die Innere Medizin des USZ ihren Nachwuchsärzten nicht mehr empfehlen könnten. Basil Caduff, Chefarzt des Spitals Limmattal, sagt, er habe vor zwei Jahren schriftlich beim USZ wegen der Weiterbildungsqualität in der Inneren Medizin interveniert, worauf es zu einer Unterredung mit dem ärztlichen Direktor des USZ, Jürg Hodler, sowie mit Edouard Battegay gekommen sei. Aus den Reihen der Stadtspitäler Triemli und Waid ist zu erfahren, dass dort die Anforderungen an Bewerber inzwischen höher sind als am Universitätsspital.

Schwache Forschung

Die Assistenzärzte sind nachweislich unzufrieden. In den Umfragen der Ärztevereinigung FMH zur Weiterbildungsqualität gehören Klinik und Poliklinik für Innere Medizin regelmässig zu den schlechtesten Abteilungen des USZ. Im letzten Jahr erteilten die Assistenzärzte der Klinik eine Durchschnittsnote von 4,3, die Poliklinik fiel gar durch: 3,7. Zum Vergleich: Der Durchschnitt der internistischen Abteilungen im Land liegt bei 4,8. Edouard Battegay führt diese Bewertungen darauf zurück, dass die Klinik «auf Grund von Entwicklungen im USZ mehrfach umstrukturiert» worden sei, was sich «jeweils vorübergehend» in der FMH-Umfrage niedergeschlagen habe.

Eine ehemalige Assistenzärztin sagt, Professor Battegay sei im Alltag schlicht unsichtbar. «An einem Rapport habe ich ihn in meiner Zeit am USZ vielleicht zweimal gesehen.» Bei der wöchentlichen Chefarztvisite habe Battegay immer nur einen Teil der Station besucht, weil er bei vielen Patienten schlicht nicht mit-

reden könne. Ein früherer Kaderarzt, der ebenso wenig namentlich genannt werden möchte, sagt, ein Chefarzt sei nicht Manager, sondern primär wichtigster Ansprechpartner seiner Mitarbeiter. Bei Battegay aber sei die ärztliche Funktion «inexistent».

«Praktisch inexistent» sind gemäss dem internen Dokument auch die wissenschaftlichen Leistungen der von Battegay geleiteten Forschungsgruppen. Dem «Wissensbericht 2012» des USZ ist zu entnehmen, dass die Innere Medizin einen sogenannten kumulativen Impact Factor von 70 erreicht. Der Impact Factor ist ein Mass für den Forschungs-Output, der von der Bedeutung einer wissenschaftlichen Zeitschrift, in der ein Artikel veröffentlicht wird, abhängig ist. Mit einem Wert von 70 ist die Innere Medizin, die einst als Forschungsmotor galt, eine der schwächsten Kliniken des Universitätsspitals. Zum Vergleich: Das kleine Institut für Hausarztmedizin erreicht mit etwa einem Fünftel des Personals einen kumulativen Impact Factor von 217.

Wie die *Weltwoche* aus sicherer Quelle weiss, wurde einer der zuständigen Vorgesetzten Battegay's, der Prorektor Medizin und Naturwissenschaften der Uni Zürich Daniel Wyler, über die Probleme in der Inneren Medizin informiert. Eine Gesprächsanfrage lehnte Wyler ab. ○

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)
www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2014

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Le Pens geheimes Netzwerk

Im Rücken des Vaters spinnt Marine Le Pen ihr Netz. Sie rekrutiert ihr Team im politischen Feindesland. Beharrlich dehnen die Neuen die Grenzen des Front national in die Breite aus, zuerst aus der Deckung, dann offiziell. Der grösste Garant für Erfolg bleibt aber Madame «Bleu Marine». Dritter Teil. *Von Urs Gehrig*

Ein marineblauer, kühler Himmel wölbt sich über dem «Carré», dem Hauptquartier des Front national an der Rue des Suisses im Pariser Vorort Nanterre. Es ist neun Uhr früh. Das blau-graue Gebäude versprüht den Charme eines Etap-Hotels. Tags zuvor drängte sich hier die nachrichtenhungrige Presse. Heute hört man im Garten die Vöglein zwitschern. Alain Vizier, treuer Parteisprecher im dreissigsten Dienstjahr, geleitet in den zweiten Stock, wo die Grande Dame der Partei hinter dem Schreibtisch wartet. Sie trägt Hellrosa, die Kapitänsmütze mit Aufschrift «Marine» hängt an der Wand. Sie ist prächtiger Laune.

«Jetzt können wir endlich zeigen, dass wir auch zu regieren wissen», sagt Marine Le Pen. Bei den Kommunalwahlen hat ihre Partei im ganzen Land Fuss gefasst. In vierzehn Städten erobert diese das Bürgermeisteramt. In 1200 Gemeinderäten sind Frontisten vertreten – bislang waren es kaum vier Dutzend. Das ist die reichste Ernte auf Gemeindeebene seit der Parteigründung 1972.

Zwölf Jahre am neuen Kurs getüftelt

Wann sie erkannt habe, dass Sie den Parteikurs ändern müsse, um politisch zu überleben, wollen wir wissen (siehe Interview Seite 34). Marine Le Pen studiert lange und entscheidet sich für eine Antwort von grösstmöglicher Unschärfe. «Ich verfolge meine politische Linie seit zwölf Jahren.» Seit dem legendären Auftritt 2002 also, als Jean-Marie Le Pen überraschend gegen Chirac ins Finale um die Präsidentschaft einzog. Seither hat sie im Rücken des Vaters am neuen Kurs getüftelt.

Im Januar 2011 schlägt Marine Le Pens grosse Stunde. Die Partei wählt sie mit 68 Prozent der Stimmen zur neuen Chefin. Ihre Antrittsrede wird zur grossen Overtüre. Gleich in zwei Kernpunkten verleiht sie dem Front national ein neues Gesicht. «In unserem Land, das durch Religionskriege aufgerieben wurde, darf sich kein religiöser Kult in der Öffentlichkeit etablieren», verkündet sie. «Der Glaube ist eine strikt private Angelegenheit, und seine Ausübung darf nicht Gegenstand von Provokationen sein.»

Was tut Marine Le Pen hier? Sie redet dem Laizismus das Wort. Für Franzosen nichts Besonderes, der Laizismus ist integraler Teil ihrer Demokratie, kaum ein Volk trennt Staat und Glauben so strikt wie unsere Nachbarn. Sie manövriert mit dem Thema *laïcité* in Volkes Mitte. Um dort zu punkten, bedarf es eines Extraef-

forts. Sie leistet ihn, indem sie sich als Retterin des Laizismus, ja der Nation aufschwingt. «Wir heben die Trikolore aus dem Dreck, wo andere sie hingeworfen haben, wir lassen die Werte der Republik wieder aufleben, die wahren Verteidiger der Republik, das sind wir!»

Der Bruch mit dem Front ihres Vaters ist eklatant. Unter Jean-Marie Le Pen hat Laizismus in keiner Weise eine Rolle gespielt. Er gab sich betont katholisch. Beim jährlichen Treffen der Frontisten liess er stets eine katholische Messe zelebrieren. Gruppen wie Chrétienté-Solidarité, die gegen Abtreibung und gegen das Recht der Blasphemie kämpfen, hatten das Ohr des Parteigründers.

Die Absicht von Marines Kurswechsel wird bald manifest. Trotz der Fokussierung auf den Laizismus wird sie den katholischen Einfluss nicht substanziell eindämmen. Sie wird einen Laizismus variabler Geometrie betreiben. Sie wird ihn als Mittel gegen Auswüchse des Islam benutzen. «Wir sind nicht einfach eine Partei», erklärt sie. «Wir sind die Résistance gegen den modernen Totalitarismus, welcher da heisst: Islamismus und Globalisierung.»

Folgenreicher noch ist das zweite Drapeau, das Marine entrollt. «Der Schlüssel ist der Staat», ruft sie der Partei entgegen, «man muss ihn wieder in den Dienst der Menschen stellen.» Unten im Saal sitzt der Vater, stumm. Seit der Gründung der Partei 1972 war er ein Vorkämpfer für einen schlanken Staat, für Deregu-

«Wir heben die Trikolore aus dem Dreck, wir lassen die Werte der Republik wieder aufleben!»

lierung und Ultraliberalismus. Man hat ihn den Reagan der Franzosen genannt. Nun macht die Tochter seiner Ideologie den Garaus. «Der Staat muss seine Rolle als wirtschaftlicher Regulator wieder finden. Er muss die Kontrolle über strategische Sektoren wieder erlangen.»

Ihre Worte klingen wie ein kalter Putsch. Ein sorgfältig vorbereiteter und auf lange Frist geplanter. Wenig später, mitten im französischen Präsidentschaftswahlkampf 2012, legt Marine ihr Programm en détail vor, abgefasst in einem Buch auf 250 Seiten. Auf dem Umschlag spaziert sie am Strand, barfuss, das blonde Haar im Wind, die Armen weit ausgebreitet, als wolle sie ganz Frankreich in die Arme schliessen. «Pour que vive la France» (Auf dass Frankreich lebe) lautet der handgeschriebene Titel.

Wer noch nicht gemerkt hat, wie radikal die Tochter in Kernpunkten mit dem Vater gebrochen hat, kann es hier nachlesen. Wortgewaltig rechnet sie mit dieser «Ideologie der globalisierten, international herrschenden Klasse» ab, dieser «neuen Aristokratie». Eine Philippika wider den Kasinokapitalismus ist es, die aus keiner linken Feder kämpferischer hätte flie-



Hätte um keinen Preis für Jean-Marie Le Pen gestimmt:

ssen können. Auch vor der «teil- oder zeitweisen Verstaatlichung von Banken», die «in Schwierigkeiten geraten sind», schreckt sie nicht zurück. Ihr Vater wollte das Rentenalter auf 65 Jahre anheben, sie will auf 60 runter. Er wollte den Spitzensteuersatz auf 20 Prozent senken, sie will ihn auf 46 Prozent anheben.

Ihrer Schrift liegt Kalkül zugrunde. Sie will sich nicht als neue Linke installieren, vielmehr will sie der Linken die Klientel entziehen. Die Linke, argumentiert sie, habe ihre Ideale verraten. Sie habe «die Verteidigung der Arbeiterklasse» zugunsten der «Ausgeschlossenen und illegalen Einwanderer» aufgegeben. Geschickt lässt sie aus sozialer Ader Argumente wider die Immigration fließen. So fordert sie, zum Schutze der französischen Arbeiterschaft die «legale

Immigration innerhalb von fünf Jahren von 200 000 auf 10 000 Einwanderer jährlich» einzuschränken.

Und dann setzt sie noch einen drauf. Verknüpft das Malaise der heimischen Arbeiterschaft mit den Auswüchsen der Globalisierung. Redet von der «hässlichen Fratze» moderner Sklaverei. «Globalisierung, das bedeutet: Man lässt Produkte in Billiglohnländern herstellen und verkauft sie an Arbeitslose!» Und empfiehlt deshalb die «Rückführung der industriellen Produktion in die Heimat».

Wie kam sie zu dieser Neuorientierung? Aus der Erkenntnis, dass aus der monothematischen Ecke des Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit nichts gegen den Himmel wächst, gewiss. Doch das scharfsinnig verfasste

Werk, so bemerken Kenner der Partei bald, trägt eine fremde Handschrift. Es ist die Handschrift eines geheimen Verbündeten, eines politischen Globetrotters, der die politische Wildbahn von der sozialpolitisch linken Ecke her quer durchwandert hat. Es ist ein Mann, der lange unter dem Decknamen «Adrien» firmiert und kurz nach Marine Le Pens Parteiübernahme sein Visier öffnet. Sein Name: Florian Philippot, Jahrgang 1981, politisches Vollblut mit Trommelschädel wie Cicero und rabenschwarzen Augen.

Der juvenile Einflüsterer ist «Enarque», wie man die Absolventen der staatlichen Kaderschmiede ENA nennt, und damit Teil jener intellektuellen Elite, gegen die Le Pen gewöhnlich vom Leder zieht. Mit Philippot hingegen



Personelle Beutezüge: Philippe Martel.



Freund Russlands: Aymeric Chauprade.

Polit-Strategie Florian Philippot (zweiter v. r.).

versteht sie sich aus dem Stand. Die Chemie habe sofort gestimmt, sagt er. Sie hätten sich gegenseitig die Sätze beendet, schwärmt sie. Ein Traumpaar hat sich gefunden.

Das war 2009. Zwei Jahre lang arbeitet Philippot als ihr Berater für Medien und Politstrategie, heimlich, damit er mit seinem Arbeitgeber – Philippot arbeitet im Innenministerium – keine Probleme bekommt. Erst als Marine Le Pen 2011 die Partei übernimmt, kommt er aus der Deckung, wird zuerst Strategiechef für ihren Präsidentschaftswahlkampf. Dann steigt er auf zum Vizepräsidenten der Partei.

Aus dem Halbdunkel ins Rampenlicht

Nie hätte er sich diese Karriere vor ein paar Jahren träumen lassen. Philippot, geboren im nordöstlichen Lille, Nachfahre polnischer Einwanderer, hatte den Front gemieden, als der Alte noch die Partei regierte. Bei der Stichwahl Le Pen gegen Chirac 2002 legte er leer ein. Um keinen Preis hätte er für Jean-Marie gestimmt. Philippot war damals noch Anhänger des linken Jean-Pierre Chevènement, Gründungsmitglied des Parti socialiste (PS) und Verteidigungsminister unter Mitterrand. Heute ist er das jüngste und bekannteste Gesicht in Marines neuer Bande. Aber längst nicht das einzige, das aus dem Halbdunkel an der Seite Marines ins Rampenlicht tritt.

Die zweite schillernde Figur in ihrem Dunstkreis ist Gilbert Collard, 66, Advokat aus Marseille, der einst Le Pens erste Frau Pierrette nach ihrer «Putzfrauenummer» im *Playboy* gegen den FN-Patron verteidigte. Kein natürlicher Verbündeter der Familie, gewiss nicht. Doch mit Marine versteht er sich glänzend. Ihr Pragmatismus bewahrt sie davor, alte Fehden zu kultivieren. Mit Collard gewann Le Pen einen Kreisläufer durch die unterschiedlichsten Milieus. Er kultiviert für sie sein Netzwerk im Advokatenzirkel. Und auch in der Freimaurerloge, der er seit jungen Jahren angehört, weiss er wertvolle Kräfte freizusetzen.

2011 macht Le Pen den gewieften Meister Collard zum Vorsitzenden ihres Unterstützerkomitees für die Präsidentschaftswahl. Bei den Parlamentswahlen 2012 holt er selbst den ersten Kranz für die Partei. Er siegt im Département Gard und zieht neben Marines Nichte Marion Maréchal-Le Pen als einziger Abgeordneter des Front national in die Assemblée nationale ein.

Philippot und Collard sind zwei der effektivsten Köpfe, aber längst nicht die einzigen, die für Le Pen in die Breite vorstossen. Viele halten sich, wie Philippot einst, lange bedeckt. Sie scheinen abwarten zu wollen, ob Le Pens Neuausrichtung der Partei nachhaltig ist. Das *Figaro Magazine*, das die neue Entourage Le Pens ausleuchtet, spricht von «geheimen Netzwerken». Unter dem Radar der Medien ist es der Parteichefin gelungen, innert zweier Jahre nach der Machtübernahme Schlüsselfiguren aus dem politischen Feindeslager anzulocken.



Kein natürlicher Verbündeter der Familie: Advokat Gilbert Collard.

Einen besonders wertvollen Headhunter findet sie in Philippe Martel, 58, ehemaliger Kabinettschef von Alain Juppé, der grauen Eminenz der bürgerlichen UMP. Seit letztem Herbst ist Martel Le Pens Kabinettschef, zuständig für personelle Beutezüge im bürgerlichen Lager. «Alles andere als ein harmloser Transfer», kommentierte das Magazin *L'Express*. Diskret kultiviert er seine Kontakte mit ehemaligen Kabinettsmitgliedern von Chirac und Sarkozy.

Sekundiert wird Martel von einem anderen politischen Überläufer höchsten Ranges: Paul-Marie Coûteaux, 57, Enarque und Redenschreiber. Der Politfuchs – Boxernase, runde Nickelbrille und faltiges Gummigesicht – war Berater für Verteidigung von Chevènement und von Boutros-Ghali im Generalsekretariat der Uno.

Er stösst 2012 zum Front national. Bei diskreten Dinern in seiner Pariser Wohnung spinnt er das Netzwerk in alle Richtungen und schaufelt kraft seines Adressbuchs der Partei erfahrene

«Es ist, als ob wir von einem Familien- zu einem Grossbetrieb aufgestiegen wären.»

Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager zu. «Das ist meine Obsession», so der Kopffäger in Le Pens Sold, «künftige Regierungsequipen zu formen, welche in der Lage sind, den Staat in die Hände zu nehmen.»

Doch das reicht noch nicht für den Durchbruch. Marine Le Pen weiss, dass sie die Gesellschaft in jeder Faser durchdringen muss, wenn ihre Partei zur nationalen Macht wachsen soll. Sie hat eine Mission «Suchkopf» lanciert, um bis in die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Medien vorzudringen. Mit einem erstem Erfolg.

Bernard Marionnaud, 77, Gründer der Parfümeriekette mit demselben Namen, fühlt sich von der «geschmeidigen und angepassten Sprache» Marine Le Pens angezogen. Auch Persönlichkeiten aus der Kultur bekunden öffentlich ihre Sympathie für den Front. Alain Delon zum Beispiel. Jean Roucas, ehemaliger Fernsehmoderator. Oder der ehemalige Starjournalist Robert Ménard, Mitgründer von «Reporter ohne Grenzen», der am Wochenende glorreich das Bürgermeisteramt von Béziers eroberte.

Gewiss, Marine Le Pen ist noch nicht mit grossem Pomp vom französischen Unternehmerverband Medef aufgenommen worden, geschweige denn von den vornehmen Klubs des Establishments. Aber sie wird heute weniger gemieden denn je. Seit sie die Partei übernommen hat, steigt die Mitgliederzahl steil nach oben, ist von 12 000 auf 80 000 gewachsen, und das zeigt Wirkung. «Es ist, als ob wir auf einmal von einem Familienbetrieb zu einem Grossunternehmen aufgestiegen wären», sagt Steve Briois, Generalsekretär des FN und glorreicher Sieger bei der Bürgermeisterwahl in der einst roten Hochburg Hénin-Beaumont. «Das ermöglicht uns eine schnelle Mobilisierung an allen Fronten.»

Nachdem der Front national erfolgreich die Schlacht um die «Entteufelung» geschlagen hat, will er jetzt den Kampf um seine Glaubwürdigkeit gewinnen. Und da darf selbst für eine nationalistische Partei die Landesgrenze keine Barriere sein. Es gilt, die Rolle Frankreichs in der Welt zu planen, eine Rolle, die seit Jahrzehnten eher einem Phantom gleicht als einer schlagkräftigen Grande Nation, wie sie sich zum Quatorze Juillet mit Tschingderassabum auf dem Kopfsteinpflaster der Champs-Élysées zelebriert.



Überläufer höchsten Ranges: Politfuchs Paul-Marie Coûteaux.

Hier tritt eine weitere Schlüsselfigur aus Le Pens neuer Truppe auf den Plan, die während Jahren als «schwarzer Ritter» hinter den Kulissen operierte. Aymeric Chauprade, 45, *conseiller spécial* der Parteichefin, Buchautor, Militärexperte, Professor für Geopolitik und Geostrategie an mehreren ausländischen Militärakademien ebenso wie an der Sorbonne und an der Uni Neuenburg.

Wir treffen ihn Ende Februar in Genf. Smarter Anzug, gepflegter Kater-Karlo-Bart, temperierte Stimme, druckreif jedes Wort, das er spricht. Auch er will in die Politik, er kandidiert an der Spitze der FN-Liste im Wahlkreis Ile-de-France (Region Paris) für die EU-Wahlen im Mai. Deswegen ist er in die Schweiz gereist. Er wirbt um die Stimmen der Exilfranzosen.

Getreu der Parteidoktrin will er ins EU-Parlament, um Frankreich aus der EU zu führen. Selbstredend fällt ihm kein gutes Wort zur EU ein, dafür hat er ein flammendes Argumentarium für seine Geopolitik im Köcher. Hauptpfeiler seiner Welt von morgen ist Russland, flankiert von Frankreich und Deutschland. Geeint soll das Kontinental-Trio als eigenständiger Akteur auf der Weltbühne auftreten. Nur so könnten die Dominanz der USA und die Ambitionen Chinas in Schach gehalten werden. Der magische Begriff seines Weltbildes ist «Multipolarität», die der Unipolarität der Amerikaner entgegenzustellen sei.

«Die Amerikaner betreiben die Spaltung zwischen West- und Zentraleuropa und den Russen», sagt er beim Gespräch in Genf. Es gelte, Frankreich aus der Nato auszueisen und Russland an die Seite zu stellen. Seiner Chefin empfiehlt er eine «strategische Allianz, basierend auf den Bereichen Militär und Energie», mit Moskau. «Zusammen könnten die Flotten

Russlands, Frankreichs und Deutschlands gleich stark sein wie diejenige der Amerikaner. Wir könnten auf den Weltmeeren eine Grossmacht sein.»

Welcher Franzose hätte nicht glänzende Augen angesichts solcher Planspiele, welche nichts weniger anstreben als eine radikale Verschiebung des tektonischen Machtgefüges auf der Welt? Nicht so Chauprade. Er bleibt zun-

«Als Erstes werde ich Neuwahlen nach Proporz fordern.»

dertrocken, ganz Realpolitiker. Wer ihm zuhört, fühlt sich schuldig, in Russlands Machtpolitik auch nur den Hauch sinisterer Absicht zu vermuten.

Chauprades Konzept der geostrategischen Achse Paris–Berlin–Moskau erinnert stark an Putins Vorschlag eines «Europa von Lissabon bis Wladiwostok». In den Moskauer Couloirs der Macht ist Chauprade denn auch ein wohlgeleitener Gast. Zu Putin soll er über einen direkten Draht verfügen. Am 16. März war er auf der Krim, wo er dem Referendum über die künftige Staatszugehörigkeit der Halbinsel beiwohnte. Nicht in offizieller Mission im Namen der Partei, wie er betont, sondern als Politologe und Geopolitiker. Was ihn nicht daran hindert, die Volksbefragung für «legitim» zu erklären.

Noch scheint die Aussenpolitik des Front national eine etwas einseitige Angelegenheit zu sein. Die Suche der Partei nach internationalen Partnern ist fehlgeschlagen. 2011 wagte sich Le Pen über den Atlantik, konnte dort aber kein politisches Schwergewicht treffen ausser

Ron Paul, der libertären Galionsfigur der Tea Party. Annäherungen an Israel blieben ein kurzes Intermezzo. Auch ein «Privatbesuch» in Jerusalem von Marines Lebensgefährten und Partei-Vize Louis Aliot trug keine Früchte.

Bleibt der Kontakt zu den «Schwesterparteien» in Europa. Doch auch diese Koalition steht auf eher schwachen Beinen. Abgesehen von der Zerstörung des «Monsters Europa» (Geert Wilders), geht es den nationalistischen Parteien, nomen est omen, in erster Linie um die eigene Nation. So will Le Pen denn auch aus den Europawahlen zuerst im eigenen Land Kapital schlagen. Die Prognosen verheissen eine Hausse. Gemäss letzten Umfragen teilt ein Drittel aller Franzosen die EU-kritische Haltung des Front national. Im Europäischen Parlament könnte der Front national bald die stärkste Fraktion Frankreichs stellen.

Schlüssel zur höchsten Macht im Land

Für Le Pen sind die Europawahlen die nächste Stufe ihres Aufstiegs. Nach ihrer Reaktion auf einen möglichen Wahlsieg gefragt, sagt sie wie aus der Pistole geschossen: «Als Erstes werde ich Neuwahlen nach Proporz fordern.» Le Pens Forderung ist logisch. Das geltende Mehrheitswahlrecht macht es unwahrscheinlich, dass sie Präsidentin Frankreichs wird. Derzeit ist die Partei im Parlament mit zwei Abgeordneten krass untervertreten. Eine Änderung des Wahlsystems ist ihr – wohl einziger – Schlüssel zur höchsten Macht im Land.

Auch für die nächste Etappe setzt Le Pen auf ihre Strahlkraft. Zwar wächst die Partei in die Breite, doch an Charisma überragt sie den Rest ihrer Truppe. Aus ihrem Machtkreis sind einige in den Kommunalwahlen durchgefallen. Philippot in Forbach, Collard in Saint-Gilles, ihr Lebenspartner Aliot in Perpignan. Über Marine Le Pen hingegen äussern sich 45 Prozent Franzosen in Meinungsumfragen positiv. Längst hat sie dem Front auch mit dem Namen ihr Siegel aufgedrückt. «Rassemblement Bleu Marine» heisst die Partei alternativ seit ihrer Machtübernahme.

Sie denke gar über eine offizielle Namensänderung des Front national nach, ist in den Medien zu lesen. «Solange der Front national die gleiche Aufstiegskurve aufweist wie ich, sehe ich keinen Nutzen darin», schlägt sie das Gerücht in den Wind.

Und wohin die Kurve zeigt, ist seit dem letzten Wahlsonntag für alle sichtbar. Im Büro zeigt uns Marine Le Pen ihr Lieblingsbild, ein Gemälde in Öl. «Le toit du monde» heisst es. Ein hoher Turm, versetzt mit schiefen Stufen. «Es zeigt die Treppe zur Macht, bis auf das Dach der Welt», erklärt sie. Es hängt direkt gegenüber ihrem Schreibtisch – wenn sie von der Arbeit aufschaut, hat sie es stets im Blick. «Toll!», sagt sie mit breitem Lächeln. «Finden Sie nicht?» ○

«Wie nach einem Krieg»

Die Classe politique reitet Rodeo, die EU surft auf der Angst, Frankreich gleicht einer alten Schauspielerin: Nach ihrem Wahltriumph erklärt Front-national-Chefin Marine Le Pen, wie sie ihr Land an die Spitze zurückführen will. Von Urs Gehrig und Raffaella Bachmann (Bild)

Bei den Kommunalwahlen feierten Sie einen grossen Erfolg. Der Front national (FN) hat landesweit Fuss gefasst. Ihre Partei, einst als rassistisch verdammt, spricht heute Franzosen aller Schichten und jeder Herkunft an. Erinnern Sie sich an den Moment, als Sie erkannt haben, dass Sie den Kurs der Partei ändern müssen, um zu überleben?

Ich verfolge meine politische Linie seit zwölf Jahren. Es ist die Linie, aufgrund deren ich 2011 zur Parteipräsidentin gewählt wurde. Früher hatte der Front national auf einem Bein gestanden: Immigration und Sicherheit. Ich habe der Partei ein zweites Bein verliehen: eine wirtschaftliche und soziale Vision für die französische Gesellschaft. Mit zwei Beinen können wir schneller rennen. Dies erklärt die Resultate von gestern und verspricht den Erfolg von morgen.

Ihren Erfolg verdanken Sie dem Versagen der etablierten Parteien, sagen Kritiker. Man nennt sie den Mähdrescher der geschundenen Seelen.

Das ist ein stupides Argument. Die regierende Equipe wurde zurückgewiesen, weil sie sich als unfähig erwiesen hat, die dringenden Probleme zu lösen. Jetzt haben die Franzosen genug und kehren ihr den Rücken. Wir stehen an einem Scheideweg. Die Franzosen haben gemerkt, dass es keinen Unterschied gibt zwischen der Union pour un mouvement populaire (UMP) und dem Parti socialiste (PS). Als François Hollande an die Macht kam, hatten die Bürgerlichen fünfzehn Jahre lang das Land regiert. Die Franzosen haben gedacht, mit dem PS würde eine neue Ära beginnen. Die Hoffnung wurde total zerschlagen. Wir sind am Punkt in der französischen Geschichte angelangt, an dem sich ein Sammelbecken bilden kann. Unsere politische Orientierung ist «nicht rechts, nicht links», wir haben eine andere Vision der Gesellschaft und lassen die alte Bipolarität von UMP und PS hinter uns.

Seit drei Jahren sind Sie an der Spitze des FN. Sie wollen Präsidentin Frankreichs werden. Wie würden Sie Ihr Führungsprinzip beschreiben?

Ich habe eine sehr präzise Vision von dem, was ich machen will. Vielleicht ist es Zufall, aber es kommt mir vor, als sei ich als kleines Kind in den Zaubertrank geplumpst, ein bisschen wie Obelix. Ich wurde aufgrund meiner Vision an die Spitze des Front na-

tional gewählt und bin jetzt daran, sie umzusetzen. Klarheit und Ehrlichkeit sind zentrale Eigenschaften in der Politik; es sind Qualitäten, die in der Classe politique fehlen. Was ich der Polit-Elite am meisten vorwerfe: Sie verhält sich wie beim Rodeo. Es geht ihr nicht darum, zu wissen, wohin das Pferd sich bewegt. Ihr Ziel ist einzig, so lange wie möglich auf dem Pferd sitzen zu bleiben. Mir ist wichtiger, wo ich das Pferd hinführe. Ich glaube an das Schicksal Frankreichs, ich glaube an die Nützlichkeit Frankreichs in der Welt, an seinen besonderen Weg.

Sprechen wir zuerst über die konkreten Programmpunkte Ihrer Innenpolitik. Ihr Ziel ist es, die Immigration nach Frankreich von jährlich 200 000 auf 10 000 zu reduzieren. Wie wollen Sie das erreichen?

Es geht darum, sich von den Regeln Brüssels zu lösen. Wir müssen wieder unsere eigene Souveränität erlangen. Ich glaube, jedes Volk hat das Recht, selbst zu entscheiden, wer über die Grenzen auf sein Territorium kommt. So wie jeder Hausbesitzer das Recht hat, zu entscheiden, wen er einlädt und für wie lange. Die

«Wir müssen uns von den Regeln Brüssels lösen. Wir müssen wieder unsere Souveränität erlangen.»

Situation in Frankreich ist drastisch, weil wir seit dreissig Jahren eine massive Zuwanderung erleben. Wir schaffen es nicht einmal mehr, diejenigen zu integrieren, die bereits in Frankreich sind. Wenn wir fortfahren, Leute aufzunehmen, ist das ein Drama, zuerst für die Franzosen, aber auch für die Ankömmlinge, die nichts als Feindschaft antreffen. Wenn es Arbeit gibt, macht es Sinn, Leute aufzunehmen. Aber wir haben Massenarbeitslosigkeit. Arbeitslose zu importieren, ist eine Absurdität. Wir müssen die Immigration an Kriterien binden. Wir sind ein Land, das zu grosszügig ist, das den Neuankömmlingen dieselben Rechte zugesteht wie den Eingesessenen. Es ist unmöglich, die Kosten und die Defizite, die daraus erwachsen, zu absorbieren. Die Schweiz hat mit ihrem Entscheid, die Einwanderung wieder selbst zu regeln, gezeigt, dass das eigene Volk der Souverän ist. Niemand anderes.

Abgesehen von der Immigration – was kann Frankreich von der Schweiz lernen?

Demokratie. Frankreich hat nur noch den Schein einer Demokratie. Frankreich ist wie

eine alte Schauspielerin – man hat bloss noch das Bild von dem, was sie einst war. Und man ist schockiert, wenn man sieht, was aus ihr geworden ist.

Denken Sie an eine Einführung der direkten Demokratie in Frankreich?

Absolut, vielleicht nicht in derselben Art wie in der Schweiz, mit einer solchen Kadenz von Volksentscheiden, aber wir müssen in unserem politischen System dringend zwei Dinge erneuern: erstens die Proporzwahl. Es ist untragbar für eine moderne Demokratie, dass 20 bis 25 Prozent der Franzosen [Anteil der FN-Wähler gemäss Umfragen, Anm. Red.] durch zwei Abgeordnete im Parlament und durch keinen einzigen Senator vertreten sind. Zweitens verlangen wir die Einführung des Referendums und der Volksinitiative. Um eine Abstimmung zu verlangen, braucht es in Frankreich heute vier Millionen Unterschriften und die Unterstützung durch einen Fünftel der Parlamentarier. Das ist schlicht nicht durchführbar. Wir verlangen ein Mindestlimit von 400 000 Unterschriften für ein Referendum. Bezüglich Funktionalität der Demokratie ist die Schweiz also zweifellos ein Vorbild. Aber man muss die Demokratie auch respektieren. Man darf sich nicht an dieser Maskerade beteiligen wie sie 2005 stattfand, als die Franzosen gefragt wurden, ob sie mit der EU-Verfassung einverstanden seien – als sie die Verfassung ablehnten, hat man sie über die Köpfe der Mehrheit hinweg trotzdem eingesetzt. Daran sehen Sie, wie schlecht es um die französische Demokratie steht.

Ihr Ziel ist es, die Europawahlen im Mai zu gewinnen. Welches werden Ihre ersten Schritte sein, falls Ihre Partei siegt?

Ich werde unsere Regierung sofort zur Rechenschaft ziehen. Ich werde die Auflösung des Parlaments sowie Neuwahlen nach Proporz fordern. Heute werden 80 Prozent unserer Gesetze von EU-Richtlinien vorgegeben. Wenn die Franzosen Front national wählen, sprechen sie sich dagegen aus, das heisst, sie wollen ihre Freiheit zurückhaben. Eine Neuausrichtung der Politik nach dem Willen des Volkes muss vom Parlament beschlossen werden. Wenn wir die Europawahlen gewinnen, können die UMP und der PS also nicht anders, als sich dem Volk zu stellen und Neuwahlen zu organisieren, welche die wahren Verhältnisse im Land abbilden. Man muss die Karten neu mischen,



«Es kommt mir vor, als sei ich als kleines Kind in den Zaubertrank geplumpst»: Parteichefin Le Pen.

denn sonst würde der Wille des Volkes ein zweites Mal verletzt.

Ihr Erfolg sorgt für grosse Unruhe in Brüssel und vielen Hauptstädten Europas. Man fürchtet, die EU würde zerfallen, sollten Sie einst Präsidentin Frankreichs werden. Welches wären Ihre ersten Schritte als «présidente française»? Austritt aus dem Euro-Raum? Austritt aus der EU?

Als Erstes würde ich ein Referendum organisieren. Die zentrale Frage würde lauten: «Franzosen, wollt ihr in der EU verbleiben?» Wenn nicht, würde ich zur EU gehen und sagen: «Voilà, die Franzosen wollen ihre territoriale Souveränität, ihre legislative Souveränität und ihre wirtschaftliche Souveränität zurückhaben.» In diesem Fall würde ich den Rückzug aus der EU und aus dem Euro-Raum einleiten.

Wie genau würden Sie den Austritt aus der Euro-Gruppe organisieren, ohne ein totales Chaos anzurichten?

Wir haben ja bereits das totale Chaos. Unser Kontinent, der einst der reichste der Welt war, hat seit zehn Jahren das schwächste Wachstum. Wir sind auf dem Weg zur Unterentwicklung. Nie zuvor war die soziale und wirtschaftliche Situation so schlecht. Wir haben in der EU Länder wie Griechenland, das zurück im Mittelalter angekommen ist. In Griechenland hat die Kindersterblichkeitsrate um 48 Prozent zugenommen, die Selbstmordrate hat sich verdreifacht. Das ist der Erfolg, den die EU vorzuweisen hat. Es ist ein Albtraum. Deswegen will ich das Volk über seine Zukunft entscheiden lassen. Man sagt uns, die EU könne nicht ohne Euro leben. Doch wir haben zweitausend Jahre mit unserer Währung, mit unseren Grenzen gelebt. 95 Prozent der Länder weltweit leben mit ihrer eigenen Währung, mit ihren Grenzen, mit ihren Gesetzen. Brüssel surft auf der Angst. Gemäss Prognosen von «Sankt» Barroso steuern wir auf eine Apokalypse zu, wenn wir unsere Freiheit wiedererlangen wollen. Das ist reiner Blödsinn und soll nur Furcht schüren.

Ihre Politik unterscheidet sich in einigen Kernpunkten frappant von derjenigen Ihres Vaters. In Ihrem Programm nimmt der Staat eine ausserordentlich starke Rolle ein. Er interveniert, reguliert und dirigiert. Glauben Sie wirklich, dass die Wirtschaft mit einem solchen Etatismus wieder in Schwung kommt?

Ich glaube, hier liegt ein Fehler vor bei der Analyse unseres Parteiprogramms. Der Front national hängt sehr am freien Markt, am freien Unternehmertum. In Frankreich sind der Staat und die Nation unzertrennlich miteinander verbunden. Wenn man das Land neu aufbauen muss – in dieser Situation sind wir heute –, hat der Staat eine Rol-

le als Strategie zu spielen. Eine Rolle als Impulsgeber, aber auch eine Rolle als Protektor.

Nennen Sie ein Beispiel.

Der Plan zur Reindustrialisierung Frankreichs, den ich einsetzen werde. Ich glaube nicht an ein Land ohne Fabriken. Der Staat wird eine Anzahl von Zollsteuern einsetzen müssen, um gegen die internationale Konkurrenz vorzugehen, welche die Regeln missachtet. Es ist zwingend, dass man dies progressiv über eine gewisse Zeit tut. Wir müssen jetzt investieren, damit unsere Industrie kompetitiv sein wird. Für den Moment hat der Staat die Rolle eines Baumeisters.

Wenn man Ihnen zuhört, könnte man meinen, es rede eine Sozialistin.

Unsere Situation ist eine besondere. Die Wirtschaft liegt darnieder. Es ist, als kämen wir aus einem Krieg. Wenn man aus einem Krieg kommt, spielt der Staat die Rolle eines Konstrukteurs, eines Bauers. Wenn er aufgebaut hat, zieht er sich wieder zurück. Er kann den freien Markt wieder seine Rolle spielen lassen – bis zu einem gewissen Punkt. Denn in Frankreich lieben wir unseren öffentlichen Dienst. Für uns ist das eine Garantie für die Gleichheit der Bürger.

Bei Ihren Auftritten wissen Sie mit rhetorischem Talent die Leute zu packen. Sie sprechen in Parabeln, malen mit farbigen Worten, komprimieren komplexe Sachverhalte zu einprägsamen Bildern. Schreiben Sie Ihre Reden selbst?

Ich habe Mitarbeiter; wie jeder, der täglich eine neue Rede hält. Aber ich setze den Reden immer meinen Stempel auf. Eine der Qualitäten, die ich habe, ist meine Kraft der Überzeugung. Ich habe diese Kraft, weil ich an das glaube, was ich sage. Das unterscheidet mich stark von der Classe politique, die an nichts mehr glaubt. Ich versuche, bildlich zu sprechen, damit die Leute unsere typisch französische Eigenheit spüren. In Marseille habe ich meine Rede mit den Worten beendet: «Marseiller, seid Marseiller, denn das ist



«Begreife es endlich! Frauen sind unterdrückt.»

es, was Frankreich von euch erwartet! Franzosen, seid Franzosen, denn das ist es, was die Welt von euch erwartet!» Ich glaube stark daran, dass die Welt von Frankreich erwartet, dass es französisch ist. Voilà.

Sie suchen den Schulterschluss mit nationalistischen Parteien aus ganz Europa. Haben Sie Ihre Fühler auch in Richtung Schweizerische Volkspartei (SVP) ausgestreckt?

Nein, ich habe keinen Kontakt mit der SVP. Aber das kommt vielleicht noch. Wir waren während sehr langer Zeit Opfer einer Karikatur. In Parteien, welchen dasselbe widerfahren ist, weil sie eine isolationistische Linie vertreten, sagt man sich: «Es reicht, dass ich verteufelt wurde, ich will meinen Nachbarn nicht auch noch verteufeln.» Geert Wilders von der Partei der Freiheit in den Niederlanden wollte zu Beginn keinen Kontakt mit irgendjemandem. Heute ist er sich bewusst, dass alle Völker Europas nach der Verteidigung ihrer Identität streben, nach einer Wirtschaft, die respektvoll ist. Darum hat er die Initiative ergriffen, mit anderen Parteien Kontakt aufzunehmen, die sich für die Rückkehr zu starken souveränen Nationalstaaten einsetzen. Ich bin sicher, dass die SVP eines Tages auch dazugehört wird. Zusammen sind wir stärker als jeder für sich allein.

Sie plädieren für eine multipolare Welt. Der amerikanischen Weltmacht solle ein starkes Russland entgegengestellt werden. Trauen Sie den Russen mehr als den Amerikanern?

Ich habe absolut keinen Grund, Russland a priori böse Absichten zu unterstellen. Ich denke, Russland ist ein Land, das einen kommunistischen Albtraum erlebt hat. Ich kann begreifen, wenn die Russen nicht verstehen, dass der Westen sie schlechter behandelt als zu Sowjetzeiten. Russland ist ein natürlicher Partner in Europa und eine grosse Nation. Man muss Russland in das Konzert der Nationen einfügen und nicht hinter einer neuen Berliner Mauer verstecken. Das ist nicht in unserem Interesse, und es ist nicht im Interesse der Russen. Ich denke, eine multipolare Welt ist eine stabilere Welt. Eine unipolare Welt ist eine Welt des Exzesses. Wir wissen: Wenn die Macht in einer Hand ist, ist man in Gefahr. Ich bin immer wieder erstaunt über die verblüffende Heuchelei in den europäischen Hauptstädten. Da verurteilt man Russland und rollt gleichzeitig den roten Teppich für Länder aus, in denen das Niveau der Demokratie im Keller liegt, Länder wie Saudi-Arabien, Katar oder China. Ich sage nicht, wir sollten keine Beziehungen zu China haben. Aber man kann nicht gleichzeitig Moskau den Prozess machen und Peking mit offenen Armen empfangen. Das ist eine tiefe Ungerechtigkeit.

Sie haben das Referendum auf der Krim als legitim bezeichnet ...

... entgegen den meisten europäischen Parteien und Politikern der ganzen Welt! Immerhin wurde Völkerrecht verletzt. Wie kommen Sie dazu, diesem Akt Ihren Segen zu geben?

Erlauben Sie mir, an die Inkohärenz der EU zu erinnern. Es hat die EU nicht gestört, der Kosovo aus Serbien rauszureissen. Das haben die Amerikaner in die Wege geleitet. Die Europäer kritisieren die Präsenz der Russen auf der Krim sehr heftig, aber Europa hat kein Problem, mit der Türkei über einen Beitritt zur EU zu diskutieren, obwohl das Land Nordzypren besetzt hält. Es gibt hier, man sieht es genau, eine Unehrlichkeit. Zweitens: Die EU ist verantwortlich für das Referendum auf der Krim, denn die EU hat erkannt, dass die Regierung von Kiew eine revolutionäre Regierung ist. Deren erste Entscheidung war, die verfassungsgebende Instanz aufzulösen. Es gibt keine Verfassung mehr in der Ukraine. Es war die Verfassung, welche die Einheit der Ukraine garantierte. Es war die Verfassung, die der Krim verbot, ein Referendum über die Selbstbestimmung durchzuführen. Da die Verfassung ausgesetzt wurde, war es legitim, auf der Krim ein Referendum über den Anschluss an Russland durchzuführen. Wenn man der Logik der EU folgt, wenn das Referendum

illegal sein soll, dann ist also Janukowitsch immer noch der Präsident der Ukraine. Welche Rolle sehen Sie für Frankreich auf der Welt? Würden Sie als Präsidentin militärische Interventionen ablehnen? Aus der Nato austreten?

Ja, ich glaube, ein Austritt aus der Nato ist absolut entscheidend, damit Frankreich seinen eigenen Weg in der Welt wiederfindet, diesen Weg der Vernunft und Weisheit. Die Nato erscheint wie ein Angriffsclub der USA. Unter General de Gaulle war Frankreich an der Spitze der blockfreien Staaten. Wir müssen diese Unabhängigkeit wiederfinden. Diese Unab-

«Man kann nicht Moskau den Prozess machen und Peking mit offenen Armen empfangen.»

hängigkeit erlaubt Frankreich, seine Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen. Wenn es an der Seite der USA heult, hat Frankreich keine Glaubwürdigkeit mehr. Frankreich bringt es nicht mehr zustande, Leute an einen Tisch zu bringen. Es sind die Deutschen, die dies tun. Das ist bedauerlich. Mir ist es lieber, wenn Frankreich diese Rolle spielt.

Sie zitieren sehr oft de Gaulle, auf welchen Ihr Vater mit Verachtung hinunterblickte. Welches sind Ihre geistigen Vorbilder?

All jene, die Frankreich aufgebaut haben. De Gaulle war ein Mann, den ich in gewissen Belangen heftig kritisiert habe. Aber er war, abgesehen vielleicht von François Mitterrand, der letzte Präsident, der eine echte Vision der Unabhängigkeit und Freiheit Frankreichs hatte. Die Freiheit unseres Landes war Charles de Gaulle wichtiger als alles andere. Ich teile diese gaullistische Vision der Freiheit, bin aber keine Gaullistin. Denn im Gaullismus gibt es auch die Algerienaffäre und die sehr zu verurteilende Art, wie de Gaulle die Harkis, die algerischen Gehilfen der französischen Armee, und die Pieds-noirs, die Algerienfranzosen, behandelte.

Gibt es etwas in Ihrer Karriere, das Sie bedauern?

Wenn man sich in einem Kampf behaupten muss, der so schwierig ist wie der unsere, gibt es bestimmte Dinge, die man hätte anders machen können. Aber man muss nach vorne blicken. Es bringt nichts, wenn man dauernd sagt: «Ich hätte müssen – ich hätte sollen.» Wir schreiten voran mit unseren Qualitäten, mit unseren Mängeln, mit einer relativen Bescheidenheit, die der Classe politique fehlt. Wir kämpfen für etwas, was grösser ist als wir selbst. Das macht unseren Kampf zu etwas radikal anderem als den Kampf der anderen. ○



FM 93.6 **RADIO 1** DIE WELTWOCHEN

ROGER GEGEN ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.
LIVE AUS DEM HOTEL SHERATON IN ZÜRICH
7. APRIL 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR
EINTRITT CHF 15.- INKL. WELCOME-DRINK
NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).



Das grosse Reinemachen

Ägypten ist wieder ein Polizeistaat, in dem Andersdenkende weggesperrt werden. Trotzdem haben viele Menschen Hoffnung. Sie glauben an Ex-Armeechef Abdel Fattah al-Sisi. *Von Kurt Pelda*

Es ist eines der Wahrzeichen Kairo, ein Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt: das Ägyptische Museum im Herzen der Hauptstadt mit seiner etwas verstaubten, weltweit aber einzigartigen Sammlung altägyptischer Kunst. Ausländer, die sich die ausgestellten Schätze ansehen wollen, sind allerdings selten geworden. Im Garten posieren junge Ägypter mit einer blonden Europäerin vor einer mit Hieroglyphen beschrifteten Stele, als wäre die Frau die Sehenswürdigkeit des Museums. Die jungen Männer warten brav, bis sie an der Reihe sind, während die Ausländerin für die Erinnerungsfotos in die Kameras lächelt. «Danke, dass Sie Ägypten besuchen – trotz der Hetze der internationalen Medien gegen unser Land», sagt einer der Männer. «Es gibt überhaupt keinen Grund, sich bei uns nicht sicher zu fühlen.»

«Der Boss»

Damit hat der Mann recht. Vor dem Museumsgarten sind rund zwanzig Schützenpanzer geparkt. In den Drehtürmen der ockerfarbenen Kettenfahrzeuge warten Soldaten, schussbereit hinter schweren Maschinengewehren. Alle Museumsbesucher, die Touristen eingeschlossen, müssen an den Panzern und den vielen Uniformierten vorbei, um zum Haupteingang zu gelangen. Doch die Armee steht hier nicht bereit, um die Museumsschätze zu sichern, sondern den keine 300 Meter entfernten Tahrir-Platz. Bereits zwei Regierungen, jene von Diktator Mubarak und die des demokratisch gewählten Muslimbruders Mursi, wurden durch Grossdemonstrationen auf dem Tahrir weggefeht. Das soll nach dem Willen der Militärs, die seit Mursis Sturz im letzten Juli das Sagen haben, nicht noch einmal passieren. Bei der kleinsten regierungsfeindlichen Regung würden die Panzer vor dem Museum die Motoren anwerfen und den Widerstand niederwalzen.

Bezeichnend für die Haltung der Militärjunta ist es, dass sich unter den bereitstehenden Fahrzeugen kein einziger Wasserwerfer befindet. Mit brutaler Gewalt soll die nach wie vor Millionen zählende Anhängerschaft der Muslimbrüder in Schach gehalten werden. Wer die Militärjunta öffentlich kritisiert, gerät schnell in den Verdacht, die «Terroristen» zu unterstützen, wie die Muslimbrüder nun offiziell heissen. Diese pauschale Verunglimpfung haben auch die gleichgeschalteten ägyptischen Medien übernommen.

Viele Ägypter haben sich die Bärte abrasiert. Ibrahim, ein Mitarbeiter einer Softwarefirma

mit einer gewissen Sympathie für die Muslimbrüder, ist einer von ihnen. «Wer einen Rauchschebart trägt und sich offen als Muslimbruder bekennt, kann leicht angepöbelt werden oder schlimmer. Darum sind glattrasierte Gesichter, anders als unter Mursi, wieder in Mode.» Nur wenige wagen es noch, sich gegenüber Ausländern als Anhänger der Bruderschaft zu erkennen zu geben. «Al-Sisi ist ein Mörder», raunt mir ein Strassenhändler im Vorbeigehen zu. Wenige Meter entfernt hängt ein riesiges Poster von Abdel Fattah al-Sisi an einer Hauswand. Der Feldmarschall, Armeechef und Drahtzieher hinter Mursis Sturz trägt wie meistens eine dunkle Sonnenbrille. «Der Boss», steht darüber in grossen arabischen Lettern.

Seine Generalsuniform hat al-Sisi inzwischen gegen einen dunklen Anzug getauscht, damit er im Juli bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren kann. Es gibt kaum Zweifel, dass al-Sisi, «der Retter der Nation», haushoch gewinnen wird. Wie um den Weg zum Sieg zu ebnen, werden nun die letzten Reste der Muslimbruderschaft zerschlagen. In Minya, 220 Kilometer südlich von Kairo, verurteilte ein Gericht kürzlich 529 Muslimbrüder wegen Mordes an einem Polizisten zum Tod, 398 von ihnen in Abwesenheit. Wer sich nicht ins Ausland absetzen konnte, droht al-Sisis grossem Reinemachen zum Opfer zu fallen.

Ahmed ist ein Fremdenführer in der oberägyptischen Stadt Luxor. «Nach den Präsidentschaftswahlen wird endlich Ruhe einkehren», meint er. «Alle warten doch bloss darauf, dass al-Sisi die Macht auch offiziell übernimmt. Dann werden hoffentlich auch die Touristen wieder zurückkommen.» Ahmed spricht aus, was viele Ägypter hoffen. Auch wenn wenig darauf hinweist, dass der 59-jährige al-Sisi die immensen wirtschaftlichen Probleme des Landes entschieden anpacken wird, bleibt der ehemalige Feldmarschall die Lichtgestalt für weite Be-



«Retter der Nation»: ägyptischer Politiker Abdel

völkerungsteile. Dass er die inkompetenten Muslimbrüder von der Macht vertrieben hat, rechnet ihm die Mehrheit des Volks hoch an. Al-Sisi werde es schon richten, meint Ahmed, der zu jenen gehört, die wirtschaftlich am meisten gelitten haben. «Vor der Revolution führte ich praktisch jeden Tag Touristen herum. Heute muss ich dagegen von Glück reden, wenn ich alle zehn Tage einmal einen Kunden habe. Ich verdiene noch fünf bis zehn Prozent dessen, was ich vor dem Januar 2011 einnahm.»

In Luxor ist die Misere mit Händen zu greifen. Rund sechzig leere Kreuzfahrtschiffe dümpeln am Ufer des Nils vor sich hin. Vor den berühmten Gräbern im nahe gelegenen Tal der Könige bilden sich keine Warteschlangen mehr. Belebt wird es hier höchstens noch, wenn ägyptische Schulklassen lärmend von einer Gruft zur nächsten ziehen. Es ist nicht bloss die Angst vor Demonstrationen und Aufruhr, die Ausländer vom Nil fernhält. Spätestens seit dem Bom-



Fattah al-Sisi

benanschlag auf einen Touristenbus auf der Sinai-Halbinsel, bei dem im Februar drei Südkoreaner und ein Ägypter getötet worden waren, verschärften westliche Aussenministerien ihre Reisewarnungen. Auch die Schweiz rät vor Reisen auf die Sinai-Halbinsel dringend ab – wegen Hinweisen auf eine «konkrete terroristische Bedrohung gegen touristische Ziele».

Reiseveranstalter fliegen ihre Kunden nun in die Badeorte an der Westküste des Roten Meers, die als sicherer gelten. Seit der Revolution haben sich vor allem im nördlichen Sinai Kidnapper, Kriminelle und Terroristen der Organisation Ansar Beit al-Maqdis (die «Unterstützer von Jerusalem») breitgemacht. Diese relativ junge Bewegung verfügt über Kontakte zu Dschihadistengruppen im Gazastreifen und in Syrien. Seit Mursis Sturz erhält sie auch Zulauf von gewaltbereiten Muslimbrüdern. Ihre Terroranschläge richten sich nicht nur gegen Ziele auf dem Sinai, sondern zunehmend auch gegen Regimevertre-

ter am Nil selbst. Die Waffen kommen zum Teil aus dem Gazastreifen, vor allem aber aus den Nachbarländern Sudan und Libyen. Darunter befinden sich auch Flugabwehrlenk Waffen.

Zurück auf Feld eins?

Ansar droht inzwischen ausländischen Touristen mit dem Tod. Allerdings lässt sich die Situation an der Westküste des Roten Meers nicht mit jener auf dem Sinai vergleichen. Die Zufahrtsstrassen zu Badeorten wie Hurghada lassen sich leicht kontrollieren. «Die Bevölkerung lebt vom Tourismus und weiss, dass sie wachsam bleiben muss», meint Fremdenführer Ahmed. «Uns fällt sofort auf, wenn Auswärtige auftauchen. Polizisten und Geheimdienstleute in Zivil sind allgegenwärtig.» Ägypten ist wieder ein Polizeistaat wie unter Mubarak.

Al-Sisi wird es als Präsident nicht leichtfallen, die grassierende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder das riesige Loch im Staatshaushalt zu stop-

fen, zum Beispiel durch eine Senkung der ausufernden Subventionen für Treibstoff und Grundnahrungsmittel. Selbst die vielen Milliarden Dollar, die Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate an den Nil pumpen, können da nicht viel mehr ausrichten, als den Staat gerade über Wasser zu halten. Doch immerhin ist Ägypten entgegen der Unkenrufe mancher Beobachter nicht im Bürgerkrieg versunken. Ist das Land nach der Revolution wieder zurück auf Feld eins, wie das westliche Medien gerne behaupten? Mona Iraqi, eine Journalistin und Filmemacherin in Kairo, ist da gegenteiliger Meinung. «Anders als unter Mubarak ist sich das Volk heute seiner Macht bewusst», sagt sie. «Es ist gar nicht so schlecht, wenn sich die Feinde der Demokratie jetzt gegenseitig aus dem Weg räumen. Bringt die Armee den Ägyptern aber kein besseres Leben, wird es eine dritte Revolution geben. Und das weiss auch al-Sisi.» ○

Dubioser Nationalheld

Stepan Bandera (1909 – 1959) ist Vorbild für die Anti-Russland-Bewegung in der Ukraine. Seine Vergangenheit ist dunkel. Im Zweiten Weltkrieg verfolgte er die Juden. Während der kommunistischen Herrschaft durfte sein Name nicht erwähnt werden. Danach wurde er zur Kultfigur. *Von Pierre Heumann*

Als Wladimir Putin am 18. März die Annexion der Krim rechtfertigte, fiel wiederholt der Name Bandera. Die neue Regierung in Kiew, sagte Wladimir Putin sinngemäss, richte sich nach dem ideologischen Erbe Banderas aus. Aber, fügte er warnend hinzu, die Krim werde nie in Banderas Fussstapfen treten.

Auch wenn im Westen der Name Bandera praktisch unbekannt ist: In Russland, in Polen und vor allem in der Ukraine weiss man Bescheid. Stepan Bandera, 1909 geboren, kollaborierte mit den Nazis, weil er hoffte, mit Hilfe der Deutschen die Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion durchsetzen zu können. Mit Adolf Hitler teilte er zudem die Obsession, dass die Juden vernichtet werden müssen.

Bandera, der zu Russlands Erzfeinden gehörte, hat in grossen Teilen der Ukraine bis heute eine Fan-Gemeinde. Dem deutschen Osteuropa-Spezialisten Andreas Umland, der in der ukrainischen Hauptstadt über Entwicklungen in Europa doziert, war schon zu Beginn der Proteste gegen Wiktor Janukowitsch im Dezember aufgefallen, dass sich nationalistische Slogans und Symbole ausbreiteten, die auf Bandera und die radikale Abspaltung der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) zurückgehen.

Beziehungen zu deutschen Neonazis

In einem Beitrag für die englischsprachige *Kyiv Post* beschreibt Umland, wie Stepan Bandera mit seiner OUN zum Helden und Vorbild hochstilisiert wird. Entsprechende Propaganda auf dem Maidan wurde vor allem von der Swoboda-Partei verbreitet, auch von Oleg Tjagnibok, dem Fraktionsvorsitzenden. Tjagnibok, der sich in feurigen Reden auf die Ideologie Banderas berief, war einer der «Helden der Euro-Maidan-Revolution», bringt Brian Bonner, Chefredaktor der *Kyiv Post*, die heutige Relevanz des ultrarechten Anführers auf den Punkt. Heute ist die Swoboda-Partei, die mit Neonazis in Deutschland beste Beziehungen pflegt, an der Regierung beteiligt.

Man könnte das als unerwünschte Begleiterscheinungen einer nationalen Revolution abtun. Doch die Ukraine ist ein Sonderfall. Patriotische Symbole und Ideologien, die sich auf das Gedankengut ukrainischer Nationalisten stützen, seien «implizit separatistisch», meint Umland.

Die Bedrohung von rechts aussen ist für die Ukraine deshalb mindestens so prekär wie die militärische Bedrohung durch Russland. Es bestehe die Gefahr, dass sich die prominent

auf tretenden Rechtsausser-Nationalistengruppen permanenten Einfluss sichern würden, warnen die drei Historiker Tarik Cyril Amar, Omer Bartov und Per Anders Rudling in einem Artikel, den sie gemeinsam fürs Internetmagazin *Tablet* verfasst haben. Damit würde dem Land der Weg zu mehr Demokratie und zu einer liberalen Gesellschaftsordnung verbaut.

Bandera gehört zu den umstrittensten Persönlichkeiten der ukrainischen Geschichte. Die einen halten ihn für einen Freiheitshelden, die anderen für einen gefährlichen Terroristen und Separatisten. Für eine Nation, die (unter anderem) mit Russland, Polen und Deutschland verfeindet war, blieb die Loyalitätsfrage stets eine komplizierte und heikle Angelegenheit. Im Zweiten Weltkrieg war die Ukraine mit deutschen und russischen Kolonialisierungsplänen konfrontiert, fasst Timothy Snyders, Autor des Buches «Bloodlands:

Europa zwischen Hitler und Stalin», die Identitätsprobleme des Landes zusammen.

Bandera und seine OUN predigten einen «integralen Nationalismus». Danach galt die «ethnische Nation» als die beste Organisationsform einer Gesellschaft. Sie war von Nietzsche, Schopenhauer und dem italienischen Faschismus geprägt, strebte eine «eth-

In der Ukraine wurden in den Jahren 1941 bis 1944 rund 1,5 Millionen Juden ermordet.

nisch homogene» Nation an. Für den Vielvölkerstaat, in dem Polen, Russen und Juden lebten, war dies eine problematische Formel.

Die Kultfigur Bandera hat eine dunkle Vergangenheit. Er sei 1941 während der Pogrome in der Westukraine für den Tod von Tausenden von Ju-



Antisemitismus ist in der Ukraine salonfähig geblieben: Fackelmarsch zum Gedenken an Stepan

den verantwortlich gewesen, schreibt der Historiker Omer Bartov. Laut Bartov, der die Geschichte des Holocaust in der Ukraine erforscht hat, hätten lokale Hilfs- und Polizeikräfte den Völkermord organisiert – nicht zuletzt auch deshalb, um sich an der Hinterlassenschaft der Ermordeten zu bereichern. Ukrainische Nationalisten arbeiteten eng mit den deutschen Besatzungstruppen zusammen und spielten eine wichtige (und oft brutalere) Rolle bei der Ermordung ihrer jüdischen Nachbarn. Insgesamt wurden in der Ukraine in den Jahren 1941 bis 1944 rund 1,5 Millionen Juden ermordet. Nur in Polen wurden mehr Juden vernichtet.

Antisemitismus ist in der Ukraine salonfähig geblieben. Laut Ingmar Oldberg vom Swedish Institute of International Affairs werde antisemitische Literatur überall verkauft, darunter auch «Mein Kampf», zudem jede Menge antisemitische Bücher und Hakenkreuze für die gute Stube. Anders als das Nachbarland hat die Ukraine noch nicht damit begonnen, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Kriegsverbrecher, Nazikollaborateure und Märtyrer werden gefeiert, Bandera wird zum Heiligen erhoben.

Sein Vermächtnis wird vor allem im Westen der Ukraine häufig in Erinnerung gerufen. Im Gymnasium von Stryi, wo Bandera zur Schule

ging, würdigt eine Statue den ehemaligen Eleven; in Ternopil erinnert ein wuchtiges Denkmal an ihn; und im Stadtpark von Drohobych, der nach Bandera benannt ist, ehrt ihn eine grosse Bronzestatue. Der Park wurde übrigens dort angelegt, wo früher das jüdische Getto war; die meisten der 15 000 Juden wurden ermordet. In Lemberg wurden die Strassen in einem ganzen Stadtteil nach Anführern der «Banderisten» benannt. Ihm wurde postum sogar die Ehre zuteil, den Titel «Held der Ukraine» zu tragen. Wohl auf Protest Russlands wurde ihm diese Anerkennung allerdings wieder entzogen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die radikale Rechte eine ukrainische Massenbewegung. Die OUN unterstützte die Nazis in der Hoffnung, dass nach Hitlers Sieg über die Sowjetunion mit deutscher Hilfe ein ukrainischer Staat entstehen würde. Um den Nazis dabei zu assistieren, schrieben sich Ukrainer zu Hunderten in den von der Wehrmacht gegründeten Bataillonen «Nachtigall» und «Roland» ein. Das entsprechende Training hatten die ukrainischen

Nationalisten von der Ustascha in Italien und der Gestapo im besetzten Polen erhalten.

Doch Bandera und sein Gefolge täuschten sich. Die Deutschen dachten nicht einmal im Traum daran, der Ukraine zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Hitler betrachtete die Ukrainer als Untermenschen. Für sie sah er keinen Nationalstaat vor, sondern Versklavung,

Dezimierung und Zerstörung ihrer Städte. Das Kalkül der ukrainischen Nationalisten, den deutschen Vormarsch gegen Osten als Vehikel zu benutzen, um ihre nationalen Aspirationen zu erfüllen, wurde allerdings zum Fiasko.

Als Banderas OUN-Truppen nach einem Massaker in der Stadt Lemberg einmarschierten, wollte die OUN die Gunst der Stunde nutzen, um einen unabhängigen Staat auszurufen.

Sie beging dabei freilich den Fehler, sich nicht mit Berlin abgesprochen zu haben. Kaum war die Unabhängigkeit deklariert – es war am 30. Juni 1941 –, nahm die Gestapo Bandera und seine Mitstreiter fest. Als sie sich weigerten, die Unabhängigkeitserklärung zurückzunehmen, wurde Bandera verhaftet und zusammen mit anderen OUN-Anführern im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert.



Rechtsextremist Bandera.

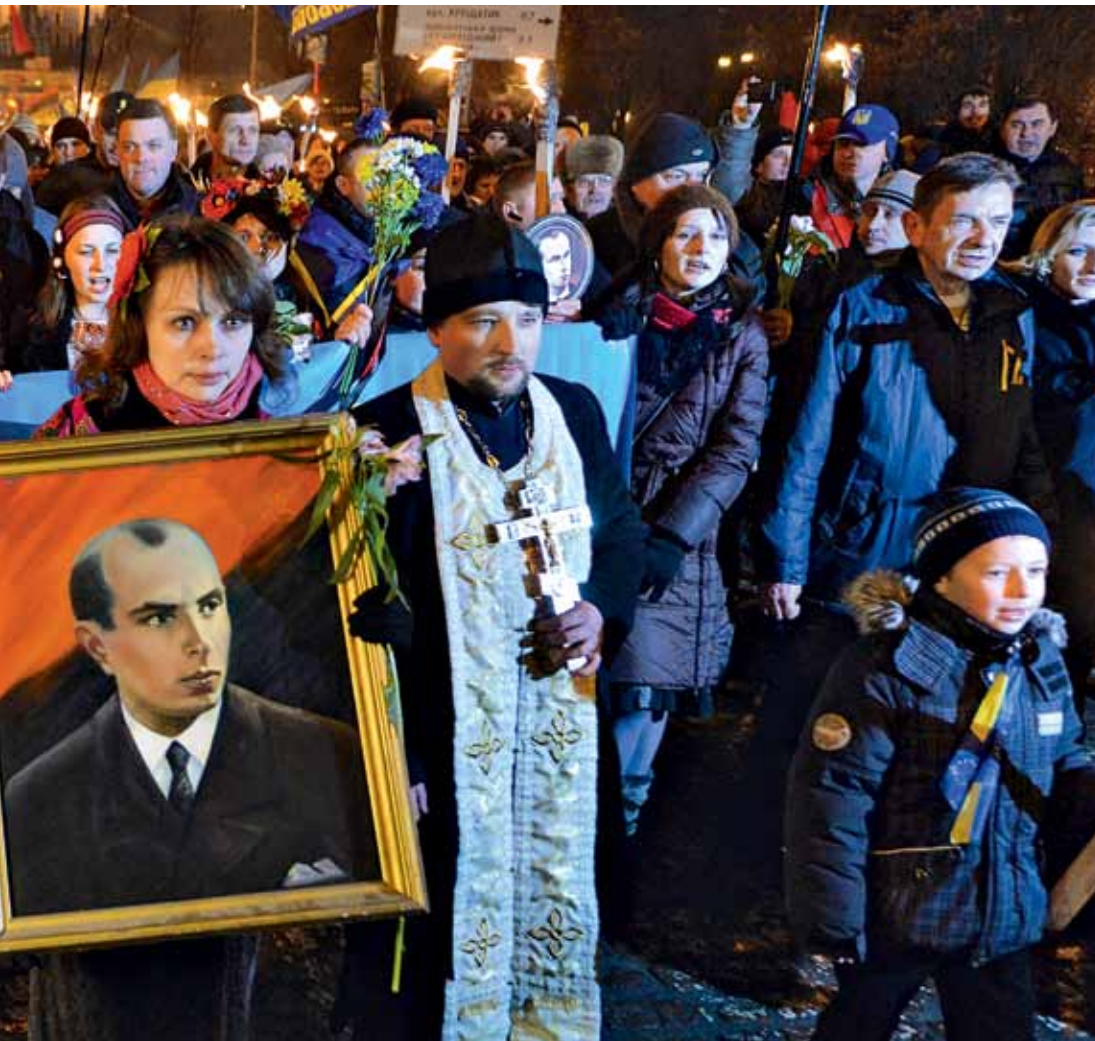
Zum Tod verurteilt

Der mörderische Eifer von Banderas Milizen blieb trotz der Enttäuschung freilich ungebrochen. Sie beteiligten sich weiterhin am Genozid, bis sie durch den Vormarsch der Roten Armee gebremst wurden.

Bandera wurde im Herbst 1944 freigelassen. Als Gegenleistung musste er an der Seite des Deutschen Reichs gegen Polen und die Rote Armee kämpfen. In die Ukraine ging er nicht mehr zurück.

Moskau setzte Bandera auf die Liste der Kriegsverbrecher. Auf der sowjetischen Fahndungsliste stand er ganz oben. Er wurde in Abwesenheit zum Tod verurteilt.

Während der kommunistischen Herrschaft durfte sein Name in der Ukraine nicht erwähnt werden. Doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde Bandera erneut zur Identifikationsfigur. Die dunklen Kapitel wurden ausgeblendet. Die Umstände seines Todes machten ihn in der Ukraine noch populärer, als er ohnehin schon war: Ein KGB-Agent brachte ihn 1959 in München mit einer Pistole um, die Blausäuredampf versprühte. Bandera wurde definitiv zum Märtyrer, zum Vorbild für jene, die Russlands Anspruch auf die Ukraine abwehren wollen. Als ob sie die Renaissance seiner Ideologie einfordern wollten, kamen zu seiner Beerdigung in München 1500 Gesinnungsgenossen. ○



Banderas Geburtstag am 1. Januar 2014 in Kiew.

«Genierlich war mir meine Herkunft nie»

Ex-Kanzler Gerhard Schröder hat sich aus ärmsten Verhältnissen an die Spitze Deutschlands hochgearbeitet. Ein Gespräch mit dem Sozialdemokraten, der nächsten Montag siebzigjährig wird, über Familie, Fussball und politische Macht. *Von Sven Michaelsen*

Das Büro einer Anwaltskanzlei in Hannover morgens um zehn. Zigarrengeruch liegt in der Luft, eine Assistentin mit Doktorgrad serviert Kaffee und Kekse. An der Wand hängen, chronologisch von links nach rechts geordnet, die berühmten Kanzlerporträts des Fotografen Konrad R. Müller. Ein Foto aus der Serie fehlt – dasjenige von Angela Merkel. Neben das Foto von sich selbst hat Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder ein Gemälde von Bismarck gehängt.

Er sei um halb sieben aufgestanden, erzählt Schröder. Dann habe er den Hund rausgebracht, die Katze gefüttert, Brote für seine Adoptivkinder gemacht, erst die ältere Tochter und dann den Sohn zur Schule gebracht und anschliessend Lebensmittel eingekauft. «Seit neun sitze ich hier im Büro und arbeite. Um zwei werde ich die Kleine abholen, den Sohn um drei. Der Grund für diesen Zeitplan ist, dass meine Frau zurzeit zwölf bis vierzehn Stunden am Tag arbeitet. Sie nimmt sehr, sehr ernst, was sie als Landtagsabgeordnete und Integrationsbeauftragte der Landesregierung tut.»

Herr Schröder, 1947 zog Ihre Mutter mit ihren Kindern in eine Holzbaracke in Wülfer-Bexten, fünfzehn Kilometer östlich von Bielefeld. Wie sah es dort aus?

Das Behelfsheim ragte auf den Fussballplatz vom Turn- und Sportverein Bexterhagen. Wir bewohnten zwei Zimmer ohne Bad und fliessend Wasser. In einem Anbau gab es ein Plumpsklo. Weil die Fussballer die Baracke weghaben wollten, droschen sie den Ball absichtlich an unsere Wände. An dieses Geräusch kann ich mich noch sehr gut erinnern.

Ihre Kleider stammten damals aus der Kleiderstube von der Fürsorge, auf Ihr Schulbrot kam nicht Wurst, sondern Zucker. War es wörtlich gemeint, als Sie einmal sagten, Sie hätten «jahrelang Fensterkitt gefressen»?

Das war eine Übertreibung, aber es ist richtig, dass es uns nicht besonders gut ging und wir Kinder immer Hunger hatten. Mein Vater war fünf Monate nach meiner Geburt an der Ostfront gestorben, meine Mutter musste fünf Kinder durchbringen.

Was war Ihr Lieblingsgericht als Kind?

Jede Form von Fleisch, denn Fleisch gab es, wenn überhaupt, nur sonntags. Unter der Woche gab es Linsen-, Erbsen- oder Graupensuppe. Wir Kinder haben Suppen gehasst, vor allem die mit Graupen. Merkwürdigerweise esse ich heute Suppen und Eintöpfe sehr gern. Als Kind konnte ich Steckrüben nicht leiden. Heute ist eines meiner Lieblingsgerichte Steckrüben mit Gänseklein. Leider kann das kaum noch jemand zubereiten.

Ihre Familie war auf Armengeld angewiesen, und Eltern schärften ihren Kindern ein: «Mit denen wird nicht gespielt! Das sind Asoziale!» War Scham das alles überschattende Gefühl in Ihrer Kindheit?

Nein. Genierlich war mir meine Herkunft nie. Meine Kindheit war eine durchaus glückliche. Dafür ist das unendlich optimistische Gemüt meiner Mutter verantwortlich. Sie hatte die Fähigkeit, auch schlimmsten Situationen stets eine positive Seite abzugewinnen.

«Mein Idol war Perry Mason aus der gleichnamigen Fernsehserie. Er verteidigte Unschuldige.»

Dem Journalisten Günter Gaus sagten Sie einmal: «Ich habe darunter gelitten, dass bestimmte Alterskollegen, Mädchen wie Jungs, nicht mit mir gespielt haben. Und vielleicht ist das einer meiner Antriebe.»

In der Anfangszeit sah uns die Dorfgemeinschaft als Aussenseiter. Das Gefüge von Oben und Unten war klar geregelt, und mir wurde oft genug klargemacht, dass ich unten bin. Diese Zurücksetzung spürte ich, aber dennoch ist es nicht so, dass ich unter meiner Kindheit gelitten hätte. Meine Mutter liess uns freien Lauf und hat uns nie geschlagen. Natürlich musste man sich durchbeissen und früh am Morgen beim Bauern Rüben verziehen, aber es gab genügend Erfolgserlebnisse. Ich habe von Anfang an meine Heimat im Fussballverein gesehen. Über das Kicken konnte man sich einen Platz in der Dorfgemeinschaft erkämpfen. Deshalb fühlte ich mich nach einiger Zeit durchaus integriert.

«Fussball konnte Glanz erzeugen», schreiben Sie in Ihrer Autobiografie.



«Spuren bleiben immer»: Altkanzler Schröder.





«Ich möchte keine Phase missen»: Gerhard Schröder (ganz links) in den 1950er Jahren.

Gerhard Schröder

Gerhard Schröder wurde 1944 auf einem Bauernhof in Mossenberg (Nordrhein-Westfalen) geboren. Sechs Monate nach seiner Geburt starb sein Vater bei einem Rückzugsgefecht der Wehrmacht im heutigen Rumänien. Der Vater, ein Wanderarbeiter, hatte seinen Sohn nie gesehen. Schröder machte eine Lehre in einem Porzellangeschäft, das Abitur erlangte er 1966 auf dem zweiten Bildungsweg. Er studierte Jura an der Universität Göttingen, arbeitete als Rechtsanwalt in Hannover und verteidigte unter anderen den als RAF-Terroristen inhaftierten Horst Mahler. Parallel dazu startete er seine politische Laufbahn. Bei den Jungsozialisten schaffte er es bis zum Bundesvorsitzenden. 1990 wurde er als SPD-Spitzenkandidat zum niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt, 1998 zum deutschen Bundeskanzler. Von 1999 bis 2004 war er Vorsitzender der SPD. Nach seiner Wahlniederlage gegen Angela Merkel 2005 arbeitete er wieder als Jurist und nahm zahlreiche Beratungsmandate an, unter anderem beim Schweizer Verlagshaus Ringier und beim russischen Erdgasgiganten Gazprom. (www)

In den fünfziger Jahren gab es auf den Dörfern ausser Fussball so gut wie keine Abwechslung. Fernsehen gab es nicht, jedenfalls nicht für uns, und Radiohören war keine wirkliche Beschäftigung für uns Jungs. Wenn wir nicht in der Schule waren, waren wir halt draussen Fussball spielen, im Sommer wie im Winter. Da wir als kleine Jungs noch keinen Fussball besaßen, kickten wir mit leeren Blechdosen – was den Schuhen nie so besonders gut bekommen ist. Deswegen hatte ich neben meinen Alltagsschuhen ein Paar Sonntagsschuhe. Wenn ich die anhatte, war Spielen verboten, denn meine Mutter wusste, dass ich gegen alles trete, was auf der Strasse liegt und beweglich ist.

Sie waren zehn Jahre alt, als Helmut Rahn 1954 das 3:2 gegen Ungarn schoss und Deutschland Weltmeister wurde. Wie haben Sie diesen Tag erlebt?

Das weiss ich noch sehr genau. Im Nachbarort Knetterheide gab es eine Gastwirtschaft, in deren Saal man ein Fernsehgerät aufgestellt hatte. Der Eintritt betrug fünfzig Pfennig, aber die hatte ich nicht. Ich konnte mich an der Kasse vorbeischieben, ohne zu bezahlen, und habe das Spiel atemlos verfolgt. Die Aufstellung der deutschen Mannschaft kann ich immer noch auswendig.

Ist Ihre bündige Rhetorik auf dem Fussballplatz entstanden?

Nein. Eine rednerische Begabung entwickelt sich nicht, indem man mit Gleichaltrigen spielt. Ich verdanke meine Art, Reden zu halten, meiner späten Bildungskarriere mit nachgeholtem Abitur am Westfalen-Kolleg in Bielefeld und meinem politischen Engagement, das mit achtzehn, neunzehn begann. Anfangs bin ich fürchterlich verdroschen worden von sehr viel gewandteren Rednern, die ich zu kritisieren versucht hatte.

«Was ich erreicht habe, habe ich nicht Beziehungen zu verdanken, sondern meiner eigenen Leistung.»

Wer war Ihr Romanheld als Kind?

Tom Fox und Billy Jenkins. Die beiden waren die Helden in Wildwestgeschichten, die damals in Heftform erschienen.

Ihre Biografen schreiben unisono, Ihre damaligen Lebensumstände hätten Ihren Ehrgeiz beflügelt und zu Ihrer Ein-Mann-will-nach-oben-Vita geführt. Hätte aus Ihnen nicht ebenso gut ein Hartz-IV-Empfänger werden können?

Nein. Dauerhaft von staatlichen Alimenten zu leben, wäre in unserer Familie undenkbar gewesen. Meine Mutter hat sechzehn Stunden am Tag gearbeitet. Erst mit siebzig gönnte sie sich Ruhe. Es ist ihre Lebensleistung, dafür gesorgt zu haben, dass ihre fünf Kinder auf eigenen Füßen stehen. Jeder von uns sollte «was Besseres» werden, wie es im damaligen Sprachgebrauch hiess.

Als Sie die achte Klasse der Volksschule besuchten, absolvierten Sie bei der Deutschen Bundesbahn den Aufnahmetest als Bundesbahn-Jungwerker – ohne Erfolg.

Der Theorie teil machte mir keine Probleme, aber bei den praktischen Übungen bescheinigte man mir zwei linke Hände und liess mich durchfallen. Ich habe dann mit vierzehn Jahren eine Lehre als Einzelhandelskaufmann begonnen.

Als Sie in Ihrer ersten guten Hose als Verkäufer in der Gemischtwarenhandlung August Brand in Lemgo anfangen, sagte der Inhaber: «Der ist ja so klein, da muss ich ja eine Fussbank hinter den Tresen stellen.» Welche Erinnerungen haben Sie an Ihre Zeit als Ladenschwengel?

Keine so glanzvollen, muss ich sagen. Ich sollte Porzellan, Küchengeräte, Spielzeug und Kinderwagen verkaufen, aber in den ersten beiden Lehrjahren war ich die meiste Zeit mit Ein- und Auspacken und Saubermachen des Linoleumfussbodens beschäftigt. Es war nicht unbedingt die privilegierteste Zeit in meinem Leben, die ich bei August Brand verbracht habe, aber es gibt da eine hübsche Geschichte. Als ich Kanzler war, und der Laden in Schwierigkeiten ge-

riet, stand in irgendeiner Zeitung, dass meine Wirtschaftspolitik für die Probleme verantwortlich sei. Ich antwortete, dem sei nicht so. Wäre ich bei August Brand geblieben, dann wäre das heute ein florierender Grossbetrieb mit Filialen, verstreut über ganz Deutschland.

Wer Sie zu jener Zeit fragte, was Sie nach der Lehre machen wollten, erhielt stets die gleiche Antwort: «Ich will mal einen Beruf haben, in dem ich viel reden und reisen kann.» Was schwebte Ihnen damals genau vor?

Ich wollte schon damals Rechtsanwalt werden, weil mich dieser Beruf faszinierte. Mein grosses Idol war der Strafverteidiger Perry Mason aus der gleichnamigen amerikanischen Fernsehserie. Er verteidigt Unschuldige, denen ein Verbrechen zur Last gelegt wird. In einem dramatischen Finale im Gerichtssaal entlarvt er dann den tatsächlichen Täter. Unschuldige in letzter Sekunde raushauen: Das ist der Traum, der jedem jungen Juristen vor Augen steht, der Anwalt werden will.

Wenn Ihre Mutter verzweifelt war, versuchten Sie, sie mit dem Satz zu trösten: «Irgendwann werde ich dich mit einem Mercedes abholen.»

Daraus wollte Mercedes-Benz mal eine Werbekampagne machen. Das musste ich aber ablehnen. Das Versprechen, sie mit einer Limousine abzuholen, habe ich dann ja wahr gemacht, wobei es halt meist ein Audi war.

Yves Saint Laurent sagte mit siebzehn Jahren zu seiner Mutter: «Irgendwann wirst du meinen Namen in Goldbuchstaben über den Champs-Élysées sehen.» Wussten auch Sie tief im Inneren, dass aus Ihnen etwas werden würde?

Ich war jedenfalls entschlossen dazu. Mein Hauptziel war, über den zweiten Bildungsweg die nötigen Voraussetzungen zu erwerben, um Jura studieren zu können. Mir war auch immer klar, dass mich der öffentliche Dienst – bei allem Respekt, den ich vor ihm habe – nicht interessiert. Ich wollte freier sein, als man es eingefügt in eine Bürokratie ist.

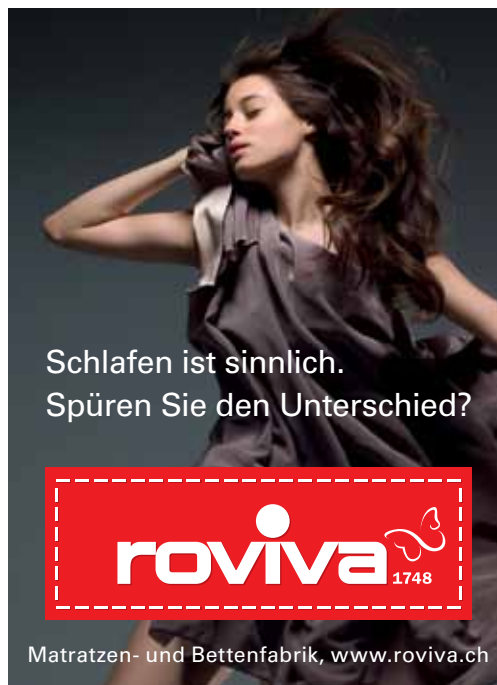
Der Vater reisender Hilfsarbeiter auf Jahrmärkten, die Mutter unehelich geborene Putzfrau, der Stiefvater ein Tagelöhner, der zwanzig Jahre lang an Tuberkulose litt, der Sohn siebter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland: Wundert Sie noch gelegentlich der märchenhafte Aufstieg des Arme-Leute-Kindes Gerhard Fritz Kurt Schröder zum Staatenlenker?

Na ja, manchmal. Wenn ich mich an die Zeit in der Behelfsbaracke erinnere, kommt mir mein Weg schon als ein selbster Glücksfall vor. An meiner Wiege war

nicht gesungen worden, dass ich mal Kanzler werde. «Märchenhaft» würde ich meinen Aufstieg aber nicht nennen, denn dahinter stand ja durchaus die Bereitschaft, hart zu arbeiten fürs eigene Fortkommen. Was ich erreicht habe, habe ich nicht Beziehungen zu verdanken, sondern meiner eigenen Leistung. Deshalb gibt es für mich durchaus Grund, stolz zu sein.

Kamen Ihnen manchmal Bilder aus Ihrer Kindheit in den Kopf, wenn Sie, das ehemalige Schmuttelkind, bei Staatsbanketten im Smoking am Jahrgangschampagner nippten?

Sie haben eine falsche Vorstellung von Staatsbanketten. Jahrgangschampagner gibt es, wenn überhaupt, nur in Frankreich. Ich bin nicht einmal ein Freund davon, auch



wenn dies gelegentlich fälschlicherweise so dargestellt wird. Zu Ihrer Frage: Wenn man geerdet bleiben will, hilft es, sich an seine Ursprünge zu erinnern. Ansonsten aber denke ich an meine Kindheit meist nur, wenn mich ein Journalist nach ihr fragt, und dann stellt sich das Gefühl einer ziemlich erstaunlichen Karriere ein.

Welche Ihrer politischen Grundsätze führen Sie auf Ihre Herkunft zurück?

Dass ich immer für höchstmögliche Zurückhaltung bei militärischen Interventionen war, hat sicher damit zu tun, dass ich der Sohn einer Kriegerwitwe bin. Eine weitere Maxime war, dass die Chance auf Bildung nichts mit dem Geldbeutel der Eltern zu tun haben darf. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft offen ist für sozialen Aufstieg.

Gefragt, welchen Preis Sie für sieben Jahre Kanzlersein gezahlt haben, sagten Sie 2009:

«Als Kanzler muss man aufpassen, dass dieses Misstrauen, das man braucht, um in diesen Strukturen zu überleben, nicht zu gross wird. Denn dann besteht die Gefahr, dass man zu zwischenmenschlichen Beziehungen gar nicht mehr fähig ist. Wer dieses Amt innehat, muss sich eine besondere Härte zulegen, um das zu ertragen, was man den ganzen Tag an den Kopf kriegt.» Hart und kalt vom Misstrauen gegen alles und jeden: Ist das das unausweichliche Charakter-schicksal unserer Politiker?

Spuren bleiben immer, wenn man mal in einem Spitzenamt war. Man muss sich frühzeitig bewusst machen, wie enorm gross die Gefahr ist, nur noch aus Misstrauen und Härte zu bestehen, und dann entsprechende Gegenstrategien entwickeln. Man braucht neben der Familie möglichst viele Freunde, die wenig mit Politik zu tun haben und ungeschminkt mit einem reden. Bei mir waren das Menschen aus Kunst und Kultur.

«Ich halte nichts davon, politische Macht mit einer Droge gleichzusetzen.»

Dass Macht eine Droge ist, merkt man erst beim Entzug. Wie lange hat der Entzug bei Ihnen gedauert?

Ich halte nichts davon, politische Macht mit einer Droge gleichzusetzen, von der man nie mehr richtig loskommt. Eine Droge schafft Abhängigkeiten, die kaum reversibel sind. So ist demokratisch kontrollierte Macht nicht. Jeder Politiker weiss von Anfang an um das Risiko, dass es nach vier Jahren zu Ende sein kann mit der Macht. Dieses Bewusstsein wachzuhalten, ist äusserst heilsam.

Was war die beste Zeit Ihres Lebens?

Ich möchte keine Phase missen, aber wenn ich mich für eine entscheiden muss, sage ich: mein jetziges Leben. Wenn ich mich frage: «Hast du dein Leben vertändelt oder nicht?», kann ich mit Selbstbewusstsein und Gelassenheit sagen: «Hast du nicht, denn deine Jahre als Bundeskanzler waren durchaus nicht ohne Erfolg.» Wichtige Entscheidungen von mir, zum Beispiel die für die Agenda 2010, stellen sich heute als richtig heraus, obwohl sie seinerzeit heftig kritisiert wurden. Hinzu kommt, dass der Druck des Amtes weg ist. Ich habe die Zeit, das Aufwachsen kleiner Kinder mitzerleben – was manchmal mit Ärger, aber meistens mit Freude verbunden ist. Mein heutiger Alltag ist schön, und ich hoffe, er dauert.

Sind Sie nachts in Ihren Träumen noch manchmal Kanzler?

Nein. Ich träume nicht, ich schlafe.

Fragen zu Russland, Wladimir Putin und Gazprom wollte Gerhard Schröder nicht beantworten.

Perfekt gescheiterte Ehe

Kaliforniens glitzerndste Utopistin Gwyneth Paltrow verweist bei ihrer Trennung von Chris Martin auf die Sehnsucht einer ganzen Generation: Menschlichkeit.

Von Tom Kummer

Frühling in Hollywood. Das Licht wird unbezwingbar, alles glüht: die Überbelichtung durch die Scheinwerfer, die Sonne in glänzenden Brillengläsern.

Gwyneth Paltrow trägt Gucci, als sie den Privatflugplatz durch einen Hinterausgang verlässt und mit ihrer neunjährigen Tochter Apple in einer Limousine untertaucht. Ihr Noch-Ehemann, Coldplay-Sänger Chris Martin – zuständig für bombastische Pophymnen, die besonders japanischen Mädchen den Verstand rauben –, hält seinen Sohn Moses an der Hand. Er wird abgeschirmt von einem Bodyguard, der den Familiendackel Warhol an die Brust drückt.

Was jetzt noch fehlt: die Blitzlichtorgie der Paparazzi. Doch hinter der Abschränkung sind bloss Blogger in Kapuzenjacken in Stellung gegangen. Die Vertreter der Promi-Presse warten ab. Die Story um das Ende eines Traumpaares muss sich erst noch böse entwickeln – wie damals der Rosenkrieg um Bruce Willis und Demi Moore. Wer soll sich schon für eine harmonisch gescheiterte Promi-Ehe interessieren – eine total nette Familie, die gerade vom Urlaub aus den Bahamas zurückgekehrt ist. Spindoktor Stephen Huvane hatte schon vor Wochen eine eindeutige PR-Lösung für seine Klientin ausgegeben: «Zeig der Welt, dass du keine kalte Seele bist! Nächstenliebe ist alles!» Klar, die Ehe ist das schwierigste Konzept auf der Welt – und bei einem Vermögen von über 300 Millionen Dollar ein Leckerbissen für die Anwälte.

Der Limo-Fahrer öffnet jetzt das Sonnendach. Der Vater starrt in Richtung Himmel. Die Mutter legt ihrem schlafenden Jungen einen schützenden Schal über den Kopf.

Noch heute stellt Gwyneth Paltrow in ihrer fahlen Schönheit die Ikone der neunziger Jahre dar. Unter langen Wimpern starrte sie von den Titelblättern auf das Panoptikum dieser Welt. Als sie sich für *Vogue* entkleidete, war ihr Körper wie federnder Stahl, rätselhaft keusch und abwehrbereit.

Tränenausbruch am Karrieregipfel

Noch heute behauptet ihre Mutter, die Schauspielerin Blythe Danner, die chronischen Kopfschmerzen ihrer Tochter hätten etwas mit einer «chemischen Minderwertigkeit» zu tun. Egal, Gwyneth sah dabei fantastisch aus – wie Catherine Deneuve im Polanski-Film «Ekel». Bald führte sie in diesem Zustand eine stille Hollywood-Revolution an: Die Jungstars des



Fahle Schönheit: Hollywood-Ikone Paltrow.

amerikanischen Kinos verschrieben sich plötzlich der totalen Menschlichkeit. Gwyneth Paltrow hegte dabei nicht bloss anspruchsvolle Ehepläne, sondern war längst ganz *deep* in die kalifornische Ideologie verstrickt – eine Utopie, die ihre Kindheit in der Bourgeoisie von Hollywood geprägt hatte: der frei schwebende Geist der Hippie-Mutter und der unternehmerische Ehrgeiz des yuppiehaften Produzentenvaters. Und als Gleitmittel: endlose, narzisstische Obsessionen mit dem Selbst.

Doch wenn Hollywoodstars zu viel Sensibilität zur Schau stellen, fällt es der Aussenwelt meist schwer, zu sagen, ob sie aufrichtig sind oder durchtrieben. Menschlichkeit wird hier zu oft von der Richtigkeit der Lüge bestimmt, die sich nach der Funktionalität bemisst. Niemand weiss das besser als Gwyneth Paltrow.

Als sie 1998 mit dem Oscar für ihre Rolle in «Shakespeare in Love» und mit dem anschließenden Tränenausbruch ihren vorläufigen Karrieregipfel erreichte, da wurden Zweifel an ihrer Empfindsamkeit laut. Die britische Presse verspottete sie als «Heulsuse» und vermutete, Paltrow verdanke ihre Karriere vor allem Brad Pitt, den sie als «grosse Liebe» und Steigbügel missbraucht habe. Ihm verdankte sie ihre erste grosse Hollywoodrolle in «Seven». Danach wollte sie Pitt zur Ehe drängen und ihre Karriere aufgeben. Doch dann passierte



Pop-Hymnen: Coldplay-Sänger Chris Martin.

etwas. Im Sommer 1997 trennte sich Gwyneth von Brad Pitt. Worauf sie in einem Interview erklärte: «Ich bin nicht reif für die Ehe.» Über die Gründe wurde sogar in Freundeskreisen heftig spekuliert: Vielleicht wollte sie über die Ränder ihrer Emotionen hinausblicken und sich vom alltäglichen Stardasein loslösen um mehr MEHR zu sein. Dieses Mehr sollte ihre neue Rolle im Leben sein. Mehr Wirklichkeit, mehr Nächstenliebe, mehr Wahrhaftigkeit.

«In Kalifornien wird erwartet, dass man experimentiert. Fehlschläge sind Lernprozesse.»

Die Limousine der gescheiterten Familie fährt jetzt in Richtung Küstenstrasse, eine bescheidene Karawane mit Video-Paparazzi im Geleit, entlang den Telefonmasten des Pacific Coast Highway und den Stämmen der Palmen, die sich im Rhythmus beugen, während ihre Kronen kreisförmig schwanken. Womöglich führt die Fahrt zur Villa von Mutter Paltrow in den Hügeln über Malibu, ins Herz der Finsternis.

Über zehn Jahre haben Gwyneth und Chris an der Utopie Ehe gearbeitet. Vielleicht hofften sie so auf eine Art kosmische Kernschmelze, eine Verbindung, die mehr sein sollte als bloss eine Glamour-Liaison: ein Konzept, vielleicht

sogar ein Manifest. So neu, dass die Welt Brad Pitt und Angelina Jolie vergessen und für Gwyneth und Chris einen neuen Begriff für *power couple* erfinden würde. Doch niemandem fiel was ein. Es blieb bei Goop.com, Paltrows Online-Plattform für eine bessere Welt, auf der unter vielen Dingen die «vernünftige Ernährung einer vierköpfigen Familie» (gut 400 Dollar am Tag verschlingend) propagiert wird – inklusive importierten Schafskäses aus Zentralafrika, «im Bürgerkrieg hergestellt».

Jenseits der Sittenschranken

Diese Sehnsucht des gescheiterten Ehepaars nach dem perfekten Lebenskonzept verweist auf eine kalifornische Ideologie, die in ihren utopischen Aufbrüchen nach innen – mehr als der europäische Hohn und Zynismus es wahrhaben will – an Bedeutung gewinnt: Gerade unter der jüngsten Garde in Hollywood und im Silicon Valley regt sich der Wille, mehr über die Ehe zu erfahren, Neues zu lernen und weiterzugeben, mit dem Risiko des Scheiterns – jenseits der vorgegebenen Sittenschranken und ererbten Lebensdoktrinen.

Das gilt nicht nur für die Zuckerbergs und die Brangelinas dieser Welt. Kein Wunder also, dass die Begriffe Scheidung und Trennung in Paltrows Ankündigung nicht gefallen sind. «Die kalifornische Ideologie verteilt keine Strafen für Managementfehler», sagte schon Apple-Gründer Steve Jobs. «In Kalifornien wird erwartet, dass man experimentiert und riskiert. Fehlschläge sind Lernprozesse.» Eine erfolgreiche Ehe gilt aber noch heute als Sensation in einem Staat, wo jede zweite Ehe geschieden wird. Sean Penn beschrieb seine Ehe mit Madonna mal als einen Waffenstillstand mit sporadischer Zweisamkeit.

Die Limo biegt jetzt ins Landesinnere ab und rast auf einer staubigen Nebenstrasse durch einen Canyon mit grüner Buschlandschaft. Vor der Paltrow-Villa haben sich Männer eines Wachdienstes aufgestellt. Die Mutter hat vorgesorgt. Blythe Danner war schon immer eine coole Ikone des kalifornischen Lebensstils, junge Gespielin von Jim Morrison von The Doors, vernarrt in die Literatur von Aldous Huxley – einfach gesagt: Gwyneth Paltrow entstammt der progressiven Elite des Sonnenstaats, in dem es eigentlich immer nur eine Strategie gab: der Glaube, dass der Mensch perfekt geboren sei und nur zu sich selbst finden müsse – in einer Kultur des Narzissmus.

Wenn also für Gwyneth Paltrow das Leben etwas kühler wird, dann fährt sie wie an jenem überbelichteten Frühlingstag zur Mutter, wirft sich in den beheizten Pool ihrer Kindheit und taucht vielleicht zur Unterwasserbeleuchtung. Dort starrt sie dann durch das blau chlorierte Wasser ins Licht. Einfach ins Licht starren – als perfekte Selbsthilfe. Das wird uns Gwyneth bestimmt bald auf Goop.com empfehlen. Das kalifornische Licht stirbt nie.



Wie federnder Stahl: Paltrow mit Tochter Apple und Sohn Moses.

Weniger Sex macht auch glücklich

Als Teenager dachte ich unentwegt an Sex, klammerte mich aber an meine Jungfräulichkeit, als wäre sie eine handsignierte Unterhose von Mick Jagger. In meiner ersten Ehe hatte ich viel Sex, in der zweiten sehr viel. Heute aber würde ich es nicht bedauern, zu wenig Sex gehabt zu haben. *Von Julie Burchill*

Zwischen dreizehn und siebzehn, als ich mein Elternhaus verliess, um Schriftstellerin zu werden (knapp vierzig Jahre später arbeite ich noch immer daran), muss ich die sexverrückteste Jungfrau der ganzen Christenheit gewesen sein. Abends lief ich herum wie ein Transvestit im Rotlichtviertel von Port Said, tonnenweise Mascara und Lipgloss im Gesicht, tanzte wie das allverruchteste Flittchen, und während der langsamen Nummern verzog ich mich auf die

Toilette und schluchzte: «Scheisstypen, lasst mich in Ruhe!» Tagsüber ging ich den Heerscharen von Männern aus dem Weg, die mir eindeutige Blicke zuwarfen, fand aber nichts dabei, den Rock meiner Schuluniform so kurz zu tragen, dass er eher einem Kummerbund glich.

Unentwegt dachte ich an Sex, klammerte mich aber an meine Jungfräulichkeit, als wäre sie eine handsignierte Unterhose von Mick Jagger. In dem Sommer, als ich dreizehn wur-

de, sass ich in Hot Pants im Park und las «Lolita», eine Sonnenbrille auf der Nase und Glace-Stängeli leckend – eine lächerliche Imitation der Romanfigur. Mir grauste vor dem Schicksal der armen Dolly Schiller, die nach der Geburt ihres Kindes starb, so jung und alles schon erlebt.

Sex mied ich wie die Pest, weil ich ahnte, dass es ganz toll sein würde. Ich ahnte, dass Sex eine undefinierbare Macht über mich ausüben



«Bitte sag, dass du nicht gerade «Boah» gesagt hast!»

würde, genau wie meine Eltern, die alles taten, um mich vor Dummheiten zu bewahren. Das junge Ding, über dessen Bett ein Plan der Londoner U-Bahn hing, wollte nicht enden wie die ganzen rebellischen Teenager, die sich in genervte junge Mütter verwandelt hatten. Allein schon der Gedanke an Schwangerschaft, Stillen und schmutzige Windeln war für mich so grauenhaft wie eine Höllendarstellung von Hieronymus Bosch.

Mit siebzehn entkam ich – und natürlich heiratete ich den ersten Mann, mit dem ich ins Bett gegangen war. In der ersten Ehe hatte ich viel Sex, in der zweiten sehr viel Sex und (nach einem sechsmonatigen lesbischen Zwischen spiel) in meiner dritten, der aktuellen und hoffentlich letzten Ehe irrsinnig viel Sex. Zwischen Mitte zwanzig und Mitte vierzig war ich monogam und sexsüchtig. Wenn ich nicht ge-

rade Sex hatte, freute ich mich darauf, erholte mich davon oder malte mir die versautesten Varianten aus. Als ich mit meinem Mann einmal an einem grossen, dunklen und schönen Schäferhund vorbeikam, sah mein Mann mich scharf an und meinte: «Bitte sag, dass du nicht gerade <Boaah> gesagt hast!»

Sollen die nimmersatten alten Männer und Frauen sich ruhig amüsieren.

Bei meiner Vergangenheit hätte ich angenommen, dass das allmähliche Nachlassen meines Sexualtriebs (heute, mit vierundfünfzig, finde ich, dass einmal am Tag reicht – mehr ist einfach Angeberei) eine Lücke in meinem Leben hinterlässt. Ich hätte geschworen, dass ich wie andere

Altersgenossen auf Knien darum betteln würde – wie etwa Cosmo Landesman (59), der kürzlich im *Spectator* prahlte: «Ich will noch immer Sex. Ist das ein Problem?», oder Monica Porter (61), die in diesem Monat ihre offenherzigen Erinnerungen «My year of Dating Dangerously» veröffentlicht hat. Ich bin echt überrascht, wenn mein (zugegeben deutlich jüngerer Mann) es innerhalb von 24 Stunden ein zweites Mal machen will. Ich meine: Gern, aber würde ich alles dafür tun? Eher nicht.

Ich werde nicht so schnell zu den Leuten gehören, die drei-, viermal im Jahr Sex haben. Aber wie einer in der Fachzeitschrift *Lancet* veröffentlichten Studie zu entnehmen ist, haben die Briten deutlich weniger Sex als noch vor zwanzig Jahren – 40 Prozent haben einmal die Woche Sex, 13 Prozent einmal alle sechs Monate und 17 Prozent noch seltener. Es ist eine bittere Ironie, dass die Briten, einst das frigideste Volk von Europa, sich als Sex-Maniacs entpuppten, um schliesslich ermattet wieder aufzubeugen.

«Ich hab jetzt zwei an der Hand»

Vielleicht ist der Grund ja ein «Allzu viel ist ungesund». In unserer durchsexualisierten Gesellschaft ist es geradezu cool, wenn jemand – wie Bartleby – «Ich möchte lieber nicht» sagt. Während es in den Sechzigern noch ausgesprochen prüde und puritanisch zuing, lösen öffentliche Sexbekenntnisse heutzutage nur noch allgemeines Gähnen aus.

Ältere Menschen mit einem wirklich erfüllten Liebesleben dürften eine Rarität sein. Kürzlich gestand mir eine Bekannte, ebenfalls Mitte fünfzig, die ich eine ganze Weile nicht mehr gesehen hatte: «Ich hab jetzt zwei an der Hand.» Gemeint waren Sexpartner – ein Mann, eine Frau, beide jünger. Aber einen zufriedenen Eindruck machte sie nicht. Sie erzählte von ihren Erlebnissen mit dem Feuer einer Frau, die ihrer Kosmetikerin von ihrem Warzenleiden berichtet.

Sollen die nimmersatten alten Männer und Frauen sich ruhig amüsieren, aber wenn ich, Gott bewahre, zwischen einer sexlosen Zukunft mit meinem Mann und einer sexvollen ohne ihn zu wählen hätte, würde ich mich für das Erste entscheiden. Am Ende meiner Tage würde ich nicht bedauern, zu wenig Sex gehabt zu haben, sondern dass mein dritter Mann nicht mein einziger Mann war und dass unser gemeinsames Leben so kurz war, selbst wenn wir hundert Jahre alt werden sollten. Vermutlich bin ich nun doch erwachsen geworden. Und dabei habe ich die ganze Zeit geglaubt, dass allein Sex uns zu Erwachsenen macht.

Copyright: *Spectator*
Aus dem Englischen von Matthias Fienbork





Narzisstischer Patriarch: Picasso mit seinem Sohn Claude an der Côte d'Azur.



Ein Familienroman

Von Daniele Muscionico

Was sehen wir? Was wollen wir sehen? Alles steht in Frage, ausser einem. Ausser dem sichtlich inszenierten Umstand, dass der ältere Herr der Hauptdarsteller ist an diesem frohen Sommertag. Er steht frontal zur Kamera, das Kind in seinen Armen ist eine Nebensache, eine Nebensächlichkeit. Es ist sächlich, ja, und ohne Gesicht. Es soll den Alten ehren und preisen, dazu ist es da.

Und das hat es, das hat er bis heute getan: Claude Ruiz Picasso, ältester Sohn des Malergiganten und Herrschers des Kunstuniversums. Claude ist noch ein kleines Kind, wie sein Vater ihn mit ins Meer nimmt im Sommer 1948, Picasso lebt in seinem Haus im mondänen Seebad Vallauris an der Côte d'Azur.

Was für ein herzlicher Vater, zugewandt und zärtlich – das macht uns die Vorlage glauben. Dass Picasso das nicht war, sondern ein despotischer, narzisstischer Patriarch, das wissen wir heute. Nicht von Claude natürlich, der später auch Fotograf werden sollte und Rennfahrer, vor allem aber *filis de papa* und Sachwalter von Picassos Ruf und Ruhm. Ab 1948 sah Claude seinen Vater nur noch besuchsweise, die Eltern lebten getrennt.

Picasso, eine Legende, Vallauris ehrte ihn später mit einem Museum; doch es gab in diesem Fall eine zweite Legende, und sie hat uns dieses falsche Familienglück überliefert – der Fotograf und Kriegsreporter Robert Capa, Mitbegründer der Fotoagentur Magnum. Kein Fotohistoriker und kein Historiker überhaupt, der ihm nicht einmal begegnet wäre in dem Bild, das Geschichte schrieb: Die Landung der Alliierten am frühen Morgen des D-Day, der Beginn der Invasion an der Küste der Normandie. Capas Bild zeigte gestrandete Soldaten, die sich in der Brandung nur schwach von dem Hintergrund zerschossener Landungsfahrzeuge abheben. Es war just diese Unschärfe, die der Fotografie zu Prominenz verhalf – bis fünfzig Jahre später ans Licht kam: Nicht Capas künstlerischem Vermögen war die Qualität des Bildes zuzuschreiben, sondern einem technischen Fehler in der Dunkelkammer der Bildredaktion, die es veröffentlicht hatte, des *Life Magazine*.

Was können Bilder? Sie erzählen uns den Roman, den wir lesen wollen. Ist das gut, ist das schlecht? Gute Frage, nächste Frage.

Erste Ausstellung von Farbbildern Robert Capas:
Capa in Color, International Center of Photography,
New York, bis 4. Mai

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Allmen und die verschwundene María (*Diogenes*)
- 2 (4) **Alex Capus:** Mein Nachbar Urs (*Hanser*)
- 3 (2) **Lukas Bärfuss:** Koala (*Wallstein*)
- 4 (3) **Frank Schätzing:** Breaking News (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 5 (6) **Jonas Jonasson:** Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 6 (7) **John Grisham:** Die Erbin (*Heyne*)
- 7 (5) **Simon Beckett:** Der Hof (*Wunderlich*)
- 8 (-) **Gillian Flynn:** Dark Places (*Fischer Scherz*)
- 9 (8) **Graeme Simsion:** Das Rosie-Projekt (*Fischer Krüger*)
- 10 (9) **Stefan Bachmann:** Die Seltsamen (*Diogenes*)

Sachbücher

- 1 (1) **Wolfgang Koydl:** Die Besserköner (*Orell Füssli*)
- 2 (-) **Annemarie Wildeisen:** Meine Expressküche (*AT*)
- 3 (8) **Roger Schawinski:** Wer bin ich? (*Kein & Aber*)
- 4 (2) **Rhonda Byrne:** The Secret – Das Praxisbuch für jeden Tag (*Arkana*)
- 5 (3) **Michelle Halbheer:** Platzspitzbaby (*Wörterseh*)
- 6 (6) **Christa Schmedes:** Cake-Pop-Set, mit Backform ... (*Gräfe und Unzer*)
- 7 (-) **Wolfgang Prossinger:** In Rente (*Rowohlt*)
- 8 (-) **Sarah Fasolin:** Gartenreiseführer Schweiz (*Callwey*)
- 9 (4) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut*)
- 10 (-) **Jacky Gehring:** Bodyreset – Schnelle Küche (*Weltbild*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Schöngeist

Der Name Hüsni, weiss das Online-Lexikon Wikipedia, bedeutet Schöngeist. Ein solcher ist auch Hüsni Haydaroglu, Callcenter-Angestellter aus Pratteln mit Schnurrbart und Brusthaar. In seiner Lebensberatungskolumne in der *Basler Zeitung* findet er für jedes Problem eine Lösung und vor allem liebenswürdige Worte. Seine nicht mit Modelmassen ausgestattete Callcenter-Kollegin Irina würde er nie als hässlich bezeichnen: «Irina ist liebe Person, aber leider Gott hat keine schöne Verpackung gehabt.» Gerne erklärt Hüsni auch das Mysterium Frau: «Ich weiss nicht, weshalb Frauen so denken, aber sie denken so.» Das Gerücht, hinter der Kunstfigur stecke mit der Autorin Güzin Kar eine Frau, hält sich hartnäckig. Kar dementiert. Egal, Hüsni's Rat hilft tatsächlich. Vor allem gegen schlechte Laune. Neuerdings auch als Buch. (rb)

Güzin Kar: Hüsni hilft! – Sofortglück für alle. Kein & Aber. 190 S., Fr. 22.90

Kanon

Lektüre für Schiffbrüchige

Welche Bücher nimmt man auf die einsame Insel mit? Markus Gasser gibt eine Anleitung – und kommt dabei dem Wunder der Weltliteratur auf die Spur. Von Hans-Peter Kunisch

Es gibt leidenschaftliche Leser, die sich auf die weissen Flecken der literarischen Welt verstehen. Und es gibt Leser wie Markus Gasser, die genauso leidenschaftlich sind, weil sie bekannte Bücher wie zum ersten Mal wahrnehmen können. Gassers «Buch der Bücher für die Insel», das gerade erschienen ist, bringt wenig extravagante Tipps, trotzdem reisst seine Entdeckerfreude mit. Das liegt daran, dass sich bei Gasser – einem in Zürich ansässigen Bregenzer Literaturdozenten, der auch für die *Weltwoche* schreibt – Analyse und Einfühlungsvermögen die Waage halten. Vor allem aber verfügt er selber über eine Sprache, die von Büchern erzählen kann.

So etwa im Text zu Herman Melvilles Klassiker «Moby Dick». Beim ersten Auftauchen des lange gesuchten Wals zitiert Gasser ausführlich aus dem Buch: Moby Dick «zog seine Bahn durch die heitere Stille der tropischen See, zwischen Wellen, welche nicht mehr klatschend applaudierten, sondern verzückt verstummen, den vollen Schrecken seines mächtigen Rumpfs noch unter dem Wasser verborgen, das Entsetzliche seines grässlich verformten Kiefers den Blicken entzogen. Kurz darauf aber hob sich sein Kopf gemächlich aus dem Wasser, und für einen Wimpernschlag krümmte der Wal seinen ganzen Marmorleib in einem hohen Bogen [...]»

Dann kommentiert Gasser: «Wer so schreiben kann, als zöge der das Meer schulternde Wal ihn in seinem schäumenden Kielwasser hinter sich her [...]» – allein schon dieser Halbsatz bringt Anschaulichkeit wie Fantasiereichtum von Melvilles Schreiben auf den Punkt.

Auch das festliche Pathos von «Moby Dick», das der düsteren Thematik der Rache nur scheinbar widerspricht, stellt Gasser auf überraschende Weise in einen grösseren Zusammenhang: Es gebe Romane, die «über ihre Sprachbilder [...] genossen werden wollen. Sie fühlen sich verantwortlich für die Schönheit der Wirklichkeit um uns herum und werfen Licht statt Schatten auf uns: Vom Tod handeln sie nur, damit uns das Leben umso kostbarer wird.» Oder weil der Tod seine eigene Schönheit hat.

Stendhals kastanienbraunes Toupet

Auch wenn Gasser von den Autoren erzählt, packt er die Sache mit Schwung an. Stendhal steht einem direkt vor Augen, wenn es heisst: «Wie litt Stendhal doch unter seiner Kahlköpfigkeit, die ein kastanienbraunes Toupet tro-



Begeisterungspathos: «Moby Dick».

pisch überwucherte, unter dem päpstlichen Stiernacken und dem kropfigen Hals, dem vor Gaumenfreude platzvollen Bauch, den ein Mieder nach oben und unten presste, und den viel zu kurz geratenen Brieftaubenschenkeln.» Gassers Witz bricht sein Begeisterungspathos gleich selbst, sorgt auf diese Weise lässig für eine ungewöhnliche Harmonie der Klangfarben.

Das Hauptaugenmerk liegt auf englischsprachiger Literatur. Aber gibt es in der deutschsprachigen nur Kafka, Grass, Thomas Mann und Joseph Roth? Gerade die erkennbare Subjektivität gibt dem Buch seinen Reiz. Wobei die Auswahl auch mit dem Ziel zusammenhängt, «Bücher für die Insel» zu packen: Es handelt sich um lauter Werke, die für mehrere Lektüren taugen und trotzdem für alle Schiffbrüchigen lesbar sind.

Auf verschlungenen Wegen ist Markus Gasser dem Wunder der Weltliteratur auf der Spur, deren Geheimnis es ist, dass jeder sie geniessen kann.



Markus Gasser: Das Buch der Bücher für die Insel. Carl Hanser. 384 S., Fr. 29.90

Sumpfgebiete

In seinem neuen Roman «Am Ufer» zeichnet der spanische Autor Rafael Chirbes das Bild eines ruinierten Landes.

Von Paul Ingendaay

Wie erzählt man vom Katzenjammer, ohne zu heulen? Mit Genauigkeit und Härte zum Beispiel, wie es Rafael Chirbes tut. Nach Romanen wie «Der lange Marsch», «Alte Freunde» und «Krematorium» hat der spanische Schriftsteller, Jahrgang 1949, schon wieder ein Buch vorgelegt, das als Röntgenaufnahme der spanischen Gesellschaft gelten kann. Die Immobilienblase ist geplatzt, der Wohlstand verpulvert, alles liegt am Boden. Osteuropäische Nutten, die neuen Vertreterinnen der Arbeitsimmigration, suchen in den Sümpfen hinter der Mittelmeerküste nach Freiern, während sich die Gewinner des grossen Zockens über Kokslinien und mediterrane Gourmetkultur austauschen. Dies sei nicht «der Roman zur Krise», hat der Autor gesagt. Er handle vielmehr «von der menschlichen Seele am Beginn des 21. Jahrhunderts», und das dürfen wir getrost auf die westlichen Industriegesellschaften beziehen. Bei Chirbes bestimmen Hemmungslosigkeit und parvenuhafter Materialismus das Bild.

«Am Ufer», so der Titel des 400 Seiten starken Werks, nimmt die ganze Gesellschaft in den Blick, bleibt aber dicht an der Seite der Verlierer. Zum Beispiel bei dem siebzehnjährigen Kunstschler Esteban, der die Familienschreinerei dichtmachen und fünf Angestellte entlassen musste. Geliebt hat Esteban die Arbeit nie, doch der demente Vater, den er jetzt allein pflegen muss, zwang ihn ins Geschäft, und der Sohn hat gehorcht. Dann lässt er sich von seinem Freund Pedrós zu einem riskanten Investitionsprojekt im Baugewerbe überreden – und verliert alles. Während Estebans Betrieb gepfändet wird, macht Pedrós sich aus dem Staub. «Am Ufer» ist auch ein Roman über windige Geschäftemacher und genau jene Mentalität, die das spanische Modernisierungsmärchen, die kollektive Selbsttäuschung der letzten fünfzehn Jahre getragen hat. Poetischen Schilderungen der Sümpfe in der Provinz Alicante, wo Chirbes seit langem wohnt, stehen Bilder eines vom Urbanismus zerrissenen Landes gegenüber.

Gegengeschichte

Organisiert ist das Ganze, wie immer bei Chirbes, als vielstimmiges Seelentheater, das vielen Perspektiven Raum lässt. Zur Hauptfigur Esteban gesellen sich die Nebenstimmen von Arbeitern und Immigranten. Ein spanischer Dichter beklagte in der Zeitung *El País* den bösen Blick des Romans auf Familie, Staat und Gesellschaft. Ich glaube, in den kalten Arien des Verfalls, von



Die ganze Gesellschaft im Blick: Chirbes.

Dagmar Ploetz mit gewohnter Meisterschaft übersetzt, müssen wir Chirbes' Form von Anteilnahme erkennen.

Seine eigentliche Erkenntnis ist, dass es parallel zur offiziellen spanischen Erfolgslegende – Übergang zur Demokratie, Eintritt in die EU, Wohlstand für alle – eine Gegengeschichte gibt, für die das grosse Sumpfgebiet des Romans als Metapher stehen könnte. Waren Meer und Strand das Verkaufsargument für Immobilienspekulationen, wie sie im Roman «Krematorium» geschildert werden, bildet der Sumpf in Küstennähe den verschwiegenen Hinterhof. Hier versinken die versprengten Gegner des Franco-Regimes ebenso spurlos wie der erste Industriemüll, hier landen entsorgte Nutztiere ebenso wie die nichtregistrierten Waffen der modernen Mafias. Jede Wirtschaft schafft sich ihre Abfallgrube. Und hier, wo sonst, vollzieht Esteban den letzten Akt – er, der seinem Freund Francisco die Seele abspricht und dann zugeben muss, auch er habe keine Seele, denn «wir können nicht das haben, was nicht existiert, es gibt, was es gibt, und es dauert, solange es dauert».



Rafael Chirbes: Am Ufer. Aus dem Spanischen von Dagmar Ploetz. Antje Kunstmann, 2014. 430 S., Fr. 24.95

Versuch über das Fließende

Von Peter Rüedi

Tobias Preisig, 33, von Beruf und Berufung Jazzgeiger, liebt weite Räume: musikalisch, aber auch, was das Assoziationsfeld seiner Musik betrifft. Auf dem Cover seiner vorletzten CD, die im Übrigen den vielsagenden Titel «In Transit» trägt, hält er ein kleines Totengerippe in Händen, das die Fiedel streicht: eine mexikanische Figur, die uns alle Totentanz-Zusammenhänge nicht nur in süd-amerikanischen Allerseelen-Bräuchen in Erinnerung ruft. Preisigs jüngstes Werk trägt den Titel «Drifting» (sich treiben lassen, schweben), und auch der meint, wie meist bei ihm, einen musikalischen und einen lebensphilosophischen Sachverhalt. Weitere Nummern heissen «Free Falling», «Walking Twilight», «Floating Causes» (fließende Gründe), «Out of Reach», «Searching for Soil». So ist die Musik: ein steter ambivalenter Prozess der Preisgabe und Selbstversicherung, der Annäherung an das Unsagbare, der fließenden und sich verfestigenden Konturen. Allein dieser Geigenklang! Diese ganze Palette von Klangfarben zwischen Verstummen und Strahlen, von Flüstern, Stöhnen, Klönen, Pfeifen, Zwitschern, von verzitterten Flageolets an der Grenze zum Schweigen bis zum expressiven Schrei: ein unerhörtes dynamisches Gefälle, auch zwischen Sparsamkeit und Eloquenz. Wunderbar die Band. Am Piano (und E-Piano) Stefan Aeby, am Bass André Pousaz (mal die Verdoppelung resp. Vertiefung von Preisigs Violine, mal ihr Kontrapunkt) und Michi Stulz am Schlagzeug, mit Kalkül und Raffinesse, aber auch mit rockiger Wucht agierend: ein Quartett, dem grosse Dramatik ebenso gelingt wie die kleine, zarte, zögernde, behutsame, brüchige, skizzenhafte Miniatur. Gelegentlich flicht sich die Stimme von Produzent Christian Zehnder ein (mit dessen Obertonvokalkunst sich Preisig auch schon im Duo auseinandergesetzt hat). Eine heftige und zarte, bewegte und bewegende Musik jenseits aller Gattungsklischees. Ein Versuch über das Fließende, sozusagen: vom Plätschern zum Strömen, zum Reissen, zum Sturz in Kaskaden – und bis zum scheinbaren Stillstand im vom Wind bestrichenen stehenden Gewässer.



Tobias Preisig: Drifting. Traumton Records. 4605

Top 10

Knorrs Liste

| | | |
|----|------------------------------|-------|
| 1 | 12 Years a Slave | ★★★★★ |
| | Regie: Steve McQueen | |
| 2 | Mr. Peabody & Sherman | ★★★★★ |
| | Regie: Rob Minkoff | |
| 3 | Philomena | ★★★★★ |
| | Regie: Stephen Frears | |
| 4 | August: Osage County | ★★★★☆ |
| | Regie: John Wells | |
| 5 | The Grand Budapest Hotel | ★★★★☆ |
| | Regie: Wes Anderson | |
| 6 | Dallas Buyers Club | ★★★★☆ |
| | Regie: Jean-Marc Vallée | |
| 7 | Der Goalie bin ig | ★★★★☆ |
| | Regie: Sabine Boss | |
| 8 | Her | ★★★★☆ |
| | Regie: Spike Jonze | |
| 9 | Captain America | ★★★☆☆ |
| | Regie: Anthony und Joe Russo | |
| 10 | Lone Survivor | ★★★☆☆ |
| | Regie: Peter Berg | |

Kinozuschauer

| | | |
|---------|----------------------------------|--------|
| 1 (-) | Captain America | 18 137 |
| | Regie: Anthony Russo | |
| 2 (1) | Need for Speed | 11 645 |
| | Regie: Scott Waugh | |
| 3 (2) | 100-Year-Old Man Who Climbed ... | 10 641 |
| | Regie: Felix Herngren | |
| 4 (3) | The Grand Budapest Hotel | 6 448 |
| | Regie: Wes Anderson | |
| 5 (6) | Non-Stop | 4 866 |
| | Regie: Jaume Collet-Serra | |
| 6 (-) | Her | 4 795 |
| | Regie: Spike Jonze | |
| 7 (5) | 300: Rise of an Empire (3-D) | 4 617 |
| | Regie: Noam Murro | |
| 8 (9) | Der Goalie bin ig | 3 466 |
| | Regie: Sabine Boss | |
| 9 (-) | 12 Years a Slave | 2 728 |
| | Regie: Steve McQueen | |
| 10 (10) | Lone Survivor | 2 713 |
| | Regie: Peter Berg | |

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

| | |
|--------|----------------------------------|
| 1 (-) | Die Eiskönigin (Disney) |
| 2 (1) | Die Tribute von Panem (Impuls) |
| 3 (-) | Escape Plan (Ascot Elite) |
| 4 (2) | Thor – The Dark Kingdom (Disney) |
| 5 (3) | Captain Phillips (Sony) |
| 6 (4) | Gravity (Warner) |
| 7 (5) | Achtung, fertig, WK! (Impuls) |
| 8 (7) | Blue Jasmine (TBA) |
| 9 (8) | The Counsellor (Rainbow) |
| 10 (6) | Ender's Game (Rainbow) |

Quelle: Media Control



Als gäbe es keine Schwerkraft: Eddie Marsan in «Still Life».

Kino

Leben auf Stelzen

In «Still Life» kümmert sich ein kleiner Beamter um einsam Verstorbene – und der Film setzt sich in höhere Sphären ab. Von Wolfram Knorr

Das Gegenteil von Kunst, so Gottfried Benn, sei das Gutgemeinte. Die Geschichte des kleinen Beamten John May (Eddie Marsan), der bei Sterbefällen rausfinden muss, ob es Hinterbliebene gibt oder nicht, ist so ein Fall. Regisseur und Autor Uberto Pasolini wollte für die Story über den skurrilen Aufgabenbereich eines Beamten etwas Tiefschürfendes. Und das gelingt am besten, wenn der Held eine Mischung aus Robert Walsers «Gehülfe» Marti und Franz Kafkas Josef K. ist, aus dem Untergebenenwinkel kommt, Bücklinge gewohnt ist, aber seine Würde trotzdem bewahrt. Die lebt er mit seinem tatkräftigen Engagement für Verstorbene ohne Hinterlassene, denen er die letzte Ehre erweist. Er schreibt selber die Reden, organisiert einen Pfarrer, bestimmt die Musik. Bei den Abdankungen sind dann nur er, der Geistliche und der Sarg in der Kirche. Das bewegt und wirkt zugleich grundsätzlich.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für Tiefenlotung ist ein einsames Leben. John Mays soziale Kontakte müssen rudimentär sein; er muss das Lebensabbild jener Toten sein, um deren Beerdigungen sich (ausser ihm) niemand kümmert. So fügt sich ein Einsamkeits-Stillleben (man stelle sich vor, May wäre ein lustiger Geselle, der am Stammtisch von seiner pittoresken Arbeit erzählt! Das Kunstvolle ginge flö-

ten). Um Mays einsam gelebte Selbstlosigkeit zu potenzieren, muss ihn ein seelenarmer Chef wegrationalisieren. Einen letzten Auftrag will er trotzdem noch erledigen, was ihn zu einem heiligen Franziskus macht. Dabei lernt er eine Hinterbliebene kennen, damit noch zarte Liebe ins Spiel kommen kann.

«Still Life» ist derart konstruiert, dass alles gespreizt wie auf Weh- und Schwermut-Stelzen als Leistungsnachweis von Kunstfertigkeit daherkommt. Was den Beamten bewegt, sich übers bürokratische Prozedere hinaus um die Hinterbliebenen so rührend zu kümmern, bleibt mysteriös, seine sozialpsychologische Seelenlage verschlossen wie eine Auster. Aber visuell beeindruckt das eben.

Irgendwie will «Still Life» wohl zeigen, dass das Leben ein Jammertal ist, aber, in seiner Kargheit und den ergreifend hingetupften Szenen, ein kostbares. Eine wie auch immer geartete Kritik (oder wenigstens Skepsis) an der Gesellschaft kann Pasolini nicht im Sinn gehabt haben. Die wenigen Figuren, denen May bei seinen Recherchen begegnet und die mit den Verstorbenen nichts zu tun haben wollen, aus was für Gründen auch immer, sind arrangiert wie Messdiener bei der Liturgie der Einsamkeit. Dabei hat sich Uberto Pasolini als Produzent von «Palookaville» und «The Full Monty» mit humorvollen Sozialdramen einen Namen gemacht. Schade.

Aber Eddie Marsan verdient Respekt. Mit verfalltem Gesicht und leergeräumter Mimik gleitet er dahin, als gäbe es keine Schwerkraft, als sei er in seinem selbstlosen Engagement für die allerletzte Würde von der Anziehungskraft alles Irdischen befreit. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Nymphomaniac Vol. II — Und weiter geht's mit der Beichte der Sexsüchtigen Joe (Charlotte Gainsbourg) bei ihrem Retter Seligman (Stellan Skarsgård). Im zweiten Teil erzählt sie nun, wie sie richtig den Arsch versohlt bekommen wollte. Der Kerl (Jamie Bell), der mit Latten und Peitschen hantiert, lässt sie sogar die Siebenschwanzige selber basteln. Süß. Dazwischen schwurbelt Seligman wie gehabt Weisheiten. Diesmal erinnert das Erzähltempo nicht mehr ganz an einen Gletscher, sondern scheint ein wenig beweglicher zu sein. ☆☆☆☆☆

Noah — Die Familie ist wieder in. Da passt es, dass die archaischste Geschichte wieder mal neu erzählt wird. Für Darren Aronofsky («Black Swan»), der zu den eigenwilligsten US-Filmern zählt, ein angeblich altes Wunschprojekt; deshalb hat er wohl auch mitproduziert. Ganz ohne Querelen verliefen die Dreharbeiten offenbar nicht, weil Aronofsky ursprünglich Christian Bale wollte und nicht Russell Crowe – aber der schlägt sich auch tap-



Kindsköpfe: «A Long Way Down».

fer. Das Beste des martialischen Blockbusters in 3-D sind die von Effektemagiern kreierten Tierherden. ★★★☆☆

A Long Way Down — Nick Hornby («High Fidelity»), Lieblingsautor einer Pop-Generation, die nicht erwachsen werden will und an den Hobbys aus Kindertagen hängt, hat über diese Kindsköpfe treffend ironische Romane geschrieben. In den Verfilmungen dominierten auch leicht spinnerte Typen wie Colin



Martialisch: «Noah».

Firth («Fever Pitch», 1997), John Cusack («High Fidelity», 2000) oder Hugh Grant («About a Boy», 2002). Wohl deshalb wurde Aaron Paul, der jugendliche Luftikus aus der Kultserie «Breaking Bad», für die Umsetzung eines Hornby-Romans engagiert, der von der Literaturkritik zerzaust wurde: das Suizid-Dramolett «A Long Way Down». Aaron Paul spielt einen Pizzaboten, der auf dem Flachdach des Londoner Toppers' House zu Silvester Selbstmord begehen will. Auf dem Dach tummeln sich aber noch andere: ein Ex-TV-Moderator (Pierce Brosnan), eine gemütskranke Maureen (Toni Collette) und die Göre Jess (Imogen Poots). Alle wollen runter – und schon zeigt sich das Dilemma: Lebensmüde, die sich à la Anonyme Alkoholiker finden, ihre Depressionen analysieren und wieder zu Lebensfreude finden, das ist, mit Verlaub, albern. Dafür gibt's ein paar hübsche Dialoge. ★★★☆☆

Fragen Sie Knorr

In «Her» zeigt Joaquín Phoenix eine beeindruckende One-Man-Show. In «The Master» war er ebenfalls dominant. Wie schätzen Sie ihn ein?

B. A., Schaffhausen



Als dekadenter Intrigant in «Gladiator» (2000) wurde er bekannt. Ähnlich wie sein kürzlich verstorbener Kollege Philip Seymour Hoffman gehört er zu den «Unbändigen» der Independent-Szene, die sich radikal vom Jedermann-Typus à la Tom Hanks unterscheiden. Joaquín verkörpert den neurotischen

Quälgeist, der sich in sich verkriecht und die Gesellschaft nur widerwillig akzeptiert (aber kein Rebell ist). 2001 glänzte er mit beunruhigender Authentizität in «Buffalo Soldiers» als ein in Mannheim stationierter psychisch kaputter GI. Die Ereignisse vom 11. September zerstörten das Meisterstück. Am Sundance-Festival wurde es als antiamerikanisches Machwerk gnadenlos niedergemacht. Inzwischen würde man das anders sehen, aber das Independent-Juwel kam nie in die Kinos.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Unbegrenzte Möglichkeiten

Von Rico Bandle

Hätte jemand diese Geschichte erfunden, würde man sie wohl als unglaublich abtun: Ein schwules Paar aus der Schweiz zieht nach New York, wird Teil einer jüdischen Gemeinde für Schwule und sieht dort, dass schwule Paare in den USA eigene Kinder haben können. Die beiden Schweizer, ein Professor für Tiermedizin und ein Psychologe, entschliessen sich, ebenfalls Kinder zu kriegen, gleich deren drei. Hierzu braucht es eine Eizellenspenderin, eine Leihmutter sowie den Samen von einem der schwulen Väter. 150 000 Dollar kostet sie jedes Kind, davon gehen 6000 Dollar an die Eizellenspenderin, die eine Hormonkur machen musste, bevor das Ei herausoperiert wurde. Die Leihmutter, die die drei Kinder bei einer Spontangeburt auf die Welt bringt, erhält 25 000 Dollar pro Schwangerschaft. Sowohl die Eizellenspenderin als auch die Leihmutter sagen, sie hätten es nicht des Geldes wegen getan.

Es ist den Schwestern Corinne (SRF) und Yvonne Eisenring (Tele Züri) zu verdanken, dass sie dem Zuschauer einen Einblick in eine Familienwelt ermöglichen, über die man nur staunen kann. Die Reporterinnen begleiten das Ehepaar auf Spielplätze, am Kindergeburtstag, beim Kinder-ins-Bett-Bringen. Ungewohnt ist nicht nur die Familiensituation, sondern auch, dass der eine Vater eine Kippa trägt (jüdische Kopfbedeckung), obschon bekannt ist, dass die Homosexualität im traditionellen Judentum ebenso auf Ablehnung stösst wie in anderen Religionen.

Selbst dem engsten Umfeld fällt es schwer, diese Familienform gutzuheissen. Die ecuadorianische Nanny, so etwas wie eine Ersatzmutter für die Kinder, sagt, sie glaube schon, dass die Frau in der Familie fehle – aber dafür sei ja sie da. Die Schwester von einem der Väter hat Mühe mit dieser Form des Kinderkriegens: «Ich würde das nie machen, aber ich kann das akzeptieren.» Und wie geht es den Kindern? Noch sind sie zu klein, um ihre Familiensituation zu reflektieren. Es ist zu hoffen, dass die Reporterinnen die Familie in fünf oder zehn Jahren nochmals besuchen. Und dann vor allem die Kinder sprechen lassen.

Reporter: Sonntag, 30. März, 21.40 Uhr, SRF 1

Schönheit dank Edelweiss

Beat Curti modelt für Hautcreme; Peter Bührers Tipps auf Englisch; CD-Taufe von Christoph Wolfensberger. *Von Hildegard Schwaninger*



«Meine Lieblingsblume»: Unternehmer Curti.

Es ist nie zu spät, sich jung zu fühlen. Unternehmer **Beat Curti** flitzte mit seinem Mini (das Original aus den sechziger Jahren) mit vierstelliger Autonummer ins «Park Hyatt», Zürichs urbanstes City-Hotel. Dort hatte er zu tun: als Model für eine Hautcreme. Die PR-Lady **Martina Baeriswyl-Holzach** organisierte den Launch einer – wenn man der Werbung glauben darf – absolut revolutionären Hautpflege: Par Skincare, erfunden von **Dr. Rolf Schäfer**, Chemiker aus Basel und Sohn des Erfinders des synthetischen Penizillins. Schäfer, Bergsteiger und Anti-Aging-Experte (war früher wissenschaftlicher Berater der Clinique La Prairie), entdeckte, dass das Edelweiss über spezielle Abwehrmechanismen verfügt und zellschützende Bestandteile enthält. So gibt es jetzt, nach Cremes mit Kaviar, eine Edelweiss-Creme. Sie soll vor allem die Haut von Outdoor-Enthusiasten schützen, also ideal sein für Golfspieler. Und ein solcher ist Beat Curti.

Curti wurde Botschafter von Par Skincare. «In den Bergen ist das Edelweiss meine Lieblingsblume. Die Edelweiss-Creme ist gut für meine Haut. Als aktiver Unternehmer muss ich den jungen Leuten voraus sein in punkto Frische», sagt er im Werbespot. Martina Baeriswyl-Holzach, die Shopping-Events sowie den Zürcher Opernball organisiert, hat zum Hautpflege-Event ihre Facebook-Freundinnen eingeladen. Ein paar umwerfende Frauen waren da, voll auf-

gebrezelt. Sie umringten Beat Curti. Er trug braune Turnschuhe von Louis Vuitton. Männer waren nicht viele da. **Florin Baeriswyl**, Ehemann der Gastgeberin, ist verantwortlich für Branding und Design. Serviert wurden Miniportionen Gemüse und Fleisch, unter den verkaufsfördernden Brands *brain food* und *beauty food*.

Peter Bührer war früher Koch. Er arbeitete bei **Eckart Witzigmann** in München, eine Zeitlang war er Leibkoch von **Ed Koch**, dem Bürgermeister von New York. Später tauschte



«Welcome Home»: Peter Bührer.

er den Herd gegen den Computer und kreierte den Zürich-Führer «Zürich – Welcome Home». Das Buch, das so ziemlich alles abdeckt, was man in der Kultur- und Party-Met-

ropole Zürich unternehmen kann – vom Tonhalle- über den Disco-Besuch bis Shopping –, erscheint jetzt auf Englisch, im Herbst kommt die zweite deutsche Auflage. Das Buch ist multifunktional, im Print wie online. Dank dem QR-Code, der mit dem iPod abrufbar ist, wird das Buch laufend aktualisiert. Neue Restaurants und Bars, aktuelle Ausstellungen, Kino, Theater – alles up to date. Peter Bührer wirbelt für sein Buch, der Publizist **Helmut-Maria Glogger** steht dem Neuautor mit Rat und Tat zur Seite. Peter Bührer sagt, dass er das Kochen vermisst, aber zurück an den Herd will er nicht. Er sei zwar, trotz der ersten Auflage von 12 500 Exemplaren, nicht reich geworden mit dem Buch, aber der Erfolg befriedigte ihn sehr.

Wer erinnert sich an **David Helfgott**, den Pianisten aus Australien, der «famous for fifteen minutes» wurde, als der Film «Shine», den Scott Hicks über ihn gedreht hat, den Oscar bekam? David Helfgott, der als Wunderkind galt und später Jahre in einer Nervenheilanstalt verbrachte, wurde von **Geoffrey Rush** («The King's Speech», «Die Bücherdiebin») gespielt. Jetzt gibt Helfgott ein Comeback. Am 23. April spielt er in Zürich in der Tonhalle. Die deutsche Regisseurin **Cosima Lange** hat einen abendfüllenden Dokumentarfilm über Helfgott gedreht, er soll im Sommer an Filmfestivals gezeigt werden.



Medizin und Musik: Wolfensberger (l.).

In der Brust des Chirurgen **Christoph Wolfensberger** wohnen zwei Leidenschaften. Die Medizin und die Musik. Mit Ersterer, Faceliftings und Nasenkorrekturen, verdient er sein Geld, mit der Musik befriedigt er sein heimliches Bedürfnis, ein Popstar zu sein. Jetzt freut er sich auf eine neue Premiere: Seine erste CD ist fertig. Mit **Maja Brunner** und der **Thomas Bissotto Big Band**. Wolfensberger spielt Trompete. Die CD-Taufe findet am 13. April im «Plaza Kosmos» in Zürich statt. Wolfensberger ist nervös wie ein Schulbub: «Es ist Palmsonntag, viele haben Familienfeste. Ich habe Angst, dass niemand kommt.» Trotzdem träumt er weiter von der Rockstar-Karriere: «Irgendwann möchte ich mit der Big Band an einem Ball musizieren.»

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Neun Minuten

Der Journalist Clemens Hagen, 51, und die Kolumnistin Kimberly Hoppe, 33, überstanden gemeinsam einen Kampf um Leben und Tod. Mit Beziehungslappalien halten sie sich seither nicht mehr auf.



Todesängste: Hagen, Hoppe.

Clemens: Wir waren italienisch essen, nach dem Carpaccio fühlte ich mich eigenartig. Kimberly hatte plötzlich ein drittes Auge auf der Stirn, und unzählige Arme wuchsen aus ihrem Körper; sie sah wie eine indische Gottheit aus. Ich dachte: «Entweder hat mir jemand Drogen ins Essen geschmuggelt, oder ich leide unter einer Lebensmittelvergiftung.»

Kimberly: Wir gingen in jener Nacht früh zu Bett und bestiegen am nächsten Tag das Flugzeug in Richtung Hamburg. Nachdem der letzte Passagier ausgestiegen war, stürmten die Sanitäter zu uns und verfrachteten meinen Verlobten ins Krankenauto. Ich geriet in Panik. Auf diesen Mann hatte ich so lange gewartet. Nun fürchtete ich um sein Leben.

Clemens: Mein letzter Satz war: «Werde ich das überleben?» Danach war ich neun Minuten lang klinisch tot. Die Ärzte kämpften erfolgreich um mein Leben, ohne ihre Intervention wäre ich innerlich verblutet. Die Nahtoderfahrung war bereits extrem. Der eigentliche Horror geschah allerdings, nachdem ich ins künstliche Koma versetzt worden war. So stelle ich mir einen schlechten LSD-Trip vor, nur dass dieser extreme Zustand zwei Wochen lang andauerte. In dieser Zeit bedrängte mich die Summe aller Urängste in Hunderten von schreckli-

chen Albträumen: Ich wurde gequält und gefoltert, getötet und erstochen, ertränkt, erschossen und vergiftet. Diese Träume waren hyperrealistisch, so dass ich mich auch noch an jedes Detail erinnerte, als ich wieder bei Verstand war.

Kimberly: Von dieser grausamen Traumwelt wusste ich nichts. Ich war täglich bei Clemens, versuchte, sein Leiden zu lindern, indem ich ihm vorlas, seine Lieblingsmusik abspielte, mit ihm sprach, ihn zu beruhigen versuchte. Es war schwierig, weil nie eine Antwort zurückkam. Ich tröstete mich selbst, indem ich mich bewusst und immer wieder an die Anfänge unserer Liebe zurückerinnerte und an die glücklichen Jahre, die wir zusammen verbracht hatten.

Clemens: Über die Aufwachphase nach einem künstlichen Koma wird selten gesprochen, denn sie kann ziemlich extrem sein. Ich war davon überzeugt, dass das Krankenhaus in ein Mordkomplott gegen mich verwickelt ist, und ich litt tagelang unter Todesängsten. Aggressiv, wie ich war, musste ich fixiert werden. Einmal befreite ich mich und machte mich, nur mit Unterwäsche bekleidet, auf den Weg zu meiner Liebsten. Später sagte man mir, ich hätte mir andauernd die Magensonde rausgerissen, pro Nacht bis zu siebzimal den Pflegealarm ausgelöst. Einmal soll ich aus Zeitungspapier Zigaretten gerollt und diese auch geraucht haben.

Kimberly: Er litt in dieser Zeit auch unter extremen Hungerattacken, einmal besprühte er eine Toastscheibe mit Rasierschaum und ass den Leckerbissen zur Hälfte auf. Dennoch ging es nun Schritt für Schritt vorwärts, und der Tag, an dem Clemens – ohne Folgeschäden – entlassen wurde, war der glücklichste meines Lebens.

Clemens: Vermutlich war es auch für das Krankenhaus ein glücklicher Tag, als sie mich endlich loswurden. Heute geht es mir wieder gut. Die Wochen zwischen Leben und Tod prägten mein Leben, sie gaben mir jene Seelenruhe, die ich zuvor nicht gefunden hatte. In der Beziehung sind wir heute noch glücklicher als früher. Und das Beste: Seit meinem Luftröhrenschnitt schnarche ich nicht mehr, und Kimberly kann in Ruhe durchschlafen.

Protokoll: Franziska K. Müller

Clemens Hagen und Kimberly Hoppe: Neun Minuten Ewigkeit – Eine Liebe zwischen Leben und Tod. Eden Books

Bittere Medizin

Von Andreas Thiel — Von einem Patienten, der an Keimen starb, die er im Spital aufgelesen hatte.

Onkologe: Ohne Chemotherapie sterben Sie.

Patient: Und die Chemo wirkt?

Onkologe: Sie wird jedenfalls nicht spurlos an Ihnen vorübergehen.

Patient: Dann besteht also noch Hoffnung?

Onkologe: Wie? Ach so, entschuldigen Sie, ich sprach von den Nebenwirkungen.

Patient: Und wie sieht es aus mit den Hauptwirkungen?

Onkologe: Die sind unberechenbar. Deshalb sprechen wir lieber von den Nebenwirkungen, auf die ist Verlass. Wir haben auch ein breites Sortiment an Medikamenten gegen Nebenwirkungen. Und gegen deren Nebenwirkungen gibt es dann auch wieder Medikamente.

Patient: Die Nebenwirkungen scheinen Sie ja im Griff zu haben.

Onkologe: Darauf können Sie Gift nehmen.

Patient: Wissen Sie, langsam schwindet mein Vertrauen in die Schulmedizin.

Onkologe: Dabei sind wir schon viel weiter als noch vor zehn Jahren. Das waren chemische Keulen damals. Sie würden lachen.

Patient: Und in zehn Jahren, wird man dann auch lachen über das, was Sie mir jetzt verabreichen wollen?

Onkologe: Wo denken Sie hin? Wir sind auf dem neuesten Stand der Forschung!

Patient: Die Menschheit ist immer gerade auf dem neuesten Stand.

Onkologe: Ja, aber heute sind wir doch einen Schritt weiter.

Patient: Warum ist denn das Essen im Spital so mies? Das verkochte Gemüse und das Schweinefleisch ...

Onkologe: Wir versuchen das ja schon lange zu ändern.

Patient: Versuchen? Wie geht das? Macht der Koch in der Küche alte Konservendosen auf und schaut, ob frisches Gemüse drin ist?

Onkologe: Sie sind zu negativ eingestellt. So werden Sie nie gesund.

Patient: Ach so? Es ist eine Frage der Einstellung? Dann gehe ich jetzt.

Onkologe: Wenn Sie das Spital verlassen, dann sterben Sie!

Patient: Ja, aber mit einer positiven Einstellung zum Tod.



Was ist schon normal?

Göttergleiche Typen wie Ryan Gosling sehen auch dann gut aus, wenn sie in Jeans und T-Shirt herumschlurfen. Man nennt das jetzt Normcore. Von Jeroen van Rooijen



Alles-ist-wurst-Modestil: Schauspieler und Musiker Gosling.

Ein neues *buzzword* macht die Runde: Normcore. Es handelt von einer Generation, die sich von der Vorstellung, etwas Besonderes sein zu wollen, verabschiedet hat. Stattdessen findet sie ihr Glück darin, in der Masse zu verschwinden. Als Prototyp des Normcore-Lifestyles soll Hollywood gelten, namentlich junge Schauspieler wie Ryan Gosling oder Bradley Cooper – mittels Paparazzi-Fotos wird uns weisgemacht, dass sie sich gewollt so anzögen, als hätten sie sich kurz vor Ladenschluss noch vom Sofa erhoben, um im Supermarkt ein Sixpack Bier zu holen.

Normcore-Menschen – Facebook-Gründer Mark Zuckerberg wird auch immer genannt – sind ohne Dresscodes aufgewachsen. Sie suchen nicht nach gesellschaftlichen oder modischen Distinktionsmitteln, sondern zelebrieren in ihrem Look und Lebensstil die absolute Hardcore-Normalität (Hoodie, T-Shirt, Jeans, Turnschuhe) – daher der Begriff. Geprägt hat ihn eine New Yorker Agentur namens K-Hole. Zeitungen in aller Welt haben die Definition aufgegriffen – «Wir alle leiden darunter, permanent etwas Besonderes sein zu müssen», wurde eine Mitbegründerin von K-Hole in der *Welt* zitiert. Und in sozialen Medien wird gefeiert, dass es endlich einen schmissigen Begriff zum Nichtereignis des Normalos gibt.

Klar, dass Normcore bei Journalisten punktet. Die notorisch armselig angezogene Berufsgruppe erkennt sich in diesem Alles-ist-wurst-Modestil selbst und freut sich, nun auch mal hip zu sein. Und dann wird triumphierend getitelt: «Permanentes Streben nach dem Besonderen ist out» (noch einmal die *Welt*). Normcore kommt den Schreiberlingen gelegen, hegten sie doch immer schon eine unverhohlene Abneigung gegen die Mode und deren Streben nach individueller Inszenierung. Also stellt man den neuen Begriff zufrieden in den Raum, zieht sich die Windjacke zu und schlurft von dannen. Ist mit der Definition irgendjemandem geholfen? Nein.

Man kann Normcore sicher ein Quäntchen Wahrheit attestieren, keine Frage. Es gibt viele Menschen, denen die permanente Überfütterung durch die Mode- und Lifestyle-Industrie zuwider ist und die deshalb beschlossen haben, das Thema der eigenen visuellen Identität unerledigt abzuhaken. Sie haben keine Ideale mehr, dafür einen grossen Fernseher und Data-Flatrate. Es lebt sich ja heute auch ganz bequem in Jogginghosen.

Und dennoch kann Normcore kein Ideal sein. Denn auch wenn man den Stil jetzt als Befreiung vom Joch der Mode feiert, ist er tatsächlich eher eine Resignation vor der immer schwieriger werdenden Aufgabe, sich mit den Mitteln der Mode noch zu differenzieren. Normcore-Menschen haben diese Idee aufgegeben. Nicht mal die Punks, die auch bestehende Normen anfochten, haben sich visuell derart armselig präsentiert.

Schicke Unterbuxen

- 1 Der Schlüpper des Herrn, in diesem Fall *new boxers* oder *trunks* genannt, ist der Schlüssel zur Libido. Entsprechend sorgfältig will dieses scheinbar unsichtbare Accessoire ausgesucht sein. Freunde von skandinavischem Design und klarem Wodka werden **The White Briefs** aus Schweden mögen. Hundert Prozent *organic cotton*. 45 Franken. www.troispommes.com
- 2 Gutschweizerische Solidität und weltmännische Eleganz strahlt **Zimmerli** aus. Ihre Unterhosen werden darum sowohl von Weltstars wie auch von diskreten Nobodys mit Geschmack getragen. Die schwarze «Silk de Luxe» aus hundert Prozent Seiden-Charmeuse ist so nobel, dass man sie eigentlich nur unter dem Smoking tragen sollte. 109 Franken. www.zimmerli.com
- 3 Die Boxers der «Performance»-Serie von **Calida** aus Sursee haben hauchfeine, bio-

aktive Silbereinlagen, die das bei Kunstfasern gefürchtete Schwitzen beim Sitzen verhindern. Ein grosszügiger Anteil an Elasthan sorgt für optimale Passform. 33 Franken. www.calida.com

- 4 **Schiesser** hat seinen Retro-Shorts aus der edleren «Revival»-Linie den reizenden Namen «Karl-Heinz» gegeben. Ein Name, den man sich merken sollte, wenn man sich mal als jemand anderes ausgeben möchte. Dicker Pluspunkt für Abenteurer. Stückgefärbtes Feinripp aus reiner Baumwolle. 35 Euro. www.schiesser.com
- 5 Eine schlichte Idee, die Millionen wert war: Der Y-Front-Eingriff, 1935 erstmals präsentiert, ist bis heute patentiertes Erkennungsmerkmal der US-Firma **Jockey**. Die neuen Modelle aus weicher Baumwoll/Modal-Ware verblüffen mit kräftigen Farben. 30 Franken. www.jockey.ch



Frühling am Anrollen



Italianità und stilvolle Beweglichkeit.

Kommt der Frühling, hält man's auf vier Rädern mit Dach kaum mehr aus: Man will die Nase im Wind haben und die neuen Hosen zeigen, halten und parken, wo es einem passt und bei Bedarf eine nette Bekanntschaft auf dem Sozios mitnehmen. Kaum etwas steht für so viel Italianità und stilvolle Beweglichkeit wie die Vespa, von der es in dieser Jahreszeit natürlich das Sondermodell «Primavera» sein muss. Sie ist vorne etwas zackiger geschnitten als die normale 125er, hat deren bewährtes Automatikgetriebe und kommt auf die rassige Spitzengeschwindigkeit von 90 km/h. Am coolsten sieht sie in Milchsokoladenbraun aus. 5295 Franken.

Hat das Stil?

Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

Wer hat eigentlich das Am-Boden-Sitzen in den Schweizer Städten eingeführt? Und bis zu welchem Alter darf man das? *B. M., per E-Mail*



Sie sprechen bestimmt vom «Zürcher Tiananmen», dem neuerdings komplett mit 4200 Tonnen Bündner «Steinparkett» belegten Sechseläutenplatz? Da hockt jetzt, seit der Frühling Einzug gehalten hat, die halbe Jugend auf den kalten Platten. Eigenartiger Anblick. Dasselbe sieht man übrigens auf dem Berner Bundesplatz. Man sitzt am Boden, weil es sonst nicht viel zum Draufhocken hat. Sitzbänke wurden einfach vergessen oder vielleicht deshalb gar nicht erst montiert, weil diese Orte heute ja Multifunktions-Rummelplätze sind, die alle paar Wochen umgeräumt werden müssen. Bis zum Alter von etwa 22 Jahren mag man das hinnehmen. Danach sucht man besser liebenswertere Orte auf, wo es anständige Sitzgelegenheiten gibt.

Ihre Fragen zum Stil schicken Sie bitte per Mail an hatdasstil@weltwoche.ch.

Ballerina mit Herz

Von Peter Rüedi



Wer über Weine schreibt, den erreicht zuweilen dicke Post. In Form von Flaschen, mehr noch aber im Schriftgut, das diese begleitet. Angewiesen auf Information, lernt er bald zu unterscheiden zwischen solcher und PR-Produkten, deren Tonlage ebenjene spezifische Öno-Hymnik ist, die sich selbst dann verdächtig macht, wenn sie uns nicht ein unschuldig schlichtes Weinchen sozusagen zum Auftritt von Richard Strauss' «Zarathustra» inszeniert. Dorli Muhr leitet die Wiener PR-Agentur Wine&Partners. Die ist deshalb so erfolgreich, weil sie weiss, dass im Zweifelsfall Understatement mehr bewirkt als jedes vollfette Fortefortissimo. Information eben. Erst recht zurückhaltend ist sie als ihr eigener Partner, also wenn es um ihre eigenen Weine geht. Vor gut zehn Jahren gründete nämlich die «Bauerstochter» (Muhr über Muhr) mit ihrem damaligen Lebenspartner, dem portugiesischen Topwinemaker Dirk van der Niepoort (einem der «Douro-Boys») einen Betrieb in der österreichischen Appellation Carnuntum (grob gesagt, der Landstrich zwischen Wien und der slowakischen Grenze, südlich der Donau). Am Ort ihrer Kindheit. Der Spitzerberg, ganz im Osten von Carnuntum, ist mit seinem Terroir («ein Kalkriff») wie geschaffen für die Traubensorte, der Muhrs Leidenschaft gehört, dem Blaufränkisch. Bei sorgfältiger Behandlung zeitigt sie höchst elegante, filigrane, mineralische, zugleich coole und herzerwärmende Weine. Muhrs Basis-Blaufränkischer heisst «Carnuntum», «Spitzerberg» der Spitzenwein, und der präsentiert sich auch im üppigen Jahr 2011 nahe dem «burgundischen» Ideal, das Muhr so beschreibt: «Unsere Weine sollen sich zeigen wie eine Ballerina. Leicht und tänzelnd. Im Hintergrund stehen Kraft und Struktur, doch niemals mächtige Opulenz.» Tolles Bouquet (Sauerkirschen, Himbeeren), aber auch viel Würze; frisch, vielschichtig, kurz: nach zwei Stunden Dekantieren eine helle Freude. Aber auch der kleine Bruder, schlank-elegant auf Frucht hin vinifiziert, ist mehr als das, was ich unter einem Alltagswein verstehe.

Dorli Muhr-van der Niepoort: Blaufränkisch Spitzerberg 2011. 13,5%. Gerstl. Fr. 41.–. www.gerstl.ch
Blaufränkisch Carnuntum 2011. 13%. Fr. 19.– (ebenda)

Meister der Spannung

Moderne Küche ist wie gute Unterhaltung: Sie darf nicht langweilig werden. Heiko Nieder beherrscht diese Kunst. Von David Schnapp



Charakteristische Produkte unterschiedlichster Herkunft: Heiko Nieder vom «The Restaurant».

Als ich kürzlich im «The Restaurant», dem Gourmetlokal im Zürcher «The Dolder Grand» ass, war ich nicht ganz unvoreingenommen. Aufmerksame Leser erinnern sich an den Bericht über meinen Einsatz als Küchenjunge bei Heiko Nieder (*Weltwoche* Nr. 12/14). Nun sass ich auf der anderen Seite der Küchentür. Wenn man weiss, wie viele Gedanken, wie viel Arbeit in einem Gericht sozusagen mit eingekocht sind, wird man etwas demütig.

Küchenchef Nieder hat es sich zur Aufgabe gemacht, so zu kochen, das beim Essen etwas passiert mit dem, der isst. Er spielt mit bekannten Geschmackskombinationen, die er durch überraschende Techniken interessant macht. Oder er sucht Verbindungen, auf die man nicht sofort kommt, wenn man im Laden steht und überlegt, was man am Abend kochen soll.

Périgord und Ennetbürgen

Während ich also im opulent mit Innenarchitektur und Kunst ausgestatteten Restaurant sitze und auf den Zürichsee blicke, wird ein Apéro aus sieben Miniaturen aufgetragen, welche die eben aufgestellte These bestätigen: Kartoffelschaum mit Rührei und Trüffel ist ebenso dabei wie ein Löffel mit einer Litschi-Sphäre, Litschi-Gel, einer Cornichonscheibe sowie Estragon, Wasabi und Salz. Auf kleinstem Raum wird man hier durch Aromen und Texturen bestens unterhalten, Bekanntes wird neu dar-

gereicht, Neues geschaffen. So geht es weiter, ein ausführliches, mehrstündiges Tasting-Menü lang, das nach dem Apéro mit zwei Amuse-Bouches und zwölf weiteren Gängen weitergeht, und eines nie wird: langweilig.

Moderne Küche ist bestenfalls wie ein guter Film, der von unterschiedlichen Charakteren, einem intelligenten Spannungsbogen und den nötigen technischen Fertigkeiten lebt. Der Gang mit Gänsemastleber aus dem Périgord und Kalbsmilken aus Ennetbürgen zum Beispiel vereint zwei gute, charakteristische Produkte unterschiedlicher Herkunft; die Foie gras wird gebraten und zur Creme verarbeitet, die Milken werden glasiert. Auf einem Spiegel aus Kapstachelbeeren (Physalis) angerichtet, erhält das Fleisch eine fruchtige Grundierung, die Säure erhöht die Spannung in dem Gericht. Pistazien und etwas Kaffeepulver wirken als Gewürz, Texturgeber und Geschmacksverstärker.

Mit seinem untrüglichen Gespür für überraschende Kombinationen und der kochtechnischen Präzision eines Schweizer Uhrenmechanikers gehört der gebürtige Hamburger Heiko Nieder zur kulinarischen Spitze des Landes. Und dort, an der Spitze, bleibt es spannend.

The Restaurant im «The Dolder Grand»,
 Kurhausstrasse 65, 8032 Zürich. Tel. 044 456 60 00.
 Sonntags und montags geschlossen.
 Ausführliche Besprechung des Menüs
 auf www.dasfilet.ch



Auto

Die Unverwüstlichen

Wir treffen Bernhard Russi und empfinden danach grosse Zufriedenheit in einem Subaru Outback. *Von David Schnapp*

Als ich vor kurzem den Autosalon in Genf besuchte, machte ich die Bekanntschaft Bernhard Russis. Er traf sich mit Vertretern von Subaru Schweiz an deren Stand, ausserdem war da auch noch René Baumann (DJ Bobo) sowie der dreifache Schwingerkönig Jörg Abderhalden. Ein farbiges Grüpplein prominenter Werbeträger der Marke also. Wobei Bernhard Russi (Jahrgang 1948, Ski-Olympiasieger und -Weltmeister, Pistenbauer) unter den bekannten Persönlichkeiten, die Werbung für eine Automarke machen, eine Sonderstellung einnimmt. Seit 1979 fährt der Urner Subaru, «eine

japanische Automobilmарke des Unternehmens Fuji Heavy Industries» (Wikipedia).

Anfang Jahr dann verschickte Subaru Schweiz eine Pressemitteilung unter dem Titel: «Lebenslänglich für Bernhard Russi». Darin war zu lesen, dass man die Zusammenarbeit mit Russi «auf Lebenszeit» verlängert habe. Das ist nicht nur ausgezeichnete Öffentlichkeitsarbeit, sondern durchaus auch passend. Vermutlich könnte Russi immer noch den gleichen Subaru fahren, den man ihm vor 35 Jahren zur Verfügung gestellt hat. Die japanischen Allradwagen gehören zu den langlebigsten und zuverlässigsten Autos überhaupt, in den Pannenstatistiken belegen sie immer wieder Spitzenplätze. Anders gesagt, ein Subaru läuft und läuft und läuft.

Angebot, unschlagbar

Wenn man sich in einen Subaru setzt, kommt ein angenehmes Gefühl von Zufriedenheit auf. Da gibt es zwar grosse Flächen aus Kunststoffen, die aber so solid und unzerstörbar wirken, dass man keine Zweifel daran hat, mit dem Auto lebenslang unterwegs sein zu können. Ich

fuhr die Sonderserie Outback 4x4 Classic Line, die unter anderem über verschiedene optische Besonderheiten verfügt. Der Outback hat die typische, schön modellierte Motorhaube mit dem charakteristischen Lufteinlass. Darunter arbeitet natürlich ein Boxermotor, ein weiterer Subaru-Klassiker. Seit je setzt Subaru auf den Boxer, der zwar aufwendig in der Herstellung ist, dafür aber als sehr lauffähig gilt und durch die Konstruktionsweise weniger mechanische Beanspruchung erleidet.

2008 war Subaru die erste Marke, die einen Diesel-Boxermotor für Personenwagen einsetzte. Das 2-Liter-Aggregat im Outback gibt sich mit rund sechs bis sieben Liter Treibstoff zufrieden, obwohl das Auto eine stattliche Grösse hat – und natürlich Allradantrieb. Fahre ich einen Subaru, befällt mich eine plötzlich auftretende Entspannungsphase, sobald ich den Startknopf gedrückt habe. Zunächst klingt der Motor noch etwas rau, bald aber kehrt angenehme Ruhe ein. Man gleitet dahin, die sanfte Kraft des Turbodiesels verleitet einen kaum dazu, zu schnell fahren zu wollen.

Selbst mit umfassender Ausrüstung und allerlei elektronischen Spielereien kostet ein geräumiger Subaru Outback weniger als 50 000 Franken. Für ein Auto, das so unverwüstlich ist wie ein Bernhard Russi scheint mir das ein Angebot zu sein, das man nur schwer ausschlagen kann.

Subaru Outback 2.0D 4x4M Classic Line

Leistung: 150 PS, Hubraum: 1998 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 195 km/h

Preis: Fr. 37 150.-; Testwagen: Fr. 48 650.-





«Ganz komisches Urteil»: Designer Grcic, 48.

MvH trifft

Konstantin Grcic

Von Mark van Huissing — Designer sind komplizierte Gesprächspartner, sagt man. Und grosse Designer?

Wenn man über Sie liest, stellt man fest, dass Kuratoren, andere Designer, sogar Journalisten Sie toll finden. Wie macht man das, gut und beliebt sein? – «Ich weiss nicht, aber das eine schliesst das andere ja nicht aus. Freut mich natürlich, wobei es nicht ganz stimmt. Ich kenne auch Kritik, und die wünscht man sich sogar manchmal. Es geht natürlich nicht darum zu missfallen, aber ich mag's eigentlich lieber, wenn etwas, was wir tun als Designer, polarisiert, ich wäre immer enttäuscht, wenn etwas nur gefällt.» («Einer der wichtigsten Gestalter unserer Zeit», *Süddeutsche Zeitung*; «Grösster lebender Designer», *Art*; «Welcher Designer für mich wichtig ist? Ich schätze Konstantin Grcic», Gestalter Tom Dixon in der *Neuen Zürcher Zeitung*-Online-Ausgabe.) «Fällt Ihnen spontan ein strenges Urteil ein an einem Werk von Ihnen?» – «Ich höre, meine Arbeit sei zu maskulin. Was'n ganz komisches Urteil ist.» – «Kommt das von Frauen oder Männern?» – «Natürlich von Frau-

en, nicht immer zwar, aber immer wieder. Ich gestehe, ich bin ein Mann, und man hat eine gewisse Vorliebe für bestimmte Dinge, aber für mich ist meine Gestaltung nicht bewusst maskulin. Schön, dass es beide Geschlechter gibt, aber ich muss mich nicht auf eine Seite schlagen.»

Konstantin Grcic (Grtschitsch gesprochen), 48, ist ein deutscher Industriedesigner serbischer Abstammung, steht bei Wikipedia. Er lernte Möbelschreiner und studierte danach am Royal College of Art in London. Ist seit über zwanzig Jahren selbständig, sein Designbüro befindet sich in München. Zu den bekanntesten Stücken, die er gestaltet hat, gehören die Stühle Myto oder Chair One (von Herzog & de Meuron im de Young Museum in San Francisco eingesetzt) respektive die Lampe Mayday, die in der Sammlung des Museum of Modern Art in New York ist. Das Gespräch fand statt im Café des Vitra-Design-Museums in Weil am Rhein, wo seine Ausstellung «Panorama» zu

sehen ist (bis 14. Sept.); diese entstand in Zusammenarbeit mit der Firma Hugo Boss.

«Sie haben zudem Cross-over-Qualitäten: In der Zeitschrift *GQ* wurden Sie als zweitbest gekleideter Mann Deutschlands beschrieben.» – «Ach. Ha, ha.» – «Ich finde es sympathisch, dass Sie sich dafür zur Verfügung stellten, andere Designer, Architekten sind nicht zu haben für, sagen wir, frivole Auftritte, es gehe ja nur um ihr Werk...» – «Ja und nein. Ich habe mich nicht zur Verfügung gestellt, das kam irgendwann ins Haus geflattert, dieses Heft, und da war ich schon drin. Ich dräng mich bei solchen Dingen bestimmt nicht auf, trotzdem nehm ich's locker. Drittbest angezogener Mann war der Bastian Schweinsteiger, na ja, das bringt das Ganze ins Verhältnis...» (Platz eins: Daniel Brühl.) «Der Direktor dieses Museums [Vitra-Design-Museum, Mateo Kries] beschreibt Ihren Chair One als «schlicht genial». Grosse Worte für einen Stuhl...» – «Hm, so eine Einschätzung ist auch zeitlich zu sehen. Den Stuhl gibt's jetzt zehn Jahre, und dieses Urteil, glaube ich, ermisst sich in der Betrachtung der Wirkung, die er hatte auf andere [Designer], die damit weiter gearbeitet haben.» – «Ein stilprägender Stuhl also?» – «Der Stuhl hat, das ist vermessen, wenn ich das behaupte, den Zeitgeist getroffen oder vorweggenommen und damit auch etwas angestossen.» – «Wird er, dank Tantiemen, die reinkommen, für Ihr Einkommen im Alter sorgen?» – «Da kommt was rein. Ich meine, es gibt viel, viel erfolgreichere Dinge, aber dem Mann, der mir eine Rentenversicherung verkaufen will, erzähle ich das genau so.»

«Der muss unsicher sein»

«Leben Sie selber zu Hause mit Design?» – «Ja, also ich leb nicht absichtlich ohne Design.» – «Ich habe auch ein paar Stücke, das führt manchmal zur Besucher-Rückmeldung: «Der muss unsicher sein, der kauft sich Designklassiker.» – «Aha. Ich schimpf manchmal selber darüber, dass die kreative Klasse, die Meinungsbilder, Vordenker, mich oft genug enttäuschen. Nicht, weil sie sich Klassiker kaufen, Klassiker sind tolle Sachen, aber wenn die ganze Wohnung... Mich enttäuschen Architekten, wenn sie an nichts anderes denken, als den Corbusier Grand Comfort [einen Sessel] in Wartehallen zu stellen. Es ist nicht Kritik an dem Möbel, sondern Frustration, dass man gar nicht an die Dinge glaubt aus der eigenen Zeit, in der wir leben.» – «Bei Kleidung kann man manchmal sagen, praktisch sei das Gegenteil von sexy. Und bei Inneneinrichtung, praktisch sei das Gegenteil von Design. Wie sehen Sie's?» – «Design ist ein Etikett, es bedeutet ja noch nicht, dass es gutes Design ist. Und es gibt Designfehler. Gutes Design kümmert sich drum, dass Dinge funktionieren.»

Sein liebstes Restaurant: «Was das Lieblingsrestaurant auszeichnet, ist, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind.» «Sturehof», Sturegallerian 42, Stureplan 2, Stockholm, Tel. +46 8 440 57 30

| | | | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| | 1 | 2 | | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | | 8 | 9 | 10 | | |
| 11 | | | | 12 | | | | | | | | | | 13 |
| 14 | | | | | | | | | | 15 | | | 16 | |
| 17 | | | | 18 | | | | | | | | | | |
| | | 19 | 20 | | | | | | | | 21 | | | |
| 22 | 23 | | | | | 24 | 25 | | 26 | | | | | |
| 27 | | | | | 28 | | | | | | 29 | 30 | | 31 |
| | | | 32 | 33 | | | | | 34 | 35 | | | | |
| 36 | | 37 | | | | | 38 | 39 | | | | | 40 | |
| 41 | | | | | | | | | | 42 | | | | |
| 43 | | | | | | | | 44 | | | | 45 | | |
| 46 | | | | | | | | | | 47 | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

Lösungswort — Urlatschen mit Zusatz

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Kein lautes Wort ist dort zu hören, höchstens Rascheln. 8 Etwa der von Katar. 11 Den Amerikanischen fischen sie vom Hudson bis zum St. Lawrence River. 12 Genau so soll man die Stellung einnehmen. 14 Sie zeigt ein Zeichen von Unschuld. 15 Der Hundartige mag das Wasser. 17 Begrenztes Mass, Räume füllend. 18 Schillernde Dramen-Trilogie mit diesem Protagonisten. 19 Die Terme sind Ort und Heilbad, Venedig ist nicht weit. 21 Künstlerischer Hans im Glück, was des Schweizers Erfolg betrifft. 22 Weltmeer aus US-amerikanischer Sicht. 24 War Missionar, der Namensgeber eines Diätbrottes. 27 Jung, wenn der Schweizer dann so getauft. 28 Michelangelos Frömmigkeit ist berühmt. 29 Rate, lautet die Aufforderung hier buchstäblich. 32 Auch ohne subversiven Hintergrund führen sie in den Untergrund. 34 Des Adlers wortgetreue Abbildung. 36 Deutsche Militärs nennen sie wohl selten so. 38 Die Gelbe passt zur Auferstehung von Jesus. 41 Was Meringues mit dem Haslital verbinden mag 42 Bei Staatsfinanzen mit dem ganzen Ein und Aus kommt schliesslich dies heraus. 43 Ein schöner Vogel, das lateinamerikanische Plappermaul. 44 Fliessender Namensgeber des deutschen Gebiets. 45 Jon Anderson? Da kann man nur Ja sagen. 46 Darauf musste man nicht nur sich am Riemen reissen. 47 So ist der Ehemann eben noch keiner.

Senkrecht — 1 Legendär, der englische König. 2 Manchmal grauenhaft dünnlich. 3 Macht das Radio definitiv zum politischen Witz. 4 Pfu! Teufel, so ein Verführer und Verderber! 5 Die Ähnlichkeit reicht bis zur Gleichheit. 6 Die Tessiner Liga, mit Rücksicht betrachtet. 7 Er schreibt, er liest, und gibt sich als ob er alles weiss. 8 Göttlich war er, sinnlich begehrend ist er. 9 Königin wie 47 waagrecht, die Gattin von Haakon. 10 Steht zwischen Erstem und weiteren der gleichen Art. 11 Da wird nur im Ganzen gedacht. 13 Aus A mach E – und schon haben wir 21 waagrecht. 16 Einsam rudernd so unterwegs. 20 Der mit seinem Gate steht für Computerspiel. 23 Balearen: Inselchen, ideal für Einsiedler. 25 Keine Frage, die Nachfrage ist bei ihm riesig. 26 Dies noch vor dem Verlust, steht Männern oft bevor. 28 Es fehlt am richtigen, wenn zu viele Pläne da sind. 30 Artikel, die dem Hirn entspringen. 31 Hier Ärmelstreifen, ennet der Saane Sonntagsg Gebäck. 33 Früchtchen mit hartem Kern, richtig behandelt, isst man es auch unreif gern. 35 Eine Art türkisch, aber eben aserbaidchanisch (z statt s). 36 Kleinstadt, steht für Kroatiens wirtschaftlichen Aufschwung. 37 Sie bildet, kurz gesagt, mit der Sima die Schale der Erde. 39 Er bildet gewissermassen den Gegenpart des Mundes. 40 Massnahme, wie sie David Cameron erwägt.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 361

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | K | R | A | G | E | N | Z | | T | H | E | M | A | |
| D | U | E | R | R | | A | H | A | B | | U | R | A | L |
| A | R | I | M | A | | B | E | K | L | E | I | D | E | T |
| R | | Z | A | U | B | E | R | H | A | F | T | | H | |
| M | A | E | H | | O | | T | O | E | A | | G | N | U |
| | V | | | G | E | I | Z | | S | T | R | E | E | T |
| G | E | S | A | E | S | S | | A | S | E | A | N | | T |
| | N | E | U | N | | B | A | L | E | | C | U | B | A |
| K | U | N | S | T | H | A | R | Z | | C | H | E | R | |
| N | E | S | S | I | E | | N | O | B | L | E | S | S | E |
| E | | O | E | L | A | N | D | | D | A | N | S | E | |
| F | A | R | N | | R | | T | E | E | N | | E | C | U |

Waagrecht — 1 KRAGEN 7 THEMA 12 DUERR (Basler Reg.-Rat) 13 AHAB (Kapitän aus Moby-Dick) 16 URAL 17 ARIMA (Maria) 18 BEKLEIDET 20 ZAUBERHAFT 22 MAEH 24 TOEA (Zahlungsmittel auf Papua-Neuguinea) 25 GNU 27 GEIZ 29 STREET 31 GESAESS 34 ASEAN 35 NEUN(-augen) 36 BALE 38 CUBA 40 KUNSTHARZ 42 CHER (franz. f. teuer und Liebhaber) 43 NESSIE 44 NOBLESSE (franz. f. Adel: noblesse oblige, Adel verpflichtet) 46 OELAND 47 DANSE (franz. f. Tanz) 48 FARN 49 TEEN 50 ECU

Senkrecht — 1 KUR 2 (Silvia) REIZE 3 ARMAH 4 GRAU 5 NABE (-l) 6 ZAKHO (Stadt im Nordirak) 8 HUIT 9 ERD 10 MAEHNE 11 ALT 12 DARM 14 HERTZ 15 BLAESSE 19 EFATE (Insel auf Vanuatu, wo auch Port Vila liegt) 21 BOES 23 AVENUE 25 GENUESSE 26 UTTA (Danella, dt. Schriftstellerin, Pseudonym auch Stephan Dohl) 27 GENTIL (franz. f. freundlich, it.: gentile) 28 ISBA (einfaches russ. Holzhaus) 30 RACHEN 32 SENSOR 33 AUSSEN 34 (Emile) ALZO (Zola, franz. Schriftsteller, z.B. Der Traum) 37 ARNDT (-Eistert-Synthese, Begriff in der Organischen Chemie) 39 BRSEC (Ort auf Istrien, Kroatien) 40 KNEF 41 HEAR (engl. f. hören) 42 CLAN 45 BDE (Abk. f. Bände)

Lösungswort — GERSTENSAFT

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur. Erfindung der Tonfeder, 1783

Mit der Classique Grande Complication mit Minutenrepetition 7637BB, in reiner Tradition von Hand gefertigt, entwickelt Breguet die Minutenrepetition, die Königin der Komplikationen, weiter. Ein völlig neu konzipiertes Uhrwerk mit patentierten Innovationen und einer neuen Position der 1783 von Breguet erfundenen Tonfeder, die dem Schlagwerk eine kristallklar reine Klangqualität verleiht. Wir schreiben die Geschichte fort ...

www.breguet.com/inventions

